

„Alle müssen mitziehen“

VW-Chef Blume fordert die Belegschaft öffentlich zur Gefolgschaft bei seinem Sparkurs und Stellenabbau auf. Betriebsrat kritisiert „desaströse Kommunikation“, die Beschäftigte verängstigt



Damals ging es VW noch gut, nur das Benzin ging aus: improvisierte Fortbewegung während der Ölkrise 1973 Foto: kpa/Keystone/imag

VWWeh!

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Jetzt ist sie vielleicht doch zu weit gegangen. Alice Weidel ist eine Entgleisung entglitten, die den Siegeszug der AfD entgleisen lassen könnte. „Wir werden von irgendwelchen Flachzangen da oben regiert“, erklärte Weidel und beleidigte damit ein grundsolides, urdeutsches Werkzeug. Damit ist nicht nur ein Konflikt mit ihrem Co-Chef Tino Chrupalla programmiert, der als Handwerker not amused sein dürfte. Wie der verboten-Faktencheck ergab, war es auch eine weitere eklatante Falschaussage, die selbst dem Dümmersten auffallen müsste, der den Hitzesommer „ganz normal“ findet. Der Vizekanzler ist bekanntlich keine Flachzange, sondern ein

Klingbeil.

Kommentar von Stefan Reinecke zur Klausur der Bundesregierung in Neuhausen

Routiniert bis zur Erstarrung

Das Schloss Neuhausen östlich von Berlin könnte ein geeigneter Ort für eine Regierung sein, die voller Tatendrang aus der Sommerfrische kommt. 1814 zog dort Fürst von Hardenberg ein, der, auch wenn sein Ruhm schon verblasste, entschlossen den preußischen Staat modernisiert hatte – mit Geld. Mit der Idee, Großgrundbesitzer und Gewinne zu besteuern, hatte sich der Fürst nicht nur Freunde gemacht, aber den Staatsbankrott verhindert. Es ist zu befürchten, dass dieser Genius Loci eher nicht auf die Klausur der Merz-Regierung abfährt. Von überschäumender Energie oder dem Willen, sich mit dem Geldadel anzulegen, ist nichts zu spüren. Kanzler Friedrich Merz und sein Vize Lars Klingbeil setzen auf Bewährtes: Entlastung für die Wirtschaft. Deutschland soll „der führende Ort für industrielle KI“ werden. Zudem wird der Bürokratie mal wieder entschlossen der Kampf angesagt.

So wird im Programm für Dienstag und Mittwoch erwähnt, dass „das EinfachMachen-Portal seit Dezember 2025 online“ ist. Dort gingen schon ein paar Tausend Beschwerden über Bürokratie ein, allerdings bis jetzt ohne rechten Effekt. Der CEO von Siemens hält einen Impulsvortrag über industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Am Ende soll eine Abfangdrohne über dem von Lenné entworfenen Park ihre Zerstörungspower beweisen, bevor Zöllner vor der MinisterInnenriege ihr Können vorführen. Diese Agenda routiniert zu nennen, ist eine Untertreibung. Dabei könnte eine neue Idee, die Aufmerksamkeit erregt, vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt hilfreich sein. Waldbrände, austrocknende Flüsse, schwitzende Metropolen? All das fehlt. Eigentlich ist allen jenseits der AfD klar, dass gerade Ältere Städte brauchen, die besser vor extremer Wärme schützen. Hitzewellen sind in einer alternden Gesell-

schaft gewissermaßen ein brennendes Thema. Die SPD wird bei Wahlen regelmäßig von RentnerInnen gerettet. 40 Prozent der WählerInnen der Union sind älter als 60 Jahre. Schon deshalb wirkt die Wurschtigkeit der Merz-Regierung in Sachen Hitze kurzsichtig. In Neuhausen aber soll es auf keinen Fall Streit zwischen Union und SPD geben. Es gibt nichts zu sehen, gehen Sie bitte weiter. Mag sein, dass manche Medien das nach den Wahlpleiten im Herbst drohende Aus von Friedrich Merz' Kanzlerschaft und den Sturz von Lars Klingbeil als SPD-Chef etwas voreilig an die Wand gemalt haben. Für solche Revolten reichen weder grollende Basis noch eine frustrierte Fraktion – es muss auch Verschwörer mit einem Plan geben. Die fehlen bislang. Vielleicht übersteht die Merz-Klingbeil-Regierung auch einen AfD-Sieg in Magdeburg. Aber wer braucht eine Regierung, die routiniert bis zur Erstarrung agiert?

Krach nur mit Linken
Der leise Wahlkampf des Berliner SPD-Kandidaten Steffen Krach

7



Foto: Reuters

„Ein ganz normaler Sommer“
Wie die AfD-ChefInnen den Klimawandel in ARD und ZDF schönreden

3, 14

Geld sparen mit E-Auto
Die Vorteile von dynamischen Stromtarifen und solaren Überschüssen

9

Kein Wunder: Roboter schneller als Usain Bolt
Humanoid bricht 100-Meter-Rekord. Ist das ein Fortschritt?

13



Foto: Tino Krüger

„Angst vor Abschiebung, wenn ich zu laut bin“
We'll come united: Wie Geflüchtete politisch aktiv werden und was sie bremst

4-5

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Raphaël Glucksmann will als Anti-Mélenchon ins Élysée-Palast

Frankreichs bekannte Fernsehjournalistin Léa Salamé nimmt beim Sender France 2 eine Auszeit. Dieses Mal nicht für einen Schwangerschaftsurlaub, der Grund sind die politischen Ambitionen ihres Partners Raphaël Glucksmann. Wenn er einen Wahlkampf führt, darf sie nicht wie bisher das politische Tagesgeschehen kommentieren. Sie gibt ihrem Gefährten den Vortritt. Wer weiß, vielleicht wird sie ja als Nachfolgerin von Brigitte Macron Frankreichs nächste „First Lady“?

Nun hat Glucksmann am Sonntagabend auf dem privaten ersten Kanal TF1 in offizieller Weise bestätigt, dass er bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Frühling antreten will. Diese Kandidatur steht für ihn schon lange fest, auch wenn er sie noch bei den „Primärwahlen“ formell absegnen lassen möchte, die von den Sozialisten und anderen „gemäßigten“ linken Parteien im Oktober organisiert werden.

Gemeinsam mit seiner prominenten Partnerin hat Glucksmann medial seinen Wahlkampf längst begonnen. In der Illustrierten *Paris Match* ließen sich die beiden innig verschlungen an einem Strand in Korsika fotografieren. Solche Fotoreportagen sind heute fester Bestandteil der Wahlkampagnen. Sie sind aber auch ein Risiko, weil die Reaktionen nicht immer wie erhofft mehrheitlich positiv ausfallen. War es ein Zufall, dass ein paar Tage zuvor im selben Hochglanzmagazin auch Präsident Emmanuel Macron in Badehose und betont sportlicher Pose zu bewundern war?

Glucksmanns Kritiker, die ihn ohnehin schon nur als blasse Kopie des derzeitigen Staatschefs belächeln, hatten Grund zu hämischem Spott. Natürlich wäre es allzu simpel, ihn mit seinem sozialliberalen Programm als Neuaufgabe von Macrons Wahlkampf von 2017 abzutun. Anfänglich war er nur ein „Fils-à-Papa“: der Sohn des Philosophen und Totalitarismuskritikers André Glucksmann. Er ist immerhin seit 2019 EU-Abgeordneter der *Place publique*, eine Partei, die er 2018 mit dem Argument gegründet hatte, die *Parti Socialiste* sei nach den Niederlagen in Serie für ihn „tot“.

Nach seinem Politologie-Studium hatte er sich zuerst als Fernsehjournalist, unter anderem mit Reportagen über die Revolution in der Ukraine, einen Namen gemacht. Und von 2009 bis 2012 war er Berater des neoliberalen Staatschefs Micheil Saakaschwili in Georgien. Dort heiratete er Vizeministerin Eka Zguladze, mit der er einen Sohn hat.

Seine heutige strategische Stoßrichtung ist klar: Er möchte der linken Wählerschaft als Alternative zum Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon dienen. Der Gründer von *La France insoumise* (LFI) ist für ihn fast ebenso ein Gegner wie die Rechtspopulistin Marine Le Pen. Glucksmann lehnt jegliche Wahlbündnisse mit LFI ab und macht ein Dogma daraus. Mélenchon will einen Bruch, Glucksmann steht für Verständigung in der Mitte.

Doch der wichtigste Streitpunkt ist die Nahostpolitik. LFI ist solidarisch mit den Palästinensern, Glucksmann dagegen lehnt es ab, die israelischen Angriffe auf Gaza als „Genozid“ zu bezeichnen. Bisher liegt Glucksmann in den Wahlumfragen mit etwa 10 Prozent klar hinter Mélenchon mit rund 15 Prozent. Doch der eigentliche Wahlkampf hat noch gar nicht begonnen.

Sowohl Mélenchon als auch Glucksmann sagen, dass sie an ihre Wahlchancen glauben. Glucksmann liegt in den Umfragen noch zurück. Er setzt alles auf die Karte, sich selbst als „linken Anti-Mélenchon“ und die französische Linke mit ihrer Absage an alle Extreme als glaubwürdige Alternative zu präsentieren. *Rudolf Balmer, Paris*

Foto: Laifargue Raphael/Imago

Arbeiteraufstand gegen den Vorstandschef

In dieser Woche finden bei VW Betriebsversammlungen zu den Kürzungsplänen des Vorstands statt. Es geht um 50.000 Jobs und Werksschließungen

Von **Anja Krüger** und **Pascal Beucker**

Der Autobauer Volkswagen steht vor einer entscheidenden Woche: Ab Dienstag wird das Management der Belegschaft in Betriebsversammlungen an neun Standorten Rede und Antwort zur Zukunft des Unternehmens stehen müssen.

Bei VW stehen die Zeichen auf Sturm: Im Frühjahr hatte der VW-Vorstandsvorsitzende Oliver Blume dem Aufsichtsrat ein Kürzungspaket vorgelegt, dessen Umsetzung den Konzern drastisch verkleinern würde. Der Vorstand will unter anderem die Werke Emden, Zwickau, Hannover und Neckarsulm schließen und weltweit weitere 50.000 Arbeitsplätze abbauen. Diese Jobs sollen zusätzlich zu den bereits 2024 beschlossenen 50.000 abzubauen Stellen im Inland wegfallen. Ebenfalls bereits 2024 beschlossen wurde die Schließung des Werks in Osnabrück.

Blume will bis 2030 die Rendite des Unternehmens verdreifachen. Der vorgesehene Konzernumbau würde auch zu einer Entmachtung des Betriebsrats führen. Aufgrund der Unternehmensgeschichte ist die Macht der Arbeitnehmervertreter:innen bei VW groß. Ohne sie können zum Beispiel keine Werke geschlossen werden. VW war von den Nazis mit dem Geld der enteigneten Gewerkschaften gegründet worden.

Vorstandschef Blume begründet das Programm mit nötigen Kostensenkungen, die erforderlich seien, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dem Konzern machen Überkapazitäten auf den

globalen Märkten zu schaffen. Vor allem laufen die Geschäfte für VW in China schlecht. Ein Grund dafür ist der verspätete Einstieg des Konzerns in die E-Mobilität. VW macht zwar nach wie vor Gewinne in Milliardenhöhe, allerdings weniger als in der Vergangenheit. Noch in diesem Jahr hat das Unternehmen 2,6 Milliarden Euro an die Aktionär:innen ausgeschüttet. Der Dieselskandal um Abgasmanipulationen hatte VW einen mittleren Milliardenbetrag gekostet. Weil Blume bislang keine näheren Angaben zu den geplanten Kürzungen macht, hat der Betriebsrat in den Werken Versammlungen für die letzte Augustwoche einberufen. Den Anfang machen am Dienstag die Standorte Wolfsburg und Braunschweig, dann folgen die übrigen. In Wolfsburg, Emden und Zwickau spricht Blume persönlich, an den weiteren Standorten andere Vorstandsmitglieder.

Im Vorfeld der Betriebsversammlungen hat Blume die Beschäftigten gegen sich aufgebracht. Am späten Freitagnachmittag hat er sich in einem Interview, das seine Pressestelle mit ihm geführt hat, im Intranet des Konzerns an die Mitarbeiter:innen gewandt. Zeitgleich wurde das Interview an verschiedene Medien gestreut. Darin erklärt Blume, der Abbau von weltweit 50.000 Stellen bis 2030 sei „keine fixe Zielgröße“. Die Zahl ergebe sich „aus unserem Kostenziel im Vergleich zum Wettbewerb und gibt eine Orientierung, wie groß unser Handlungsbedarf ist“.

Das Interview enthalte „keine substantiellen Informationen,

dafür umso mehr nichtssagende Allgemeinplätze“, sagte ein Sprecher des Konzernbetriebsrats. In einem weiteren Interview mit der *Bild am Sonntag* an diesem Wochenende hat Blume erklärt, VW habe den größten Transformationsplan in der Unternehmensgeschichte aufgesetzt. „Auf

Dem Konzern machen Überkapazitäten auf den globalen Märkten zu schaffen

die nächsten Wochen kommt es an: Alle müssen mitziehen“, forderte Blume in dem Boulevardblatt. Immer wieder kritisieren Gewerkschaft und Betriebsrat, dass Blume zuerst mit der Presse und erst dann mit der Belegschaft über seine Pläne spricht.

Dem Betriebsrat zufolge sind die Beschäftigten und ihre Familien wegen der „desaströsen Kommunikation“ durch den Vorstand „verunsichert und verängstigt“. Das geht aus einem im VW-Intranet am Montagmorgen veröffentlichten Beitrag des Betriebsrats hervor, der der taz vorliegt. In der vergangenen Woche hatte der Betriebsrat in einer Onlineerhebung den Beschäftigten mehr als 100 Punkte zur Abstimmung vorgelegt, die bei den Betriebsversammlungen zur Sprache kommen sollen. Der Punkt „Kommunikation des Vorstands“ erhielt die meisten Klicks, gefolgt von den Themen Angst um den Arbeitsplatz, Altersteilzeit und Aufhebungsver-

träge sowie die Zukunft der von Schließung bedrohten Werke.

Am 4. September findet die nächste Aufsichtsratssitzung statt. Ob es bis dahin eine Lösung gibt, ist ungewiss. An den Verhandlungen darüber ist auch das Land Niedersachsen beteiligt, das mit einem Stimmrechtsanteil von 20 Prozent eine Sperrminorität besitzt. „Volkswagen wird diese Krise bewältigen – aber nicht durch Kahlschlag und nicht dadurch, dass einzelne Regionen und Standorte die Zechen tragen“, sagt der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies (SPD). Am Montagnachmittag haben sich Lies und VW-Konzernbetriebsratschefin Daniela Cavallo im VW-Werk Hannover getroffen. Statements der beiden waren für den frühen Abend nach Redaktionsschluss der taz angekündigt.

Eine mögliche Perspektive sehen die VW-Oberen in einem stärkeren Einstieg in die Rüstungsproduktion. Auch aufgrund der dunklen Vergangenheit als Wehrmachtzulieferer beschränkten sich solche Aktivitäten bislang auf die seit 2010 bestehende Kooperation zwischen der VW-Nutzfahrzeugsparte MAN und Rheinmetall bei Militärfahrzeugen. Angesichts der vielen Milliarden, die die Bundesregierung und andere EU-Staaten für Rüstungsprojekte bereitstellen, wachsen nun auch in Wolfsburg die Begehrlichkeiten. So richtete der Konzern im Sommer 2025 mit dem „Group Defense Office“ eine Stabsstelle für potenzielle künftige Rüstungsaktivitäten ein.

Konkret in der Diskussion ist eine Transformation des VW-Werkes in Osnabrück. So bestätigte Konzernchef Blume unlängst, dass „wir gerade in Osnabrück mit Unternehmen aus der Verteidigungsindustrie in fortgeschrittenen Gesprächen sind“. Details nannte er nicht. Bekannt ist, dass es Verhandlungen mit dem israelischen Rüstungsbauer Rafael Advanced Defense Systems gibt, der dort Komponenten des Raketenabwehrsystems Iron Dome für europäische Abnehmer bauen könnte. Eine Absichtserklärung wurde bereits im April unterzeichnet.

In dem Osnabrücker Werk mit seinen rund 2.000 Beschäftigten läuft im Sommer 2027 die Pkw-Fertigung aus. Da der Standort auf kleinere Serien und Sondermodelle ausgelegt ist, wäre die Umstellung nicht so groß wie in den anderen Fabriken. Sowohl die Werksleitung als auch der Betriebsrat wären dazu bereit, sich für eine Zukunft in der Rüstungsproduktion zu öffnen.



taz  lage

taz-Spezialoperation erfolgreich!

Manchmal muss es ganz schnell gehen. Nicht nur bei den Nachrichten, sondern auch bei denen, die sie recherchieren, verfassen und produzieren. Am späten Donnerstagabend erreicht mich eine Nachricht aus dem Gazastreifen, von unserem Reporter Hisham Al-Masri: Sein Vater hat einen Riss im Darm erlitten, muss dringend operiert werden. Bei einer Darmperforation dringen Bakterien in den Bauchraum ein, kön-

nen eine Sepsis oder Bauchfellentzündung auslösen, die Folgen sind lebensbedrohlich. Doch es fehlt ihm an Geld, etwa 2.000 US-Dollar.

Am Freitagmittag ist der Link auf der Plattform GoFundMe aufgesetzt, sind die KollegInnen über eine E-Mail im internen taz-Verteiler informiert. Ein befreundeter Kollege der *Neuen Zürcher Zeitung*, die ebenfalls mit Hisham zusammenarbeitet, teilt den Aufruf in seinem Zirkel.

Etwa 24 Stunden später ist das Geld beisammen. Am Samstagnachmittag wird Hishams Vater in einem Spital in Zentralgaza erfolgreich operiert.

Am Sonntag bekommt Hisham eine Nachricht: „Evakuierungsaufforderung für zwei Orte in Zentralgaza“. Also raus aus dem Gebäude, in dem er und seine Familie untergekommen sind, mit dem frisch operierten Vater. „Ich hatte so Angst

wegen der Nähte“, erzählt er in einer Sprachnachricht. Nach etwa einer Stunde hätten sie wieder zurückkehren können, erzählt Hisham. Die Nähte haben gehalten, seinem Vater gehe es gut.

Obwohl das Spendenziel bereits erreicht ist, kommt noch immer Geld rein. Hisham und sein Vater können es für die Nachsorge gut gebrauchen. 69 Menschen haben bislang gespendet. Tausend Dank. *(lks)*

Von **Heike Holdinghausen**

Egal, ob sie biologisch wirtschaften oder konventionell, ob groß oder klein – „die Liquidität der Agrarbetriebe in Sachsen-Anhalt ist äußerst angespannt“, sagt Erik Hecht, Presseferent des Landesbauernverbandes. Die kürzlich vorgestellte Erntebilanz nannte die Situation beim Winterraps „katastrophal“, an Winterweizen ernteten die Landwirte rund zehn Dezitonnen weniger als im jährlichen Durchschnitt. Grund für das Erntergebnis sei „maßgeblich die Hitze in Kombination mit den viel zu geringen Niederschlagsmengen zur Wachstumszeit“, so der Landesbauernverband.

Diese Nöte der Betriebe kennt die Führungsetage der AfD augenscheinlich nicht. Als die ARD im Sommerinterview mit Partei-Chef Tino Chrupalla einen Videoschnipsel des sachsen-anhaltischen Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund einspielte, in dem dieser jubelte „Endlich ist der Sommer zurück, endlich ist er da, der Klimawandel“, schmunzelte der Interviewte und sah keinen Widerspruch zu „seinen Aussagen“ zum Klimawandel. Er sehe für diesen Sommer keinen exorbitanten Unterschied im Vergleich zu anderen Jahren, so Chrupalla.

„Mit 34 Zentimetern war das Wasser der Elbe am Pegelstand Strombrücke in Magdeburg in diesem Sommer so niedrig wie noch nie seit Messbeginn“, sagt Karsten Rinke, der das Department Seenforschung am Helmholtz-Institut für Umweltforschung (UFZ) leitet. Gemessen wird dort seit 1727. Der Niedrigwasser-Rekord davor lag bei 45 Zentimetern Pegelstand – das war in den Dürrejahen 2018 bis 2022.

„Die Elbe ist ein ausgesprochen sommertrockener Fluss, aber diese Größenordnung haben wir in der Vergangenheit nie erreicht“, sagt Rinke. Schon immer sei die Elbe in zwei bis vier Wochen in den Sommermonaten nicht schiffbar gewesen. „2025 war sie es ein halbes Jahr lang nicht“, so Rinke, „in Magdeburg habe ich schon lange kein Schiff mehr gesehen.“

Der Fluss und die Fische darin könnten mit dem Niedrigwasser vergleichsweise gut umgehen. „Wer leidet, ist die Landschaft um den Fluss, die Auen, aber auch die Wälder und Äcker“. Das gesamte Einzugsgebiet der Elbe trockne aus, „die Bäume im Auenwald, aber auch in den Forsten der Mittelgebirge sterben ab“. Zugleich sei zu beobachten, dass wärmeliebende Pflanzen, Fische und Insekten einzögen, kälteliebende abwanderten. „Der Wels kommt, die Quappe geht“, so Rinke.



Ganz normaler Sommer: Ein Landwirt bearbeitet mit seinem Traktor ein abgeerntetes Getreidefeld in Mittelfranken
Foto: Daniel Karmann/dpa

Die Nöte der Landwirte kommen in der AfD-Spitze nicht an

Hitze, Dürre, Missernten? AfD-Chef Tino Chrupalla hat dieses Jahr einen ganz normalen Sommer erlebt. Fakten zu einer Wahrnehmungsstörung

Geht sie, weil halt gerade mal die Sonne heißer scheint? Der Klimawandel, sagten sowohl Chrupalla als auch seine Co-Chefin Alice Weidel in ihren Sommerinterviews, sei überwiegend nicht menschengemacht. Die diskussionsfreudigen Wissenschaftler des Weltklimarats hingegen haben sich schon in einer Studie von 2023 auf den Anteil festgelegt, den der Mensch an der Erwärmung der Erde von etwa 1,1 Grad hat, die zwischen 2010 und 2019 gemessen wurde: Er beträgt zwischen 0,8 und 1,3 Grad. Die menschliche Einflussnahme auf Atmosphäre, Ozean und Land sei „eindeutig“, so der Weltklimarat damals.

Was der Mensch zerstört, kann er auch heilen: Um mehr Wasser zu halten, sei zum einen eine großflächige Entsiegelung nötig, fordert Seenfor-

scher Rinke. Regenwasser dürfe nicht schnellstmöglich abgeleitet werden und damit ins Meer abfließen, sondern müsse im Boden versickern. Zudem müssten Drainagen auf Äckern und Wiesen beseitigt werden, um auch dort das Wasser zu halten. Sachsen-Anhalt habe sich dazu schon auf den Weg gemacht und sein Wassergesetz novelliert. „Das Problem ist erkannt, die Theorie klar – doch die Praxis sei teuer und langwierig, so Rinke.

In der Theorie klar, in der Praxis unbrauchbar – das gilt für die energiepolitischen Vorstellungen Chrupallas und Hans-Thomas Tillschneiders, dem Vize-Parteichef in Sachsen-Anhalt. Dieser teilt im Interview per Video mit, Deutschland müsse auf Strom aus Kohle und Atomkraft setzen, um ausreichend Energie für Kli-

maanlagen zur Verfügung zu stellen. Chrupalla kritisiert die CO₂-Abgabe, die Energie unnötig teuer mache.

„Der ökonomische Kern der Idee der AfD ist, dass man das Land dauerhaft mit preisgünstigem Strom aus heimischer Braunkohle versorgen kann“, sagt Norman Gerhardt, Abteilungsleiter Energiewirtschaft und Systemanalyse beim Fraunhofer Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik in Kassel. Das Argument: Gäbe es keinen CO₂-Preis, wäre die Braunkohle aus volkswirtschaftlicher Sicht unschlagbar.

„Allein mit den bestehenden erneuerbaren Anlagen haben wir heute häufig zu viel Strom“, sagt Gerhardt, „vor allem im Frühling und im Sommer wissen wir im Strommarkt kaum, wohin damit, und gerade in Ostdeutschland schränken

Netzengpässe den Betrieb von Kohlekraftwerken ein.“ Es macht volkswirtschaftlich keinen Sinn, bestehende Solar- und Windkraftanlagen bei einem Überangebot herunterzufahren, denn sie sind im Betrieb viel günstiger als Kohlekraftwerke.

Zudem verursache längst nicht mehr der Ausbau der erneuerbaren Energien hohe Kosten, sondern der Ausbau des Stromnetzes. „Hier sollten wir auf die Digitalisierung der Netze setzen, wir müssen Flexibilität erschließen und kleinteilig die Verteilnetze in jeder Region effizient ausbauen und betreiben. Ein Beispiel wäre Wind- und Solaranlagen gemeinsam mit Batteriespeichern mit einer reduzierten Leistung an das Netz anzuschließen, nicht separat. „Da kommen viele Sachen zusammen“, sagt Gerhardt.

Shit-Show ohne Realitätsabgleich

Klimakrise, Migration, angeblicher Wahlbetrug: Chrupalla und Weidel punkten mit Desinformation. Zurückgelehnte Live-Interviews funktionieren so nicht

Von **Gareth Joswig**

Der Faktencheck, den das ZDF-„Sommerinterview“ mit AfD-Chefin Alice Weidel verdient hätte, wäre eigentlich der Adenauer-Bus des Zentrums für politische Schönheit gewesen, der im letzten Jahr ausdauernd das Gespräch mit „Scheiß-AfD“-Chorälen beschallt hatte. Das hätte den abermals zum Scheitern verurteilten Versuch, die rhetorische Dampfwalze Alice Weidel im Live-Interview mit Fakten, Argumenten und Fangfragen einzuholen, derart ins Surreale überführt, das zumindest ein bisschen Unterhaltung dabei herumgekommen wäre.

Aber so waren auch die diesjährigen AfD-Sommerinterviews eigentlich wie immer: Erst „Flood the zone with shit“ („Flutet die Zone mit Scheiße“) frei nach dem rechtsextremen Strategen Steve Bannon und anschließend der gewohnt hilflose Versuch, die rausgehauenen Verdrehungen, Falschangaben und offenen Lügen einzuordnen. Ist ein Fakt eingeordnet, hat Weidel in zwei Nebensätzen schon wieder drei neue abenteuerliche bis rassistische Behauptungen aufgestellt. Irgendwas bleibt immer hängen.

Am Sonntag scheiterten gleich zwei Topp-Journalist*innen der größten öf-

fentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „ZDF heute“ nacheinander, die AfD-Bundesvorsitzenden argumentativ zu stellen und einzufangen. Der Mehr- und Erkenntniswert hielt sich wie gewohnt in Grenzen.

Immerhin ließen sich in den Gesprächen einmal mehr die unterschiedlichen Ebenen beobachten, auf denen die AfD kommuniziert. Da ist zum einen Tino Chrupalla, der stets darauf bedacht ist, harmlos, nahbar und anschlussfähig zu wirken – der Malermeister aus dem Volke.

Zwar fordert auch Chrupalla auf AfD-Kundgebungen schon mal das Schafott für die SPD, hat sich wie auch Weidel selbst das Gehalt auf 24.000 Euro monatlich verdoppelt und den Lackiererauszug schon lange mit Bundestagslimousine und Maßanzug getauscht. Aber für einen Teil der Wählerschaft, die in der extrem rechten Partei gerade mal eine etwas schärfere CDU erkennen wollen, zieht das trotzdem. Zumal sich Chrupalla dank Medientraining kaum noch verhaspelt und mittlerweile in der Lage ist, sich aus den haarsträubendsten Widersprüchen herauszuaalen und dabei auch noch freundlich dreinzublicken.

Und für die niederen Gefühle und Emotionen der Kernklientel bulldozert

Weidel dann über die Einordnungsversuche und das hilflose Nachhaken des Moderatoren hinweg, um auf ihr Lieblingsthema zu kommen: die „Flachzangen“ der CDU und der SPD. Es ist ein bisschen guter Cop und böser Cop, was Weidel und Chrupalla am Sonntagabend zur besten Sendezeit im sanften Sommerinterviewsetting zwei Wochen vor einer der einschneidendsten Landtagswahlen der Nachkriegsgeschichte spielen.

Die Realität spielte auch jenseits der Klimakrise in beiden TV-Studios eine untergeordnete Rolle. Der parallel angebotene Faktencheck rückte zwar einige Dinge gerade, aber der wird den TV-Zuschauern ja gerade nicht mitgeliefert, sondern muss extra aufgerufen werden. Das bleibt ein Problem besonders bei Politiker*innen, deren gezielte Strategie Desinformation und Lügen sind.

Und davon gab es jede Menge: Da sind etwa viele standardmäßig aus dem Zusammenhang gerissene Zahlen zu abgelehnten Asylbewerbern und zu möglichen Abschiebungen. Der „kulturfremde“ Facharzt aus Syrien müsse sich natürlich keine Sorgen machen, abgeschoben zu werden, versprach Chrupalla – dabei klingt das Wahlprogramm in Sachsen-Anhalt deutlich anders.

Bei Weidel klang es zeitweise sogar so, als wenn sie Einbürgerungen am liebsten rückabwickeln würde: „Wir müssen aufhören, diese Menschen einzubürgern, die eigentlich unser Land verlassen müssen“, sagte sie mit Blick auf Syrer – während sich die Beschäftigungsquote von Syrer*innen in Deutschland immer weiter der deutschen Bevölkerung annähert. Und eingebürgert wird in der Regel nur, wer seinen eigenen Lebensunterhalt verdient und mithin in die Sozialsysteme einzahlt. Weidel log stattdessen dreist, dass 306.000 Arbeitslose eingebürgert worden seien. Eine Meldung aus dem Reich der Fantasie, beziehungsweise vom rechtsradikalen Krawallportal Nius.

Noch dreister wurde es beim Thema Briefwahl: Hier insinuierte der AfD-Parteichef strukturellen Betrug in Pflegeheimen, wie es zuletzt auch der Spitzenkandidat Ulrich Siegmund in Sachsen-Anhalt tat. Beide taten dies ausdrücklich ohne Belege, was sich schon deswegen nicht widerlegen lässt. Chrupalla sagte, er könne die Fälle nicht überprüfen, für ihn sei es aber unstrittig, dass es diese Fälle gebe. Warum nicht einfach mal eine unbelegte Behauptung trotzdem so behaupten? Da hilft auch kein Faktencheck.

Im Bereich der Fantasie liegt auch, dass sich ehemalige Kader der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend – wichtige Strippenzieher von Siegmund – sich von ihrer neonazistischen Organisation distanziert hätten. Das Gegenteil ist richtig: Die taz recherchierte, dass Kinder eines AfD-Justiziars und -Ortsbürgermeisters wiederum an ähnlichen völkischen Gruppen wie „Jungadler“ teilnahmen.

Apropos rassistische Ideologie: Wegen der Vorfälle in Ceuta fordert Weidel neben den üblichen Schauermärchen vom kriminellen Ausländer den Ausstieg aus dem Schengenraum. Dabei verschweigt sie dreist, dass kaum ein Flüchtling von dort das europäische Festland erreicht haben dürfte – und Ceuta gar nicht zum Schengenraum gehört.

Ebenso behauptete sie pauschal, dass Deutschlands Grenzen offen seien – wobei SPD und CDU sie seit 2024 kontrollieren und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) sogar mutmaßlich rechtswidrig Asylbewerber zurückweist. Der wiederum könnte langsam mal bemerken, dass sich die AfD so jedenfalls nicht wegeregieren lässt. Dann hätte wenigstens einer was gelernt aus diesem Sommerinterview.



Da geht zusammen, was zusammen steht: We'llcome United begleitet auf der Protestaktion gegen den AfD-Parteitag in Erfurt

Das Megafon selbst in die Hand nehmen

In linken Aktionsbündnissen sind Geflüchtete unterrepräsentiert. Woran das liegt und wie das Netzwerk We'llcome United das ändern will

Aus Erfurt und Leipzig **Timo Krügener** (Text und Fotos)

Es ist ein kalter Julimorgen, als Mohamed Muridi sich gemeinsam mit den Aktivist*innen von We'llcome United auf den Weg zur Demo in Erfurt macht. Es ist halb sechs, zum Frühstück gab es nur schnell einen Apfel, die meisten haben nur wenige Stunden geschlafen. Trotzdem ist die Stimmung kämpferisch. Für einige ist es die erste Demo ihres Lebens.

Für Muridi, der vor sechs Jahren aus Somalia nach Deutschland geflüchtet ist, ist es nicht seine erste Demo. Er engagiert sich in Würzburg, wo er lebt, bei unterschiedlichen Gruppen und hat bereits einige Protesterfahrungen gesammelt. Am Samstagmorgen ist er dennoch sehr gespannt, denn auf so einer großen Demo war er bisher noch nicht. Es ist die versuchte Blockade gegen den AfD-Bundesparteitag, die am Ende scheitern wird, aber rund 50.000 Menschen zum weitgehend friedlichen Protest gegen die Rechtspopulisten auf die Straßen treiben wird.

Einige Wochen vor der Demonstration in Erfurt war sich Muridi noch nicht sicher, ob er überhaupt teilnehmen würde. Gegen die AfD auf die Straße zu gehen, hält er für wichtig. Gleichzeitig fürchtet er, dass politischer Protest Folgen für sein Asylverfahren haben könnte. „Es besteht diese Angst, dass ich abgeschoben werde, wenn ich zu laut bin“, sagt er.

Diese Angst bestimmt auch, welche Formen des Protests für ihn infrage kommen. Während Aktivist*innen des Bündnisses Widersetzen versuchen, den AfD-Parteitag mit Blockaden zu stören, mobilisiert We'llcome United gemeinsam mit Widersetzen-Aktivist*innen zu einem antirassistischen Block auf einer angemeldeten Demonstration. Denn das Risiko, wegen einer Blockade ein Strafverfahren zu bekommen, trifft nicht alle Aktivist*innen gleich. Für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus können strafrechtliche Konsequenzen Auswirkungen auf ihren Aufenthalt haben.

Zu Straftatvorwürfen kann es bei Aktionen wie in Erfurt zum Beispiel dann kommen, wenn Polizeiketten durchbrochen werden. Dann kann es vor Gericht unter anderem um Landfriedens-

bruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte oder einem tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte gehen.

Eine Verurteilung zu mehr als 90 Tagessätzen verhindert die Einbürgerung. Die Wahrscheinlichkeit für ein solches Strafmaß ist zwar eher gering, aber auch niedrigere Strafen können Auswirkungen haben, denn mehrere Verurteilungen zu Geld- oder Freiheitsstrafen werden zusammengezählt.

Muridi entscheidet sich für die Teilnahme am antirassistischen Block. Jemand drückt ihm ein Megafon in die Hand. Von da an rufen die beiden gemeinsam ihre Parolen durch die Straßen von Erfurt.

In Somalia, erzählt Muridi, hätte er sich nicht vorstellen können, auf einer Demonstration ein Megafon in die Hand zu nehmen. Heute gehört politisches Engagement zu seinem Alltag. Er be-



Willkommenskultur: Mohamed Muridi auf der Demo in Erfurt. Er hat sie als sehr ermutigend wahrgenommen

teilt sich an unterschiedlichen Gruppen und bringt sich in die Plena von We'llcome United in Wiesbaden ein. Die Angst, mit seiner politischen Arbeit den eigenen Aufenthalt zu gefährden, kennt er trotzdem – auch von anderen Geflüchteten.

Zugleich, sagt Muridi, habe er durch sein Engagement Freund*innen gefunden und erfahren, dass er selbst etwas verändern könne. Es sei das Positive, das er einem Leben in Deutschland abgewinnen könne, das er ansonsten als deutlich ablehnender erlebt habe, als er es sich vor seiner Ankunft vorgestellt hat.

We'llcome United will Geflüchteten wie Muridi genau diese Erfahrung der Selbstermächtigung ermöglichen. Bekannt geworden ist das Netzwerk vor allem durch große antirassistische Paraden: In den Jahren 2017 bis 2019 mobilisierte das Netzwerk dafür insgesamt Zehntausende Menschen, 2025 griff es die Aktionsform zum Abschluss einer Karawane für Bewegungsfreiheit wieder auf.

Der politische Alltag von We'llcome United sieht meist unspektakulärer aus als auf einer Großdemonstration. An einem verregneten Mittwoch Anfang Juli stehen einige Aktivist*innen vor einer Erstaufnahmeeinrichtung in Leipzig. Sie haben einen kleinen Stand aufgebaut. Viel los ist an diesem Tag nicht. Nach einem außergewöhnlich heißen Wochenende ist der öffentliche Nahverkehr teilweise ausgefallen.

„Die Menschen trauen uns die Aufgaben nicht zu, oder sind überfordert damit, dass sie uns Abläufe erklären müssen“

Mohamed Muridi

Manche Bewohner*innen gehen an dem Stand vorbei, ohne stehenzubleiben. Andere beginnen ein Gespräch, erzählen von ihrer Situation oder fragen nach Unterstützung. Einige kennen die Aktivist*innen bereits von früheren Besuchen. Sie bleiben länger, begrüßen Bekannte und versuchen, weitere Bewohner*innen der Unterkunft dazu zu bewegen, nach draußen zu kommen.

Etwa alle zwei Wochen besucht die Leipziger Ortsgruppe eine der Unterkünfte. We'llcome United nennt diese Besuche „Camp Actions“. Die Aktivist*innen vermitteln Beratungsangebote, etwa zu Fragen des Aufenthaltsrechts, und versuchen, über die regelmäßigen Besuche Beziehungen aufzubauen. Dabei geht es ihnen nicht nur darum, Unterstützung anzubieten. Sie wollen Bewohner*innen dafür gewinnen, sich selbst politisch einzubringen.

Doro Köhler, die We'llcome United 2016 mitgegründet hat, legt Wert auf diese Unterscheidung. Beratungen zum Bleiberecht, Unterstützung bei Kirchenasyl oder Besuche in Abschiebegefängnissen will sie nicht als Sozialarbeit verstanden wissen. Der Anspruch sei, gemeinsam politisch zu handeln.

Auch für Muridi begann der Weg in den Aktivismus mit einer solchen Einladung. In der Gemeinschaftsunterkunft, in der er damals lebte, entdeckte er eines Tages ein Plakat an seiner Zimmertür. Darauf wurde zu einem Workshop über Abschiebungen eingeladen – und darüber, wie Betroffene sich dagegen wehren können. Muridi ging hin. Dort lernte er Menschen kennen, aus Kontakten wurden Freundschaften, über sie kam er zu weiteren politischen Gruppen.

Doch eingeladen zu werden, bedeutete für ihn noch lange nicht, überall auch als gleichberechtigter Mitstreiter wahrgenommen zu werden. In einigen Gruppen, erzählt Muridi, sei er vor allem „der Geflüchtete“ geblieben. Zum World Refugee Day habe man ihn etwa gebeten, eine Rede zu halten. In die alltägliche Arbeit und die Strukturen der Gruppen sei er dagegen kaum einbezogen worden.

„Die Menschen trauen uns die Aufgaben nicht zu, oder sind überfordert damit, dass sie uns Abläufe erklären müssen“, sagt Muridi. Dahinter



Ein Miteinander ist die Strategie: Bundesweites Treffen von selbstorganisierten Migrant*innen-Initiativen in Darmstadt im Frühjahr

müsse nicht immer eine schlechte Absicht stehen. Das Ergebnis sei trotzdem, dass Geflüchtete zwar gehört würden, aber nicht unbedingt mitentscheiden könnten. „Es ist aber wichtig, dass Aktivist*innen, die zum Thema Rassismus arbeiten, nicht nur Geflüchteten zuhören, sondern ihnen die Möglichkeit geben, aktiv teilzunehmen.“ Damit berührt Muridi eine Frage, die auch We'llcome United selbst betrifft: Wie lässt sich aus Unterstützung tatsächlich gemeinsame politische Arbeit machen?

Bei einem bundesweiten Treffen von We'llcome United in Frankfurt wird die Frage nach Augenhöhe auch innerhalb des Netzwerks diskutiert. Neben Muridi berichten weitere Menschen mit Migrationsgeschichte davon, dass sie in politischen Kreisen häufig vor allem als Geflüchtete oder Migrant*innen wahrgenommen werden – und weniger als Mitstreiter*innen oder Freund*innen.

Muridi richtet sich dabei auch an die weißen Aktivist*innen im Raum: „Wenn ihr mit Geflüchteten in Kontakt tretet, dann begegnet ihnen als Menschen, als Freundinnen, als Nachbar*innen und nicht nur als Geflüchtete.“ Geflüchtete hätten oft weniger Ressourcen, sich zu engagieren – neben den Herausforderungen, die ihr Alltag sonst noch bereithält. Darüber sei es wichtig, zu reden, sagt Muridi.

Doro Köhler beschäftigt diese Frage auch mit Blick auf ihre eigene Position im Netzwerk. Sie hat We'llcome United 2016 mitgegründet und setzt sich seit Jahrzehnten für Bewegungsfreiheit ein. Als weiße Person ohne eigene Migrationsgeschichte verfügt sie über andere Zugänge und Möglichkeiten als viele ihrer Mitstreiter*innen. Dieser strukturellen Ungleichheit sei sie sich bewusst, sagt sie, und sie müsse in der gemeinsamen politischen Arbeit berücksichtigen.

Ihr eigenes Engagement versteht Köhler dabei nicht als Unterstützung für einen Kampf, der sie selbst nichts angeht. „Niemand ist frei, solange nicht alle frei sind. Deshalb kämpfe ich für Veränderung und suche mir dafür all diejenigen als Bündnispartner*innen, die das auch wollen.“

Für Köhler folgt daraus auch eine bestimmte Vorstellung davon, wie Menschen innerhalb von We'llcome United miteinander arbeiten sollen. „Wir begegnen uns hier sehr persönlich im Widerstand gegen rassistische Gesetze und als Freund*innen und nicht in der Rollenverteilung als Unterstützende und Geflüchtete.“

Wie die Gruppe versucht, diesen Anspruch im politischen Alltag umzusetzen, zeigt sich auch im Plenum der Leipziger Ortsgruppe. Damit jede Person in der Sprache sprechen kann, in der sie sich am wohlsten fühlt, gibt es Übersetzer*innen. Am Ende des Plenums steht außerdem eine sogenannte Direct-Support-Runde. Dort wird gefragt, ob jemand aktuell Unterstützung braucht – etwa bei der Wohnungssuche, bei Behördengängen oder bei der Suche nach einem Sprachkurs.

Ähnliche Erfahrungen wie Muridi hat auch Muro Akbaba gemacht. Der 1987 in Darmstadt geborene Sohn türkischer Gastarbeiter*innen kam schon früh mit politischem Engagement in Berührung: zunächst im alevitischen Kulturverein seiner Eltern, später in der linken Szene. Dort ist er mit Unterbrechungen seit seiner Jugend aktiv, heute bezeichnet er sich als Vollzeitaktivist. Besonders wichtig ist ihm die Vernetzung unterschiedlicher politischer Gruppen. Über die Jahre hat er dadurch Einblick in viele aktivistische Zusammenhänge gewonnen.

In diesen Gruppen hat Akbaba häufig erlebt, was es bedeutet, die einzige Person mit Migrationsgeschichte zu sein. Auch in linken und antirassistischen Netzwerken sei es nicht selbstverständlich, sich mit rassistischen Strukturen in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen. „Wir wurden alle in einem System sozialisiert, das von rassistischen Strukturen geprägt ist. Hiermit braucht es eine aktive und selbstkritische Auseinandersetzung“, sagt er.

Solche Reflexionsprozesse anzustoßen, sei allerdings nicht immer leicht. Gerade in politischen Gruppen, die sich selbst als antirassistisch oder antisexistisch verstehen, bestehe teilweise die Überzeugung, dass es Rassismus oder Sexismus in den eigenen Strukturen nicht geben könne. „Wenn ich dann Situationen anspreche, wurde mir nachgesagt, die Dinge zu persönlich zu nehmen. Es sind aber strukturelle Probleme und selbst wenn ich es persönlich nehmen würde, sollte dafür Raum sein.“

Diese Auseinandersetzungen zu führen, sei mühsam, berge aber auch großes Potenzial, sagt Akbaba. Bei We'llcome United erlebe er zumindest die Ambition, Menschen mit Migrationsgeschichte direkt mitwirken zu lassen und sie „nicht als Rohstoff für die eigene Sache zu behandeln“.

Trotzdem halten Muridi und Akbaba es zugleich für wichtig, dass es auch Räume gibt, wo

Menschen mit Migrationsgeschichte unter sich sind. Für Akbaba geht es dabei vor allem darum, nicht erst um Teilhabe an bereits bestehenden Strukturen kämpfen zu müssen, sondern selbst über diese Strukturen bestimmen zu können. „Dabei geht es gar nicht um Migras gegen Weiße oder so“, sagt er, „sondern es geht darum, dass wir einen Raum haben, in dem wir zu 100 Prozent die Entscheidungsmacht haben und es geht darum, einen Safer Space zu schaffen.“

Aus dieser Motivation heraus hat er im August 2025 die Gruppe Migra4Migra in Darmstadt mitgegründet. Die unterschiedlichen politischen Räume – selbstorganisierte und gemeinsame – seien für ihn dabei kein Widerspruch. Die Lebensrealitäten von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte seien schlicht unterschiedlich. „Mein Aktivismus wird deshalb immer ein anderer sein!“

Auch in linken und antirassistischen Netzwerken sei es nicht selbstverständlich, sich mit rassistischen Strukturen in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen, sagt Muro Akbaba

Wie schwierig es sein kann, unterschiedliche politische Perspektiven in einem gemeinsamen Bündnis zusammenzubringen, erlebt auch We'llcome United. Bei der Nachbesprechung der Anti-AfD-Proteste in Erfurt am folgenden Tag ist die Stimmung unter den Aktivist*innen überwiegend positiv. Gleichzeitig kritisiert die Gruppe in einem Statement gegenüber der taz, dass sie teilweise um ihren Raum kämpfen musste.

So wurde dem antirassistischen Block ein eigener Lautsprecherwagen auf der Demonstration versagt. Nach Angaben von We'llcome United befürchteten die Veranstalter*innen Redebeiträge

mit Palästina-Bezug. Die Gruppe kritisiert, dass der antirassistische Block damit unter Generalverdacht gestellt und der Platz für unterschiedliche Perspektiven eingeschränkt worden sei. Die Situation in Gaza sei ein Thema, das gerade auch viele Menschen mit Migrationsgeschichte betrage. In einer Zusammenarbeit mit diesen Gruppen könne es deshalb nicht kategorisch ausgeklammert werden.

Auch, dass Parteien mitliefen bei der Blockade, sorgte bei einigen Aktivist*innen von We'llcome United für Unbehagen. Die Jusos führten eine der Demonstrationen mit Parteifahnen an, auf einer Kundgebung sprachen unter anderem Umweltminister Carsten Schneider von der SPD, der ehemalige Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linken und die ehemalige Vizepräsidentin des Bundestags, Katrin Göring-Eckardt von den Grünen.

„Es war für mich widersprüchlich, Parteien hier präsent zu sehen, die auf Bundesebene für eine politische Linie stehen, die zu meiner Abschiebung führen könnte“, sagt Mohamed Muridi. Für ihn zeigt sich darin erneut, dass der gemeinsame Protest gegen die AfD nicht bedeutet, dass alle Beteiligten dieselben politischen Interessen verfolgen oder Erfahrungen teilen.

Trotz dieser Konflikte überwiegt für Muridi wie für die anderen Aktivist*innen von We'llcome United das Positive. Es sei ermutigend gewesen, so viele Menschen im Protest gegen die AfD zu erleben. Muridi erinnert sich vor allem an einen Moment: Als der antirassistische Block am Gothaer Platz an einer Blockade von Widersetzen vorbeizieht, bilden die Aktivist*innen in den gelben Westen ein Spalier. Der Block läuft hindurch, begleitet von lautem Applaus. „Hoch die internationale Solidarität“, rufen die Demonstrierenden.

Für Akbaba, der selbst nicht mit nach Erfurt gekommen ist, entscheidet sich die Bedeutung solcher Aktionen auch daran, was danach passiert. Es komme nicht von ungefähr, dass die AfD inzwischen in Umfragen die stärkste Kraft in Deutschland sei. „Deshalb müssen wir lokal in unserer Nachbarschaft aktiv werden.“ Akbaba meint damit zum Beispiel Bildungsarbeit mit Jugendlichen in den Schulen, Sprachcafés als niedrigschwellige Treffpunkte für Geflüchtete. Demos wie gegen die AfD in Erfurt seien wichtig. Nur könne man sich nicht, sagt er, auf ihnen ausruhen.

Anzeige

taz kurzreisen
in Deutschland

CASTELL (STEIGERWALD)

Wanderungen in der fränkischen Weinregion zwischen Steigerwald und Iphofen, unser Gastwirt (und taz-Autor) Jörn Kabisch ist den Werten der Slow-Food-Bewegung für verantwortungsvollen Genuss verpflichtet.

Nähere Informationen zu allen taz-Reisen im Internet: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon (0 30) 2 59 02-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

21. bis 25. Sept.
mit Lukas Walraff
4 Übernachtungen im Gasthaus zum Schwan
ab 930 € (DZ/HP/ ohne Anreise)

Kein Mord, kein Rassismus

Ein AfD-Anhänger ersticht Ayoub F. auf dem Weg zur Moschee. Das Gericht verurteilt ihn zu zehn Jahren Haft. Ein rassistisches Tatmotiv will es nicht erkennen

Aus Lüneburg **Heike Kleffner**

„13 Jahre durfte ich meinen Sohn Ayoub nicht in Deutschland besuchen. 13 Jahre konnten wir uns nur über Facetime sehen“, sagt Kheir Eddine F.. „Erst jetzt, nachdem Ayoub ermordet wurde, habe ich ein Visum bekommen. Dabei haben wir immer auf ein Wiedersehen gehofft.“ Ruhig und aufmerksam verfolgte der Rentner aus einer algerischen Kleinstadt die Urteilsverkündung zum gewaltsamen Tod seines ältesten Sohns am Landgericht Lüneburg.

Die 1. Große Strafkammer des Gerichts verurteilte den 26-jährigen Daniel F. wegen Totschlags an Ayoub F. zu einer Haftstrafe von zehn Jahren. Mit dem Strafmaß folgte das Gericht der Staatsanwaltschaft. Diese hatte am vorletzten Prozesstag auf Totschlag plädiert und zum Motiv explizit festgestellt: „Ohne eine fremdenfeindliche Einstellung des Angeklagten wäre es nicht zu der Tat gekommen.“

Die Strafkammer sieht Ayoub F. dagegen als Zufallsoffer eines Mannes, der zwar ein möglicherweise rassistisches Weltbild habe, aber vor allem nach selbstprovozierten Auseinandersetzungen „einmal als Sieger“ dastehen wollte. Der Nebenklagevertreter hatte auf Mord und Rassismus als Tatmotiv für die tödlichen Messerstiche auf Ayoub F. plädiert.

Er warf dem Gericht vor, die gezielte Opferauswahl und den tödlichen Angriff eines „Rassisten und AfD-Anhängers“ auf eine trotzig Selbstbehauptungsreaktion zu reduzieren. „Der Angeklagte hat Ayoub F. angegriffen und getötet, weil er ihn stellvertretend für eine ganze abgewertete Gruppe als Ausländer und als Muslim wahrgenommen hat.“

Der 30-jährige Ayoub F. war am 11. Januar 2026 auf dem Weg zum Sonntagsgebet in der Moschee in der Uelzener Innenstadt, als ihm Daniel F. mit einer Schneeschaufel entgegenkam und einen Streit provozierte. Dann zog der Angeklagte, ein arbeitsloser Metallbauer und bekennender AfD-Anhänger, sein mitgebrachtes Küchenmesser und stach dem 30-Jährigen von hinten in den Rücken. Die 12 Zentimeter lange Klinge traf Lunge und Hauptschlagader. Ayoub F. starb wenige Stunden später im Krankenhaus an inneren Blutungen.

Zeug:innen berichteten vor Gericht, wie der Angeklagte nach den tödlichen Messerstichen in ein nahe gelegenes Restaurant stürmte und laut fragte, ob jemand die Auseinandersetzung beobachtet habe. Dabei rief er unter anderem: „Es war Notwehr“ und „Das gibt bestimmt wieder Ärger mit Multikulti.“

Auch bei der Festnahme habe der Angeklagte auf eine vermeintliche Notwehrsituation hingewiesen, sagte eine Polizeibeamtin. „Als wir da ankamen, hat der Angeklagte gleich gesagt, ich bin das Opfer.“ Diese Behauptung wiederholte Daniel F., dem ein Gutachter volle Schuldfähigkeit bescheinigte, auch vor Gericht in einer Erklärung, die seine Verteidiger verlasen.

Zu den von Ermittlern rekonstruierten Suchverläufen äußerte sich die Verteidigung nicht. Am Tag vor der Tat hatte Daniel F. nach „erlaubter bewaffneter Notwehr“ gegoogelt. Zuvor suchte er im Internet mehrfach nach Informationen, ob das N-Wort in Deutschland straffrei sei und ob alle Schwarzen Menschen abgeschoben werden könnten.

Die Aussagen eines Dutzends Zeugen zeigten, dass dem Tod von Ayoub F. eine monatelange Eskalation vorausging. Die Opfer: Menschen, die aufgrund äußerer Merkmale im Weltbild der extremen Rechten als politische Gegner:innen gelten.

Im Herbst 2025 beschädigte er im Vorgarten eines Nachbarehepaars und eines grünen Kommunalpolitikers mehrfach ein antifaschistisches „Kreuz ohne Haken“. Als die Nachbarn ihn zur Rede stellten, drohte er: „Die AfD wird bald die stärkste Kraft im Land, und dann werdet ihr schon sehen.“ Eine Gruppe minderjähriger migrantisierter Jugendlicher bedrohte der Angeklagte mit Waffen. Vor Gericht schilderten die Schüler:innen, wie ihnen der Angeklagte im September 2025 plötzlich mit einer stichsicheren Schutzweste und Axt und Beil bewaffnet auf der Straße entgegenkam und gedroht habe: „Ihr seid nicht die ersten Ausländer, die ich kaputt schlage.“

In Uelzen, soll am Samstag beim „Festival gegen Rassismus“ Ayoub F. als Opfer rassistischer Hassgewalt erinnert werden.



Wetten, die Demokratie gewinnt?

Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt.

Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

Kam zur Programmvorstellung extra nach Berlin: Eva von Angern, Linken-Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt
Foto: Michael Brandt/dpa

Mit lieben Grüßen an die CDU

Zwei Wochen vor der Landtagswahl stellt die Linke einen Neun-Punkte-Plan für Sachsen-Anhalt vor. Er ist auch ein Fingerzeig in Richtung einer möglichen Minderheitsregierung

Von **Daniel Bax**

Zwei Wochen vor der Landtagswahl hat die Linke eine Art alternatives Regierungsprogramm für Sachsen-Anhalt vorgelegt. Unter dem Titel „Auftaktprogramm für ein zukunftsfestes Sachsen-Anhalt“ nennt die Partei neun Eckpunkte für eine andere Politik in dem Bundesland, in dem am 6. September gewählt wird und die AfD in Umfragen weit vorn liegt. Das zeugt von einem Selbstbewusstsein, das seine Gründe hat.

Die Linke hält sich in Sachsen-Anhalt stabil bei rund 13 Prozent. Sie liegt damit nicht nur vor SPD und Grünen, die beide um den Wiedereinzug ins Magdeburger Landesparlament bangen, sondern übertrifft beide zusammen: Die SPD kommt in den letzten Umfragen auf 5 bis 7 Prozent, die Grünen schrammen bedrohlich an der Fünfprozenthürde entlang. Das Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW), das im ver-

gangenen Jahr noch zweistellig lag, ist nach internen Querelen abgestürzt und bleibt klar unter 5 Prozent.

Im ihrem Neun-Punkte-Programm fordert die Linke an erster Stelle einen landeseigenen „Zukunftsfonds“ für Wirtschaft und Infrastruktur. Damit will sie Kredite für investitionsbe-

„Wir sind nicht die fünfte Kolonne der CDU“

Eva von Angern

reite Unternehmen absichern und Schlüsselinfrastruktur wie Wasserstoff-, Energie- und Wärmenetze entwickeln und mitfinanzieren. Die vorhandenen Landesgesellschaften sollen zu einer Einheit für Projektentwicklung gebündelt werden.

Zweitens strebt die Linke eine Bundesratsinitiative für die Wie-

dereinführung der Vermögenssteuer an, drittens mehr staatliches Engagement in der Kinderbetreuung. Nach ihrem Willen soll es für alle Kinder ein kostenloses Mittagessen und „Trinkbrunnen“ in Kitas und Tagespflege geben. Dafür müsste das bestehende „Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt“ (KiFög) geändert werden. Auch in Schulsozialarbeit und medizinische Versorgung will die Linke mehr investieren – mit einem „Landesprogramm Schulsozialarbeit“ und „Medizinischen Versorgungszentren“ (MVZ) für den ländlichen Raum.

Anders als in der Hauptstadt Berlin, wo Ende September gewählt wird, bildet das Thema Mieten in Sachsen-Anhalt kein Schwerpunktthema. Stattdessen fordert die Linke ein landesweites, vergünstigtes Sozialticket, damit auch Menschen mit wenig Einkommen Bus und Bahn

nutzen können. Außerdem will sie den Brand- und Katastrophenschutz modernisieren, ein Programm zur Armutsbekämpfung auflegen und einen „Landesfonds gegen Energiesperren“ schaffen, damit Haushalten in Zahlungsrückstand nicht Strom oder Gas abgestellt wird. „Niemand soll in Sachsen-Anhalt im Winter frieren, weil das Geld für die Energierechnung fehlt“, heißt es.

Mit ihrem wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstoß will die Linke der AfD das Wasser abgraben und eine absolute Mehrheit der Rechtsextremen verhindern. Weil dieses Ziel überregionale Bedeutung hat, stellte Eva von Angern, die Spitzenkandidatin der Linken, ihr Neun-Punkte-Programm in Berlin vor, nicht in Magdeburg. Ihre Partei werde nicht zulassen, dass Sachsen-Anhalt „ein Experimentierfeld für eine rechtsextreme Partei“ werde, versprach sie am Montag vor Journalisten in Berlin.

Man werde alles tun, um die AfD von den Schalthebeln der Macht abzuhalten. „Aber wir sind nicht die fünfte Kolonne der CDU“, fügte sie hinzu, ihre Partei gebe es „nicht zum Nulltarif“. CDU-Ministerpräsident „Sven Schulze soll nicht erwarten, dass wir hier wie die Lämmchen über die Klippe springen“. Man stehe für eine andere Politik, das soll das Neun-Punkte-Programm deutlich machen.

So unterstreicht die Linke ihren Anspruch, im Land eine gestaltende Rolle zu übernehmen. Sie gibt sich dabei konstruktiv und pragmatisch. Ihr Papier kann als Grundlage für künftige Verhandlungen mit der CDU dienen. Denn wenn es nach der Wahl nur noch für eine Minderheitsregierung reicht und die AfD außen vor bleiben soll, muss CDU-Ministerpräsident Sven Schulze auf die Linke zugehen. Sie hat nun ihren Preis genannt.



Nächste Abschiebung zu den Taliban

Am Dienstag soll es erneut einen Abschiebeflug nach Afghanistan geben. Unklar ist noch, ob wieder ein Nicht-Straftäter am Bord ist

Von **Thomas Ruttig**

Die Bundesregierung plant für Dienstag einen weiteren Abschiebeflug nach Afghanistan. Der Start ist für die frühen Morgenstunden gegen 1 Uhr vom Flughafen Leipzig/Halle mit dem Ziel Kabul vorgesehen. Es wäre die zweite deutsche Sammelabschiebung zum Taliban-Regime, von der auch Afghanen betroffen sein könnten, die strafrechtlich unbescholten sind. Im Juli hatte die Bundesregierung die Beschränkung von Abschiebungen auf Straftäter und sogenannte Gefährder aufgehoben.

Damit können auch bisher geduldete abgelehnte afghanische Asylbewerber sowie Afghanen, deren Schutzstatus widerrufen wird, abgeschoben werden. Ende 2025 waren laut einer Auskunft der Bundesregierung auf eine Linken-Anfrage im Bundestag 8013 solcher Widerrufsverfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anhängig. Parallel sank die Schutzquote für junge Afghanen. In den vergangenen Tagen wurden dem Vernehmen nach

weitere afghanische Staatsbürger Taliban-Diplomaten vorgeführt, um die zur Abschiebung notwendigen Dokumente zu bekommen. Auf der Grundlage des im Juni aktualisierten Abschiebedeal der Bundesregierung mit den Taliban sind jetzt bis zu drei solcher Flüge pro Monat möglich.

Von der Bundesregierung ist bis zum nächsten Abschiebeflug keine Auskunft zu erwarten. Nach der letzten Sammelabschiebung nach Kabul Ende Juli äußerte sich Minister Dobrindt nur kurz im Nachhinein, eine offizielle Pressemitteilung aus dem Bundesinnenministerium gab es nicht. Auch zu Einzelfällen sagt die Bundesregierung nichts.

Sollte der Abschiebeflug in den nächsten Tagen stattfinden, wird Faridoon Tofan voraussichtlich erneut nicht an Bord sein, so der Münchner Flüchtlingsrat zur taz. Die zuständige Taliban-Vertretung habe die für die Abschiebung nötigen Passersatzpapier bisher nicht übermittelt. Auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Potsdam über den Eilantrag gegen die Abschiebung stehe noch aus.

Der 46-jährige Bauunternehmer floh 2022 aus Afghanistan und lebte und arbeitete seither in Brandenburg. Als er von einem Kurztrip zu einer Hochzeit in Rom zurückkehrte, nahm ihn die Bundespolizei fest und brachte ihn direkt in Abschiebehaft. Er sagte der taz am Telefon, er habe nicht gewusst, dass ihm solch eine Reise verboten sei. Während seines Asylinterviews beim BAMF habe man ihm das nicht mitgeteilt. Auch anwaltliche Vertretung oder anderweitige Beratung habe er damals nicht gehabt.

In Afghanistan hatte Toofan für die Regierung Schulen und Gebäude für die Wahlkommission errichtet, zuletzt auch ein Rekrutierungszentrum für die afghanische Polizei. An deren Ausbildung war die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt. Dadurch sei er ins Visier der Taliban geraten.

Bei seiner Anhörung an der Taliban-Botschaft in Berlin, zu der ihn Bundespolizisten vorführten, habe er sich zunächst geweigert, den dafür vorgesehenen Raum zu betreten. Die Polizisten hät-

ten ihm dann gesagt: „Angst brauchen sie jetzt noch nicht zu haben, heute passiert ihnen nichts.“ Ihnen scheint klar zu sein, dass Tofan in Afghanistan durchaus Gefahr drohen könnte.

Sollte Tofan nicht bei dem kommenden Abschiebeflug dabei sein, bedeutet das für ihn nur weitere Abschiebehaft vor seiner Auslieferung an die Taliban. Trotz einer Amnestie haben diese oder unbekannte Täter allein 2025 80 Menschen getötet oder verletzt, die für die frühere Regierung gearbeitet hatten, so die Menschenrechtsorganisation Rawadari.

Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Afghanistan, Richard Bennett, sagte der taz, dass er Tofans Fall zwar „nicht im einzelnen studiert“ habe. Er erneuerte aber seine „generelle Besorgnis über unfreiwillige Rückführungen von Afghanen“, da ihnen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen könnten. Deutschland sei an internationale Abkommen gebunden, die Abschiebungen in solche Länder verbieten.

Mit Ach und Krach

SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach soll seine Partei bei der anstehenden Berlin-Wahl aus dem Tal der Tränen führen. Besonders gut sieht es nicht aus. Und jetzt hat er auch noch Ärger mit dem möglichen Koalitionspartner und dessen Enteignungsplänen

Aus Berlin **Rainer Rutz**

Steffen Krach muss jetzt was essen. Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der Berliner SPD ist seit acht Stunden unterwegs. Gut siebeneinhalb Stunden liegen an diesem Sommernachmittag noch vor ihm. So geht das seit Wochen. So geht das noch Wochen. Bis zur Wahl des Landesparlaments am 20. September. Selbst beim Joggen rede er mit seinen Mitjoggern über Politik und den Wahlkampf, sagt Krach. Nun wird der 47-Jährige in einer kleinen Pizzeria im abgeranzten Berliner Ortsteil Wedding eine Stunde über Politik und den Wahlkampf reden. Omelette mit Schinken und Salat.

Sprechen über den Wahlkampf, heißt bei Krach auch: sprechen über die Beschlüsse der eigenen Genoss:innen in der schwarz-roten Bundesregierung. Von den Kürzungen beim Wohngeld bis zur Gesundheitsreform: „Das ist Mist und sozial nicht ausgewogen. Da habe ich eine klare Position zu“, sagt er.

Worauf Krach dennoch verzichten könne, seien Personaldebatten. Etwa auf einem Sonderparteitag, der die beiden SPD-Bundesvorsitzenden Lars Klingbeil und Bärbel Bas in die Wüste schickt. Teile des Berliner Landesverbands fordern das. Der Chef nicht. Krach sagt: „Ich bin insgesamt nicht zufrieden mit dem Auftreten der SPD.“

Ihm wäre es am liebsten, die SPD schärfe ihr Profil „als Partei der sozialen Gerechtigkeit“ durch „entsprechendes Regierungshandeln mit klaren Ergebnissen für die Menschen“. Er klingt nicht so, als würde er daran glauben, dass das demnächst eintritt. „Das gibt mir als Spitzenkandidaten und der SPD hier in Berlin keinen Rückenwind, das ist klar.“

Krach ist eloquent, selbstbewusst, smart. Er könnte auch einer TV-Vorabendserie entsprungen sein. Und er hat Verwaltungserfahrung, was in der Chaosbude Berlin von Vorteil sein sollte. Der gebürtige Niedersachsen war jahrelang Wissenschaftsstaatssekretär in der Berliner Landesregierung, bevor er 2021 Präsident der Region Hannover wurde.

Vor einem Jahr holte ihn die Berliner SPD zurück. Krach – nach eigenen Angaben nicht links, nicht rechts, sondern

„pragmatisch“ – wurde zum Hoffnungsträger der tief zerrissenen und schlecht gelaunten Hauptstadt-Sozis, die seit 2023 als Juniorpartner im CDU-geführten Senat von Regierungschef Kai Wegner mitregieren.

Die Zustimmungswerte für die gesamte Regierung sind dabei seit Langem im Keller. Für die Parteilinken im SPD-Landesverband ist das Bündnis auch unabhängig davon eine Qual. Der Mann von „außerhalb“ kam da gerade recht. Die Partei überschüttete ihn förmlich mit Lobpreisungen: „Riesenglücksfall“, „Gewinnertyp“.

Die ehemalige Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey rief Krach auf einem Landesparteitag im November 2025 zu: „We can do it. Und dit wird jut, lieber Steffen.“ Darauf, dass es

„Ich bin insgesamt nicht zufrieden mit dem Auftreten der SPD“

Steffen Krach, SPD

„jut“ wird, wartet die SPD bis heute. Krachs Partei steht in Umfragen bei 12 bis 15 Prozent und damit auf Platz 5 hinter Linkspartei, CDU, AfD und Grünen.

Krach sagt an diesem Nachmittag: „Platz 1 ist noch drin.“ Das Rennen sei ja eng. In der letzten Umfrage trennten die SPD nur 5 Prozentpunkte von Platz 1. Kurz darauf veröffentlicht ein anderes Institut die nächste Umfrage. Die Linke mit Spitzenkandidatin Elif Eralp führt hier mit 22 Prozent, die SPD rangiert abgeschlagen bei 12 Prozent. Liegt es am Spitzenkandidaten? Oder an der sich selbst zu Tode regierenden Landes-SPD?

Bis zur Berlin-Wahl 2023 stellte die SPD mehr als zwei Jahrzehnte lang alle Regierenden Bürgermeister:innen. Die Konsequenz: In der Stadt gilt die Partei als mit-, wenn nicht hauptverantwortlich für die als miserabel empfundene Gesamtsituation, die Kriminalität, die Verwahrlosung, vor allem aber die explodierenden Mieten. Krach plakatiert trotzdem: „Der Mietenwahnsinn endet jetzt.“



Ärgert sich über die unsoziale Bundes-SPD: Berlins Spitzenkandidat Steffen Krach Foto: Thomas Koehler/imago

Angesprochen auf die Glaubwürdigkeit, sagt er: „Das ist völlig okay.“ Angesichts der vielen Jahre in Regierungsverantwortung könne sich die SPD schlecht hinstellen und „sagen, das ist alles optimal gelaufen mit dem Mietmarkt“. Aber die SPD habe auch nie allein regiert. In den 2000er Jahren habe zum Beispiel die Linke beim Verschubern der landeseigenen Wohnungen an private Konzerne munter mitgemacht.

Wie alle anderen Parteien will auch die SPD das Mietendilemma wahlkämpfend bewirtschaften. Es gelang ihr von Beginn an nur leidlich. Es wurde aussichtslos, als CDU-Kanzler Friedrich Merz, Bayerns CSU-Ministerpräsident Markus Söder und die SPD-Chef:innen Klingbeil und Bas Anfang Juli den Beschluss verkündeten, per Bundesgesetz den Ländern Enteignungen von Immobilienbesitz zu untersagen. Seither geht es rund in Berlin.

Das Thema Enteignung brutzelt in Berlin vor sich hin, seit 2021 die damals SPD-geführte Landesregierung per Volksentscheid verpflichtet wurde, ein entsprechendes Gesetz zu erarbeiten. Das Gesetz gibt es bis heute nicht. Und die Berliner:innen seien doch bis zu dem Bundesbeschluss emotional längst weitergezogen, das Thema habe im Wahlkampf „keine Rolle mehr gespielt“. Behauptet zumindest Krach.

Er selbst hält nichts von Enteignungen. Das Ganze koste das Land viele Milliarden, die anderswo fehlen werden. „Wir haben bessere Maßnahmen“, sagt Krach. Er setzt auf Mietenkontrolle durch die Erfassung aller Berliner Mietverträge in einer Datenbank. Insbesondere wirbt er aber für einen Mietendeckel. „So können wir in Berlin den Menschen in allen 1,8 Millionen Mietwohnungen schnell helfen, und die Gesetzesänderung für einen Mietendeckel kostet den Bund keinen Cent.“

Erstes Problem: Dem Land Berlin sind beim Deckel rechtlich bislang die Hände gebunden, und die für eine Länderöffnungsklausel zuständige Bundesregierung zeigt sich zu keinerlei Lockerungsübungen bereit. Zweites Problem: Seit Anfang Juli spricht kaum noch jemand über einen Mietendeckel, dafür alle über Enteignung.

Nach Stand der Dinge dürfte eine von vielen SPD-Linken herbeigesehnte rot-grün-rote Koalition nach der Wahl zwar eine Mehrheit haben und den unbeliebten CDU-SPD-Senat ablösen. Linken-Bundeschefin Ines Schwerdtner erklärte jetzt aber Enteignungen zur Grundbedingung für eine Regierungsbeteiligung in Berlin und schmiss damit die Tür zur Krach-SPD zu.

In Schwerdtners Partei schießen sie sich nun auch auf Krach persönlich ein. „Wenn Herr Krach sagt, enteignen gehe nur ohne ihn, dann, bitte, machen wir es ohne ihn. Der Weg nach Hannover ist frei“, tönt etwa Rouzbeh Taheri, der ziemlich sicher im nächsten Landesparlament vertretene Spitzenkandidat des lautstarken Linken-Bezirksverbands Berlin-Neukölln.

„Wenn jemand, der eine andere Meinung hat, zurück in seinen Geburtsort soll, dann ist das schon eine ziemlich krasse Haltung. Das passt für mich nicht zu der Idee einer weltoffenen, vielfältigen Stadt“, keilt Krach frostig zurück.

Er bleibe dabei: Sein Weg seien nicht Enteignungen, sondern Neubau, Mietenregister, Mietendeckel. „Wenn die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner sich am 20. September für einen anderen Weg entscheidet, dann ist das Demokratie.“ Er sei beim Thema Enteignung nicht kompromissbereit und werde keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, „wo ich weiß, dass die Dinge, die da drinstehen, nicht finanzierbar und auf absehbare Zeit auch nicht umsetzbar sind“. Mit besten Grüßen an die Linke.

Ob das Aufmuskeln jetzt noch hilft, sei dahingestellt. Wenn die SPD am 20. September die 18 Prozent von der Wahl 2023 – ihr schlechtestes Berlin-Ergebnis der Nachkriegsgeschichte – auch nur ansatzweise halten kann, darf sie sich bereits feiern.

Sollte das nicht gelingen, könnte es im Anschluss unbequem werden für Krach, der erst im Mai zusammen mit der unbekannten Gesundheitspolitikerin Bettina König den SPD-Landesvorsitz übernommen hat. In der Partei, heißt es, liegen für den Tag nach der Wahl die Messer schon bereit. Besonders einer gilt im Landesverband als Messerkünstler: SPD-Fraktionschef Raed Saleh.

Saleh selbst sagt von sich, er sei harmoniesüchtig. Andere

sagen, er sei machtsüchtig. Seit 2011 führt er die Fraktion – so lange wie kein anderer Fraktionschef in einem deutschen Landesparlament. Vor einem Jahr wollte er selbst Spitzenkandidat werden, hielt sich für das Beste, das der SPD passieren kann. Die Saleh-Gegner:innen in der damaligen Parteispitze sahen das anders und präsentierten Krach. Saleh vergisst so etwas nicht.

„Ich bin total entspannt“, sagt Krach. Er habe als Landeschef mit Saleh „in den letzten Monaten sehr gut zusammengearbeitet“. Saleh sagte im Interview mit der taz im Juni, was nach der Wahl „dann auch immer passiert, entscheide ich dann“. Wer den Fraktionschef lange genug kennt, weiß: Um die SPD und sich an der Macht zu halten, würde er selbstverständlich einen Enteignungs-Koalitionsvertrag mit der Linken versuchen durchzuboxen. Egal, was ein Landesvorsitzender „unter ihm“ will.

Krach sollte gewarnt sein. Und dass die Hauptstadt-SPD über die Jahre eine Meisterschaft entwickelt hat, ihr Spitzenpersonal zu demontieren, ist kein Geheimnis. Die besten Beispiele der letzten Jahre: der ehemalige Regierende Bürgermeister und SPD-Landeschef Michael Müller und dessen Nachfolgerin Franziska Giffey.

Steffen Krach beschwört den Zusammenhalt. Das schlechte Image, die bundespolitische Irrelevanz der Landes-SPD, ja: „Das war in der Vergangenheit so und das will ich zusammen mit Bettina König ändern.“ Aber „ein Wiederaufbau ist kein Sprint, das dauert ein paar Jahre“. Die Berliner SPD könne zum „Powerhouse der Sozialdemokratie“ werden, macht er sich Mut.

Dann muss er weiter. Eine Kinderaktion in Pankow, ein „Policy Pitch“ in Neukölln, ein Stammtisch in einer Schwulenbar in Friedrichshain. Es liegen heute noch sechseinhalb Stunden vor ihm.

genossenschaft

Karin Drong, Finn Leben
Genossin seit 2008, Genosse seit 2025

WEITER GEHT'S NUR, WENN WIR ES

WEITERGEBEN

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Helft mit, der nächsten Generation den Einstieg zu ermöglichen – und unserer taz den Rücken zu stärken. Alle Infos unter: taz.de/generationenprojekt



Foto: picture alliance/dpa | Danny Gohlke

taz  **forum**

Sachsen-Anhalt

Wetten, dass ... die Demokratie gewinnt?!

Bei der Wahl am 6. September Sachsen-Anhalt könnte die rechtsextreme AfD laut Umfragen die absolute Mehrheit erreichen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Die taz diskutiert bei einer Veranstaltung in Magdeburg mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Spitzenkandidat:innen der demokratischen Parteien.

Live und im Stream

25. August 2026, ab 18:30 Uhr

Moritzhof, Moritzplatz 1, **39124 Magdeburg**
Eintritt frei

**AUSGEBUCHT!
SCHAUEN SIE
IM STREAM
VORBEI.**

Klaus-Michael Kühne hinterlässt ein Erbe

Der Logistik-Unternehmer war zweitweise der reichste Deutsche. Ein offener Umgang mit seinem NS-Erbe gelang ihm nicht

Von **Henning Bleyl**

Klaus-Michael Kühne ist tot. Der aus Hamburg stammende Milliardär und Mehrheitsaktionär des Logistikkonzerns Kühne+Nagel starb in der Nacht zum Montag 89-jährig im schweizerischen Schindellegi.

Bekannt war Kühne als zeitweise reichster Deutscher mit zahlreichen Beteiligungen, etwa an Lufthansa, Flixbus und Hapag-Lloyd, als Sponsor für Wissenschaft und Kultur – aber auch als Erbe eines im „Dritten Reich“ groß gewordenen Unternehmens, dessen Geschichte er unter dem Teppich halten wollte.

Als Kühne 1937 in Hamburg zur Welt kam, war die Spedition seines Vaters Alfred gerade zum ersten Mal als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet worden. Den jüdischen Anteilseigner Adolf Maass hatte man bereits 1933 aus dem Unternehmen gedrängt. In den Fußstapfen der Wehrmacht gründete die Firma zahlreiche Niederlassungen im besetzten Ausland, sie dienten als logistische Knotenpunkte für den Abtransport jüdischen Eigentums.

Für all das hatte Klaus-Michael Kühne selbstverständlich keine Verantwortung. So wenig wie für die Entwicklung weiterer Geschäftsfelder wie die Militärlogistik, von denen er später freilich selbst profitierte. Aber: Den Umgang mit dieser Geschichte verantwortete er.

Bekannt wurde sie, nachdem Kühne+Nagel 2015 sein 125-jähriges Firmenjubiläum am Stammsitz Bremen mit einem mehr als lückenhaften *history marketing* feierte – und die taz zu recherchieren begann. Den Startschuss dazu lieferte die Firma selbst, indem sie auf Nachfrage mitteilte: Die 30er und 40er Jahre kämen in der Firmenchronik kaum vor, da es ihnen „an Relevanz“ mangle.

Kühne fühlte sich zeitlebens dem Erbe seines Vaters verpflichtet, dem er bescheinigte: „Er hat seine Familie klug und umsichtig durch den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit gebracht. Dafür schulde ich ihm großen Respekt.“

Dieser Vater holte ihn als 21-Jährigen in die Firma – „viel zu früh“, wie Kühne manchmal sagte – und machte ihn mit 26 Jahren zum persönlich haftenden Teilhaber. Gemeinsam betrieben Vater und Sohn den Umzug der Unternehmens-Holding in die Schweiz, wofür neben den Steuervorteilen auch die Sorge vor betrieblicher Mitbestimmung eine Rolle spielte: Die Kühnes fürchteten, dass Willy Brandt als SPD-Kanzler die unternehmerischen Freiheiten beschneiden würde.

1981, im Todesjahr seines Vaters, folgte das große Versagen als Sohn: Klaus-Michael Kühne musste die Hälfte der Firmenanteile verkaufen, da er sich nach den Ölpreiskrisen im Reedereigeschäft verrannt hatte. Erst 1992 gelang der Rückkauf, dann folgte der Aufstieg zum weltweit drittgrößten Logistik-Konzern.

Im Umgang mit der (Familien-)Geschichte hat es Kühne nicht anders gemacht als die meisten Menschen in Deutschland. Nur dass er gleichzeitig in der Öffentlichkeit stand und diese als omnipräsenter Sponsor und HSV-Investor auch suchte. Wichtig war, dass in der Auseinandersetzung mit ihm das dahinter stehende gesamtgesellschaftliche Thema bekannter wurde: Die von Kühne+Nagel transportierten Besitztümer fanden ja reißenden Absatz in der „Volksgemeinschaft“. Wer jüdischen Besitz an sich nahm, erwartete (und wollte) wohl auch nicht, dass die Eigentümer zurückkehrten.

Während es in Bremen möglich war, 2023 ein Mahnmal vor der K+N-Deutschlandzentrale zu bauen, wurde Kühne in seiner Geburtsstadt Hamburg meist hofiert. Der Senat ernannte ihn zum „Professor ehrenhalber“ und hielt trotz aller Kritik an den Plänen zu einer maßgeblich von ihm finanzierten „Kühne-Oper“ fest.

Von Kühne selbst waren in Bezug auf den Umgang mit der Geschichte zuletzt neue Töne zu hören: „Ich denke jetzt mehr über das Thema nach – auch angeregt dadurch, dass ich ständig dazu befragt werde.“

Kühne starb kinderlos. Sowohl sein Vermögen als auch die Verantwortung für den Umgang mit der Firmengeschichte erben seine Frau Christine und perspektivisch die Kühne-Stiftung, die zu Europas finanzstärkster Stiftung anwächst. Welchen Umgang mit der Geschichte sie wählen werden, bleibt abzuwarten.

Zahl des Tages

30 Menschen

Beim **Einsturz eines Müllbergs** in Guineas Hauptstadt Conakry sind mindestens **30 Menschen** ums Leben gekommen. 6 wurden schwer verletzt. Starke Regenfälle in der Nacht hätten den Müll in der größten Deponie der Hauptstadt Dar-es-Salam aufgeweicht und ins Rutschen gebracht, teilte der Zivilschutz des westafrikanischen Landes mit. Nahegelegene Hütten seien am frühen Sonntagmorgen unter dem Müll begraben worden. Die Deponie hätte am Sonntag geschlossen werden sollen, sagte der zuständige Sanitärbeauftragte, Baldé Mamadou Bailo. Die Anwohner hätten Räumungsbescheide erhalten, aber zum Zeitpunkt des Unglücks hätten sich noch immer viele dort aufgehalten. (ap)

Werbung im KI-Chatbot

Ab dieser Woche soll ChatGPT Nutzer:innen Werbung anzeigen. Damit erschließt sich Anbieter OpenAI eine weitere Einnahmequelle

Von **Svenja Bergt**

Nutzer:innen des KI-Chatbots ChatGPT können seit Montag in 31 europäischen Ländern, darunter in Deutschland, Werbung angezeigt bekommen. „Marketingfachleute in ganz Europa erhalten nun neue Möglichkeiten, Menschen zu erreichen“, wirbt der Anbieter OpenAI in seiner vergangene Woche erschienenen Ankündigung für die neue Funktion.

Werbung soll demzufolge „deutlich gekennzeichnet und von den Antworten von ChatGPT getrennt“ angezeigt werden. Antworten des KI-Chatbots würden durch die Schaltung von Werbung nicht beeinflusst. In den USA bekommen Nutzer:innen bereits seit mehreren Monaten Werbung und Demokratie weisen in einem Beitrag

tenfreie Version oder die günstigste Bezahlversion Go nutzt, die teureren Bezahlversionen sollen werbefrei bleiben. Nicht erscheinen sollen Anzeigen „in der Nähe von sensiblen oder regulierten Themen wie psychischer Gesundheit oder Politik“, so OpenAI.

Auch wenn sich OpenAI-Gründer Sam Altman in der Vergangenheit noch kritisch über Werbung geäußert hatte – dass sie doch kommt, ist nicht überraschend. Denn die Unternehmen hinter den KI-Modellen sind auf der Suche nach Einnahmequellen. Mit Bezahlversionen haben sich mehrere Anbieter eine erste Einnahmequelle erschlossen.

Jasmin Ehbauer und Joris Leander Kanowski vom Zentrum für Digitalrechte und Demokratie weisen in einem Beitrag

darauf hin, dass die Nutzer:innen bei den Versionen mit Werbung nun mit ihren Daten bezahlen: „In Chatverläufen mit ChatGPT geben Nutzende vieles über ihre Präferenzen, Wünsche und Probleme preis.“ Sie müssten überlegen, ob es für sie besser ist, die Nutzung zu bezahlen oder die eigenen Daten für Werbezwecke verwerten zu lassen.

Möglich wäre allerdings auch ein Wechsel. Denn bei KI-Chatbots gibt es nicht nur die Anbieter aus den USA, sondern auch beispielsweise das französische Mistral oder das Schweizer Open-Source-Modell AperiTus, das sich lokal auf dem eigenen Rechner installieren lässt. Nicht alle Modelle kommen an das von OpenAI heran, doch für Normalnutzer:innen sind sie in der Regel ausreichend.



Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan unterwegs mit dem Chef der staatlichen Energiefirma PLN in Purwakarta, Indonesien
Foto: Timur Matahari/afp

Menschenrechte? Nicht so Thema

Die Bundesregierung will eine Entwicklungspolitik, die vor allem die deutsche Wirtschaft stärkt. Eine aktuelle Studie zeigt: Das tut sie auch

Von **Leila van Rinsum**

Jeder Euro, der in Entwicklungspolitik investiert wird, bringt 2,50 Euro an Exporteinnahmen. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie der Universität Göttingen. Die Autor*innen Inmaculada Martínez Zarzoso und Jonathan Lessing, der Referent bei der staatlichen Entwicklungsbank KfW IPEX-Bank ist, haben für fünf Länder, darunter Deutschland, untersucht, wie Entwicklungsgelder und Einnahmen von Exporten und Dienstleistungen zwischen 2005 und 2024 zusammenhängen.

Am stärksten profitierten in Deutschland demnach die Branchen Maschinenbau, Transport, Informationstechnologie, Chemie- und Elektroindustrie. In Zusammenhang mit Entwicklungspolitischen Vorhaben wurden laut Studie 380.000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen und gesichert. Die Erträge für die deutsche Wirtschaft seien vor allem auf ein indirektes Zusammenspiel von Entwicklungspolitik und Handel zurückzuführen, heißt es in der Studie: „Entwick-

lungszusammenarbeit scheint die wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken, die Nachfrage in den Empfängerländern zu fördern und künftige Handels-

„Die deutschen Exporte verdrängen lokale Produzent*innen und ein Handelsbilanzüberschuss hier bedeutet ein Handelsbilanzdefizit woanders“

Aram Ziai, Politikwissenschaftler

möglichkeiten zu erleichtern.“ Entwicklungszusammenarbeit erhöhe Einkommen in den Partnerländern, was wiederum die Nachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen steigere.

Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali Radovan (SPD) kommentierte die Studie am Montag in einer Pressemittei-

lung so: „Wer bei Entwicklungspolitik nur sieht, was Deutschland ausgibt, übersieht, was Deutschland dadurch gewinnt.“ In einer Welt, in der der Wettbewerb um Märkte, Rohstoffe und Partner härter werde, könne es sich Deutschland nicht leisten, „anderen das Feld zu überlassen“.

Alabali Radovan kündigte Anfang des Jahres eine Reform an, bei der eine stärkere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft im Vordergrund steht. Deutsche Unternehmen sollen bei Entwicklungsprojekten stärker zum Zug kommen und bei Regierungsverhandlungen zur Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens konsultiert werden. Zukünftig sollen mehr Projekte über Kredite finanziert werden, die dann zurückgezahlt werden müssen – statt über Zuschüsse. Für die Kreditvergabe zuständig ist die KfW.

Brigitte Réthier, Vorständin der KfW, sagte, die Ergebnisse der Studie zeigten: „Der Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in Partnerländern verbindet sich mit wirtschaftlichen Chancen und Interessen.“

Vor kurzem hatte die Bundesentwicklungsministerin zudem eine Prüfung der Lieferaufbindung angekündigt. Damit werden Entwicklungsleistungen gezielt an die Abnahme von deutschen Produkten geknüpft – eine Praxis, die Geberländer in der OECD 2001 überwiegend abschafften, eben weil sie negative Effekte auf die Volkswirtschaften der Partnerländer hatte. Der Industrieverband BDI aber setzt sich seit jeher für eine Rückkehr ein und bekräftigte dies jüngst wieder vehementer.

Erst vergangene Woche war Alabali Radovan mit einer Wirtschaftsdelegation nach Indonesien gereist, wo Deutschland in erneuerbare Energien investieren will. Dabei geht es auch um Zugang zu den reichen Rohstoffvorkommen Indonesiens, etwa von Nickel, das für Batterien benötigt wird. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen warnen allerdings vor den gravierenden Folgen des Nickelabbaus: Die damit vor Ort einhergehende Abholzung und Umweltverschmutzung bedrohe insbesondere die unkontaktierte indigene Gemeinschaft Hongana Manyawa.

Linda Poppe, Geschäftsführerin der Menschenrechtsorganisation Survival International in Deutschland, kommentierte den Flug der Ministerin so: „Menschenrechte haben es scheinbar nicht mit an Bord des Fliegers geschafft.“ Sie fordert die Bundesregierung dazu auf, gegenüber Unternehmen deutlich zu machen, „dass der Bezug von Rohstoffen vom Land unkontakterter Völker immer gegen internationales Recht verstößt und katastrophale Folgen hat“.

Auch Aram Ziai, der Entwicklungspolitik und Dekoloniale Studien an der Universität Kassel lehrt, bezweifelt, dass ein Nutzen für die deutsche Wirtschaft vereinbar ist mit dem Ziel der Armutsbekämpfung im globalen Süden. „Die deutschen Exporte verdrängen lokale Produzent*innen und ein Handelsbilanzüberschuss hier bedeutet ein Handelsbilanzdefizit woanders.“ Wenn das Ziel eine gerechtere Welt sei, müsse der Anspruch internationaler Solidarität statt nationaler Interessen sein, so Ziai.

Auch als Reaktion auf Teile der Union und der AfD, die Entwicklungspolitik öffentlich zunehmend infrage gestellt haben, entwirft sich immer stärker eine Erzählung der Regierung, dass es um Deutschlands Eigeninteressen gehe und besonders die deutsche Wirtschaft Nutznießerin sei.

Autobatterie laden und Geld dafür bekommen? So geht's

Wer dynamische Stromtarife nutzt, kann von solaren Überschüssen stark profitieren: Fragen und Antworten zu einer Option, die immer populärer wird

Von **Bernward Janzing**

An sonnigen Tagen kann es vorkommen, dass Besitzer von E-Autos Geld fürs Laden bekommen. Wie kann das sein?

Strom ist durch den Ausbau der erneuerbaren Energien zu einem Gut mit stark schwankendem Zeitwert geworden – in jeder Viertelstunde ergibt sich an der Strombörse aus Angebot und Nachfrage ein spezifischer Marktpreis. In Zeiten, in denen das Stromangebot die Nachfrage übertrifft, wird der Preis negativ. Das kam seit Jahresbeginn schon in mehr als 400 Stunden vor.

Und dann bekommen Stromkunden Geld, wenn sie Strom verbrauchen?

Nur im Extremfall. Die Börsenpreise sind Großhandelspreise. Bis der Strom den Verbraucher erreicht, kommen noch Netzentgelte hinzu, außerdem Steuern und Abgaben. Damit der Strompreis auch beim Endkunden negativ werden kann, muss der Preis im Großhandel auf etwa minus 15 Cent pro Kilowattstunde fallen. Das kommt nicht häufig vor, aber es passiert. Seit Jahresbeginn gab es etwa zehn Stunden, in denen man tatsächlich Geld bekommen konnte, wenn man Strom verbrauchte.

Was kostet Ladestrom im Durchschnitt?

Der Stromanbieter Tibber hat anhand seiner Kundendaten für das erste Halbjahr 2026 das reale Ladeverhalten von mehr als 10.000 Haushalten untersucht, die ihr E-Fahrzeug automatisiert und damit

preisoptimiert geladen haben. Dort ergaben sich Energiekosten von durchschnittlich 3,27 Euro pro 100 Kilometer (bei einem Verbrauch von 20 Kilowattstunden auf 100 Kilometer). Ein E-Auto, das hingegen zuhause zum Fixpreis lädt, kommt bei 30 Cent pro Kilowattstunde auf sechs Euro pro 100 Kilometer. An einer öffentlichen Ladesäule sind es bei Stromkosten von 50 Cent rund 10 Euro. Und wer an Schnellladesäulen Strom für 70 Cent kauft, ist mit 14 Euro auf Augenhöhe mit dem Verbrenner. Tibber errechnete für Diesel im Schnitt Energiekosten von 13,59 Euro pro 100 Kilometer, beim Benzin ergaben sich 15,12 Euro.

Wie kommt man zuhause an die günstigsten Stromtarife fürs E-Auto?

Erst einmal braucht man eine eigene Ladestation, Wallbox genannt. Es gibt Modelle mit 11 und 22 Kilowatt Ladeleistung. Der ADAC gibt die Preisspanne für eine Wallbox mit 300 bis 2000 Euro an, zuzüglich Installation. Die Preisspanne ist so groß, weil es sehr unterschiedliche Ausstattungen gibt, etwa, was eine Steuerung per App betrifft.

Und dann heißt es: einstecken, laden, sparen?

Nur, wenn man auch einen dynamischen Strompreis gebucht hat. In der Regel haben Haushalte bislang einen fixen Preis pro Kilowattstunde – egal, wann man Strom verbraucht, er kostet immer das gleiche. Bei dynamischen Tarifen schwankt der Preis im Takt der

Strombörse. Inzwischen gibt es einige solcher Angebote. Pionier war Tibber, andere Anbieter sind zum Beispiel Rabot Energy und Octopus Energy. Um dynamische Tarife nutzen zu können, braucht man einen Smart Meter, der den Verbrauch viertelstündlich erfasst. Die traditionellen Stromzähler summieren nur den Verbrauch über das Jahr, was keine dynamischen Preise ermöglicht. Wer eine Wallbox hat, ist aber ohnehin ein „Pflichteinbau-fall“ und bekommt den Smart Meter (offiziell: Intelligentes Messsystem) kostenlos vom Messstellenbetreiber installiert. Die monatliche Zählergebühr liegt dann aber etwas höher als beim klassischen Zähler.

Woher weiß ich, wann der Strom bei einem dynamischen Tarif billig ist?

Die Anbieter zeigen die Preise in ihren Apps an. Wenn das Auto an der Wallbox angeschlossen ist, kann man den Ladevorgang aber auch durch Algorithmen optimieren lassen. Man gibt dann nur an, wann die Batterie voll sein soll, und die Elektronik wählt den besten Ladezeitpunkt aus.

Bringt viel Sonnenschein grundsätzlich billigen Strom?

Oft, aber nicht immer. Wenn es sehr heiß ist und viele Klimaanlage laufen, steigt die Stromnachfrage und damit auch der Preis. Daher lagen während der Hitze der letzten Wochen die Strompreise erkennbar höher als an kühleren sonnigen Tagen im April und Mai.

Hinzu kommt: Bei Hitze erzeugen die Solarmodule weniger Strom, weil eine hohe Temperatur die Effizienz der Solarzellen mindert.

Was machen Autofahrer, die in einem Mehrfamilienhaus wohnen?

Wer einen eigenen Stellplatz hat – in der Tiefgarage oder auf dem Hof –, kann sich dort ebenfalls eine Wallbox installieren lassen. Vermieter dürfen dies nur in begründeten Ausnahmefällen verbieten. Die Kosten für den Einbau und den Betrieb muss der Mieter tragen.

Wenn ich einen dynamischen Tarif habe, kann ich dann Freunde zur Tankparty einladen, wenn der Strom gerade kostenlos ist?

Theoretisch schon. Da aber immer nur ein Fahrzeug zur gleichen Zeit laden kann und ein kompletter Ladevorgang einige Stunden dauert, ist das kollektive Laden für eine Partygesellschaft keine Option. Zudem treten die meisten negativen Preisstunden aufgrund der Photovoltaik Mittags auf. Damit wäre ein Brunch mit ein paar Kilowattstunden geschenktem Strom für einzelne Gäste zwar denkbar, letztlich aber eher ein Partytag als ein ernsthaftes Nutzungsmodell.

Gibt's dynamische Preise auch an öffentlichen Ladesäulen?

Die Stromwirtschaft ist deutlich träger als die Haushalte, die meisten Anbieter rechnen immer noch Fixpreise ab. Aber erste dynamische Modelle gibt es durchaus, etwa bei Enercity in Hannover.

Autoindustrie und Stromanbieter arbeiten daran, Strom bei hohen Preisen aus der Autobatterie auch wieder zurück ins Netz zu speisen. Warum das?

Das heißt bidirektionales Laden. Im Szene-Slang: Bidi-Laden. Autobesitzer sollen so von Preisdifferenzen profitieren können: billig laden, teuer zurückspeisen. Das setzt aber zwei Dinge voraus: Erstens muss das Fahrzeug dazu technisch in der Lage sein, was laut Automobilindustrie bei mehr als 30 Modellen inzwischen der Fall ist. Kritischer noch ist Punkt zwei: Auch die Wallbox muss Bidi können. Die meisten bisher installierten Wallboxen können es nicht.

Ist preissensibles Laden nur etwas für Schnäppchenjäger, oder ist es auch für das Stromsystem sinnvoll?

Es ist absolut sinnvoll. Denn wer Überschüsse nutzt, statt in der Dunkelflaute das Netz zu belasten, reduziert auch die volkswirtschaftlichen Kosten des Stromsystems. Allerdings ist die Strompreissystematik bislang unglücklich gewählt, weil sie noch keine regionale Differenzierung kennt. Das heißt: Wenn in einem Teil Deutschlands Stromüberschuss und im anderen Strommangel herrscht, sind die Preise trotzdem einheitlich. Das zu ändern, ist eine der großen Baustellen der Regulatorik – denn nur mit lokalen Preisen kommt billiges Laden wirklich jederzeit dem Netz zugute.

Macht dieses Auto gerade Gewinn? Ein E-Auto wird an einem Wohnhaus geladen
Foto: Detlef Heese/imago



Kritik an Tricks bei Trinkgeld per Karte

Beim Auswärtsessen geben Gäste netten Bedienungen gern Trinkgeld. Verbraucherschützer lehnen aber „Designticks“ bei digitalen Optionen ab

Für Kaffee und Kuchen, zwei Pizzen zum Mitnehmen oder für das Familienessen im Restaurant: Beim Bezahlen in der Gastronomie geben viele gern auch ein kleines oder größeres Trinkgeld dazu. Wird die Rechnung per Karte beglichen, zeigen Lesegeräte dafür häufiger gleich eine Vorauswahl an Optionen an: 7 Prozent oder 10 Prozent oder heute mal 20 Prozent? Da schnell etwas anzutippen, versetzt manche Gäste leicht in Stress. Verbraucherschützer und die Gewerkschaft warnen auch vor einer unterschwelligen Beeinflussung.

Die Chefin des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Ramona Pop, sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Es muss auf den ersten Blick erkennbar sein, wie Gäste Trinkgeld ablehnen oder die Höhe selbst festlegen können.“ Der Verband setze sich daher für ein Verbot „manipulativer Designticks“ auf europäischer Ebene ein, wie sie auch von Webseiten oder Apps bekannt seien.

„Bei der Kartenzahlung liegen sie vor, wenn die Option, kein Trinkgeld zu geben, versteckt

oder schlechter sichtbar ist“, sagte Pop. Das zielt darauf, dass Felder mit voreingestellten Prozent-Vorschlägen auf den Displays teils größer oder farblich auffälliger dargestellt sind als andere Auswahlmöglichkeiten.

So gibt es ein Feld mit Bezeichnungen wie „freie Eingabe“, „benutzerdefiniert“ oder „anderer Betrag“, wenn man ohne Prozentrechnung zum Beispiel einfach direkt um 3,70 Euro bis zum nächsten glatten Betrag aufrunden will. Und ein Feld für „Kein Trinkgeld“ gibt es auf den digitalen Bezahlgaräten natürlich auch.

„Viele Menschen geben gerne und freiwillig Trinkgeld, um guten Service wertzuschätzen“, sagte Pop. Problematisch werde es, wenn Gäste gedrängt oder sogar manipuliert würden. „Niemand ist verpflichtet, Trinkgeld zu geben.“ Laut einer Umfrage im Auftrag des Verbands befürworten es drei Viertel (76 Prozent), dass die Möglichkeit, kein Trinkgeld oder weniger Trinkgeld zu geben, ebenso sichtbar und leicht auswählbar sein sollte wie vorgeschlagene Beträge.

Gezielt gefragt, ob man sich durch auffälliger dargestellte Prozent-Optionen zum Trinkgeldgeben gedrängt fühle, bejahte dies gut die Hälfte – voll und ganz stimmten 36 Prozent zu, eher stimmten 16 Prozent zu. Tendenziell nicht dazu gedrängt sehen sich 42 Prozent. Für die nach eigenen Angaben repräsentative Umfrage befragte das Institut Forsa den Angaben zufolge vom 3. bis 5. August 1.009 Menschen ab 18 Jahren.

Die Branche weist auf einen Wandel der Zahlungsgewohnheiten vieler Gäste hin. „Immer mehr Menschen sind bargeldlos unterwegs und bezahlen mit der Karte oder dem Handy“, sagte der Rechtsexperte des Deutschen Hotellerie- und Gastronomieverbands (Dehoga), Jürgen Benad. Die Integration von Trinkgeld-Optionen in Kartenterminals biete eine zusätzliche Möglichkeit, Wertschätzung auszudrücken, und erleichtere dies auch ohne Bargeld.

„Ob und in welcher Höhe ein Gast Trinkgeld gibt, bleibt jedoch stets eine persönliche Entscheidung“, betonte Benad. Eine Rolle spielten neben dem Service auch Faktoren wie Atmosphäre und Qualität der Speisen. Wer kein Trinkgeld geben möchte, könne selbstverständlich jederzeit die Option dafür wählen. „Trinkgeld ist und bleibt ein freiwilliges Dankeschön des Gastes.“

Eine im Frühjahr vorgestellte Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom zeigte indes viel Skepsis bei voreingestellten Optionen beim Bezahlen mit Karte. Praktisch fanden das in der nach eigenen Angaben repräsentativen Erhebung demnach 29 Prozent der 1.004 Befragten ab 16 Jahren. Und 64 Prozent meinten, vorgeschlagene Beträge führten dazu, dass mehr Trinkgeld gegeben werde als ursprünglich geplant.

Auch aus Sicht der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) führt an digitalen Trinkgeldfunktionen aber künftig kaum ein Weg vorbei, wie der Vorsitzende Guido Zeitler sagte. „Für viele Beschäftigte sind sie auch durchaus hilfreich, weil immer mehr Gäste mit Karte zahlen und sonst teilweise gar kein Trinkgeld geben würden.“ Entscheidend sei aber: „Der Gast muss sicher sein können, dass digital gegebenes Trinkgeld genauso wie Bargeld vollständig, transparent und nachvollziehbar bei den Beschäftigten ankommt.“ Bei der Art und Weise der Umsetzung legt die Gewerkschaft aber Wert auf Transparenz und dass es kein subtiles Drängen gibt. „Auch bei digitaler Bezahlung muss es eine freiwillige Entscheidung der Gäste bleiben. Sie sollten dabei keinen Druck verspüren“, mahnte Zeitler. „Deutlichen Verbesserungsbedarf sehen wir deshalb dort, wo Bezahlungssysteme Kundinnen und Kunden durch ihre Gestaltung in eine bestimmte Richtung lenken.“

Daher sollte die Möglichkeit, kein Trinkgeld zu geben oder einen eigenen Betrag einzugeben, so sichtbar und einfach nutzbar sein wie vorgegebene Trinkgeld-Optionen, sagte der Gewerkschaftschef. Und machte auch grundsätzlich klar: „Trinkgeld ist ein Zeichen der Wertschätzung für einen guten Service. In erster Linie ist es aber die Aufgabe des Arbeitgebers, die Arbeit gut zu entlohnen.“ (dpa)

meinung + diskussion 12



Die Welt verstehen.
Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



Sambia pocht auf seine Souveränität

Die Regierung des wiedergewählten Präsidenten Hichilema weist Kritik von Commonwealth und EU zurück. Gerichtsgebäude werden abgeriegelt

Aus Lusaka **Arnold Mulenga**

Vor neun Jahren half das Commonwealth, die Freilassung des damals inhaftierten sambischen Oppositionsführers Hakainde Hichilema herbeizuführen. Heute erneut Hichilemas umstrittene Wiederwahl als Präsident Sambia und den Staatenbund ehemaliger britischer Kolonien.

Die ghanaische Commonwealth-Generalsekretärin Shirley Botchwey hat Sambias Regierung zu einem „Ende wahlloser Festnahmen, rechtsstaatliche Verfahren und die Freilassung aller aus politischen Gründen Inhaftierter“ aufgerufen. Man sei „bestürzt“ über diese Vorgänge im Nachgang der Wahlen vom 13. August. Mehrere Oppositionelle wurden wegen eines angeblichen Umsturzplanes festgenommen, Ex-Minister Mutotwe Kafwaya starb dabei.

Kafwaya war ein Verbündeter des bei den Wahlen unterlegenen Oppositionsführers Brian Mundubile. Mundubile spricht von verbreiteter Wahlfälschung und sieht sich darin von den Wahlbeobachtern der EU bestätigt, die mangelnde Transparenz bei der zeitweiligen Aussetzung der Stimmauswertung nach der Wahl und der nachfolgenden Wiederaufnahme moniert haben. Die Wahlkommission erklärte am vergangenen Montag Präsident Hichilema zum Wahlsieger mit 60,94 Prozent der Stimmen, gegen 38,87 Prozent für Mundubile.

Die EU geht zwar nicht so weit, Hichilemas Wahlsieg anzuzweifeln. Doch ein EU-Sprecher sagte: „Die Erklärung der EU-Beobachtermission verweist auf ernsthafte Vorfälle und Verfahrensunregelmäßigkeiten während der Auszählung und Auswertung, die sich auf die Transparenz und die Glaubwürdigkeit des Verfahrens auswirken.“

Das ärgerte Hichilemas Regierungspartei UPND (United Party for National Development). „Sambia ist ein souveräner Staat mit funktionierenden Verfassungsorganen, die mandatiert sind, die Bürger zu schützen und die nationale Sicherheit zu wahren“, sagte Parteisprecher Mark Simuuwe. Er verteidigte die Festnahmen von Oppositionellen: Die Polizei müsse Verdachtsfällen nachgehen und am Ende entscheide die unabhängige Justiz.

„Die UPND ruft daher das Commonwealth, die EU und andere internationale Partner dazu auf, Sambias demokratische Institutionen zu unterstützen, die Souveränität des Landes zu respektieren und einheitliche Maßstäbe im Kampf gegen Terrorismus und Aufstände anzulegen“, so Simuuwe weiter.

Der unabhängige Analyst Daves Kunda merkt dazu an, dass die Regierungspartei damit die Opposition in die Nähe von Terroristen und Aufständischen rückt. Dieses Framing solle mögliche internationale Strafmaßnahmen gegen Sambia, etwa Sanktionen seitens der EU oder des Commonwealth, erschweren. Der Opposition bleibt nun bloß der Gang vor das Verfassungsgericht, um die Wahl anzufechten. Aber die Frist dafür lief am Montag ab, und die Regierung verkündete kurzfristig die Schließung aller Gerichte an diesem Tag und ließ die wichtigsten Gerichtsgebäude polizeilich abriegeln, was das Einreichen einer Wahlanfechtung unmöglich machen dürfte.

Mundubiles Wahlbündnis Tonse (Koalition) ist sich ohnehin uneins über den Sinn einer Wahlanfechtung. Der prominente Tonse-Mitgründer Chris Zumani Zimba ist dagegen: „Lasst Dialog, Heilung, Frieden und Versöhnung walten, um denen zu dienen, die verhaftet wurden oder sich versteckt halten“, sagte er.

Ein Gerichtsverfahren um die Wahlen würde unweigerlich Altlasten auf den Tisch bringen. 2016 hatte Sambias damalige Opposition unter Hichilema den Wahlsieg des damaligen Präsidenten Lungu angefochten. Die Klage wurde vom Verfassungsgericht liegengelassen und irgendwann wegen Ablaufs von Fristen für ungültig erklärt – entschieden wurde über die Anfechtung nie.

2017 saß Hichilema dann unter dem Vorwurf des Hochverrats vier Monate in Haft, weil sein Autokonvoi sich geweigert hatte, auf der Straße dem Autokonvoi von Präsident Lungu zu weichen. Die damalige Commonwealth-Generalsekretärin Patricia Scotland musste nach Sambia reisen, um in Verhandlungen seine Freilassung zu erwirken. Hichilema gewann schließlich Sambias nächste Wahlen 2021.

Unzufriedenheit über Strom- und Wasserknappheit treibt die Menschen in Tunis, Tunesien, auf die Straße
Foto: Hasan Mrad/imago

Klimakrise vor bröckelnder Infrastruktur

In Tunesien zwingt die Hitze das Stromnetz in die Knie. Damit fallen nicht nur die Klimaanlage aus, sondern auch die Wasserversorgung. Die Verzweiflung wächst

Aus Tunis **Mirco Keilberth**

Eigentlich schauten viele Tunesier im Frühjahr mit gedämpftem Optimismus auf die kommenden Monate. Zwar hatte der extrem starke Frühjahrssturm „Harry“ im Januar entlang der Küste und auf den Feldern schwere Verwüstungen angerichtet. Doch die darauffolgenden Regenfälle füllten die Stauseen, die für die Trinkwasserversorgung und zur landwirtschaftlichen Bewässerung verwendet werden, auf einen historischen Höchststand.

Aus den Stauseen in Ben Metir an der algerischen Grenze und auf der Halbinsel Cap Bon musste im Februar erstmals sogar Wasser abgelassen werden. Und daran zeigte sich wohl schon, dass sich die Hoffnungen auf einen reibungslosen Sommer, ohne die sonst üblichen Wasserabschaltungen, nicht erfüllen würden.

Große Mengen des wertvollen Wassers landete mangels Rohrleitungen im Meer. Landwirte unweit der Speicherseen hingegen mussten Wasser für ihre Tanks ankaufen – und forderten von der Regierung sofortige Maßnahmen, die marode Wasserinfrastruktur anzupassen.

Doch in Tunis feierte man die exzellenten Buchungszahlen im Tourismussektor. Das von der Regierung ausgegebene Ziel, neue Märkte zu gewinnen und die seit der Coronapandemie andauernde Wirtschaftskrise hinter sich zu lassen, schien sich zu bestätigen.

Nun, Ende August, hoffen viele Tunesier nur noch auf ein schnelles Ende ein Ende der Ferienzeit – und der scheinbar endlosen Hitzewelle. Schon Mitte Juli waren die Temperaturen vielerorts auf fast 50 Grad gestiegen.

Die deswegen überall laufenden Klimaanlage zwangen das

Stromnetz in die Knie. Da auch die meisten der in den letzten Monaten eröffneten Solarparks wegen laufender Rechtsstreitigkeiten oder fehlender Genehmigungen doch noch keinen Strom lieferten, musste der staatliche Stromlieferant Steg reihum ganze Städte vom Netz nehmen. Nach den teilweise bis zu zehnstündigen Blackouts blieb Restaurant- und Hotelbetreibern nichts anderes übrig, als ihre gekühlten Lebensmittel wegzuerfen. Viele kleinere Läden stehen nun vor dem Ruin.

Dann blieben aufgrund ausgefallener stromgetriebener Pumpen auch noch die Wasserhähne trocken. Auch noble Hauptstadtvororte wie La Marsa oder Karthago mussten Stunden oder Tage ohne Wasser auskommen. Während Präsident Kais Saied in nächtlichen Besuchen vor erzürnten Bürgern Tiraden gegen Saboteure oder unfähige Beamte

hielt, entwickelten Bürgerinitiativen Apps fürs Handy. Damit konnte man die Länge und Zeit der Abschaltungen verfolgen.

Mit Solidarität und Improvisation half sich das krisengeplagte Land durch die Hitzewelle. Einige Touristen nahmen die Poolpartys mit Taschenlampen gelassen, andere mussten das Konzept eines Sommerurlaubes bei 50 Grad und ohne Ventilator oder Klimaanlage hinnehmen lernen.

Doch es kam noch schlimmer. Seit zwei Wochen gibt es kaum noch in Flaschen abgefülltes Wasser zu kaufen. Die Regale in den Supermärkten sind leer. Wer einen Händler mit einem Vorrat kennt, darf höchstens ein oder zwei Flaschen mitnehmen. Auch in Algerien hat die Hitzewelle zu einer Wasserknappheit geführt. Wasser aus der Leitung ist in beiden Ländern wegen des hohen Chlorgehaltes ungenießbar. Abkochen ändert nichts. In den nächsten Tagen sollen die Temperaturen wieder auf über 46 Grad steigen.

Auch im benachbarten Libyen ächzen die Bürger unter langen Stromabschaltungen. Die Regierungen beider Länder wollen in neue Kraftwerke investieren. Die Bundesregierung hatte Tunesien bereits eine konkrete technische Kooperation zur Stabilisierung des Stromnetzes angeboten. Doch auf tunesischer Seite fehlte offenbar der Wille zur Umsetzung. Nun hat die Steg ein neues Umspannwerk eröffnet.

Eine Konsequenz der Situation: Vor der südlichen Küstenstadt Zarzis sank am Wochenende ein Boot mit tunesischen Migranten; 13 Todesopfer barg die Küstenwache aus dem Mittelmeer. Viele der Ertrunkenen stammten aus Ben Guerdane an der libyschen Grenze, wo danach gewaltsame Proteste gegen die aktuellen Lebensumstände ausbrachen.

Besserung ist nicht in Sicht: Wetterexperten rechnen aufgrund des extrem warmen Mittelmeers mit starken Herbststürmen in der Region.



Tokajew marschiert durch

Bei den Parlamentswahlen in Kasachstan siegen die Parteien, die dem Kurs des Staatschefs folgen. Das Land hat enge Bande mit Russland und China

Von **Barbara Oertel**

Er stand überhaupt nicht zur Wahl, ist jedoch der eigentliche Sieger: Kasachstans Präsident Kassim-Schomart Tokajew. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am Sonntag hat die Partei Adilet (Gerechtigkeit), die Tokajew offen unterstützt, laut Angaben der Zentralen Wahlkommission 71,17 Prozent der Stimmen erhalten.

Zudem werden mindestens vier weitere Parteien, alle ebenfalls stramm auf Kurs des Staatschefs, in das Parlament (Kulturaj) einziehen. Oppositionelle Parteien sowie unabhängige Kandidat*innen waren nicht zugelassen. Insgesamt waren bei der Abstimmung nach reinem Verhältniswahlrecht 145 Mandate zu vergeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 74 Prozent.

Die Wahlen vom Sonntag waren die ersten seit einer

umfassenden Verfassungsreform in dem zentralasiatischen Staat mit rund 20 Millionen Einwohner*innen, der mit Russland verbündet ist und enge Beziehungen zu China hat. Das angepasste Grundgesetz war im vergangenen Mai bei einem Referendum angenommen worden und am 1. Juli in Kraft getreten.

Zu den Neuerungen zählen die Ersetzung des Zweikammerparlaments (Medschlis und Senat) durch eine Abgeordneten-kammer (Kulturaj). Diese Änderung, so Befürworter*innen, solle die Rolle von Parteien und Fraktionen stärken. Davon profitiert jetzt vor allem Adilet. Die Partei war erst im vergangenen Mai gegründet worden und hatte sich alsbald mit der Gruppierung Amanat zusammen geschlossen, die eng mit Tokajews langjährigem Vorgänger Nursultan Nasarbajew verbunden ist.

Nach wie vor verfügt das Staatsoberhaupt über weitreichende Vollmachten. So schlägt der Präsident den Vorsitzenden des Parlaments vor. Dieses kann er auflösen, wenn die Abgeordneten die Kandidatur zweimal ablehnen. Zudem wird erneut das Amt eines Vizepräsidenten wieder eingeführt, das der Präsident besetzt.

Dabei hatte Tokajew, seit 2019 im Amt, ursprünglich angekündigt, das Erbe Nasarbajews abzuwickeln und das „super-präsidentielle“ Regierungssystem zu reformieren. Anlass dafür waren schwere Unruhen im Januar 2022, bei denen, offiziellen Angaben zufolge, 238 Menschen ums Leben gekommen waren. Tokajew hatte seinerzeit vom „Versuch eines Staatsstreichs“ gesprochen. Der genaue Ablauf der Ereignisse und die Rolle verschiedener daran beteiligter Kräfte ist bis heute nicht abschließend geklärt.

An den autoritären Langzeitherrscher Nasarbajew erinnert auch der Umgang mit Aktivist*innen und kritischen Medien rund um die Wahlen. Mehrere Aktivist*innen berichteten, dass sie von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch hätten machen können. Laut der US-Nichtregierungsorganisation Committee to Protect Journalists (CPJ) seien seit Mitte Juli fünf bekannte Journalisten inhaftiert oder verurteilt worden, während gegen zwei weitere Medienschaffende Strafverfahren eingeleitet wurden. Zudem wurden mehrere von ihnen mit einem Berufsverbot belegt.

Übrigens: Die überarbeitete Verfassung ermöglicht es Tokajew, bei den Präsidentenwahlen im Jahr 2029 erneut anzutreten. Ob der aktuell 73-jährige diesen Schritt auch wirklich gehen will, ließ er auf entsprechende Nachfragen am Wahlabend offen.



Odessa am 23. August: Erinnern an die Gefallenen am nationalen Flaggentag
Foto: Viacheslav Onyshchenko/imago

„Wir sind der Welt nicht gleichgültig“

Mit Blumen und einem Flaggenmeer gedenkt die Ukraine am Unabhängigkeitstag all derer, die im Krieg gestorben sind. Russland greift auch an diesem Tag an

Aus Kyjiw und Odessa
Bernhard Clasen
und **Julia Surkowa**

Marianna Kolos trägt an diesem Montag ein besticktes weißes Kleid. Bei den gelb-blauen Flaggen auf dem Maidan in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw bleibt sie stehen. In den Händen hält sie die Auszeichnung „Held der Ukraine“ – sie hat sie gerade von Präsident Wolodymyr Selenskyj für ihren gefallenen Sohn überreicht bekommen.

Derweil dauern die Feierlichkeiten anlässlich des 35. Jahrestags der Unabhängigkeit der Ukraine noch an. Kyjiw empfängt derzeit die Staats- und Regierungschefs mehrerer europäischer Länder. Alle Treffen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Großveranstaltungen in der Hauptstadt sind aufgrund des Krieges und der ständigen Gefahr von Beschuss nicht möglich.

Dennoch versammeln sich Ukrainer im Stadtzentrum. Sie tragen traditionell bestickte Hemden und bringen Blumen zu dem Denkmal auf dem Maidan, das an die Gefallenen erinnert. „Ich bin hierhergekommen, um all jenen zu danken, die für unsere Unabhängigkeit gestorben sind, auch meinem Sohn danke ich. An diesem Feiertag geht es für uns um die Namen unserer Kinder. Das ist ein Ausdruck von Respekt und zugleich Schmerz für die Vermissten und für jene, die sich in Gefangenschaft befinden“, sagt die Frau. Auf ihrem Hals ist ein Tattoo zu sehen – mit roten Buchstaben, die an eine Stickerei erinnern: „Grenka wird ewig leben.“

„Grenka“ war der Kampfname ihres Sohnes Nasa-rij Grinzewitsch. Er war der jüngste Verteidiger von Asowstal, geriet in russische Gefangenschaft und kehrte nach seiner Freilassung erneut an die Front zurück. Nasa-rij fiel im Osten der Ukraine. Marianna hat die Auszeichnung für ihren Sohn im Beisein hochrangiger europäischer Gäste auf dem Sophienplatz entgegengenommen. Deren Besuch gibt der Frau Hoffnung, dass die Ukraine im Krieg gegen Russland wei-

terhin Unterstützung erhalten wird. „Heute habe ich gesehen, dass wir der Welt nicht gleichgültig sind. Das kann man daran ablesen, dass so viele Staats- und Regierungschefs keine Angst davor hatten, nach Kyjiw zu kommen – eine Stadt, die massiven Angriffen ausgesetzt ist. Für mich ist das ein Zeichen der Unterstützung. Es zeigt, dass man heute in Europa versteht: Die Ukraine ist Europas Schutzschild. Und solange wir unabhängig sind, hat Europa diesen Schutzschild“, sagt sie.

Die Frau fügt hinzu, dass ihr Sohn durch eine Videobotschaft bekannt geworden sei, die er 2022 während der Einkesselung im Stahlwerk Asowstal aufgenommen hatte. Damals habe sich „Grenka“ mit folgenden Worten an die Ukrainer gewandt: „Was auch immer geschieht: Liebt eure Mutter, esst euren Brei und liebt die Ukraine.“

„Genau das ist mein Traum: dass wir die Ukraine lieben, dass wir endlich siegen, dass ich in die befreite Stadt Mariupol fahre“, sagt Marianna, während sie sich ein paar Tränen abwischt. Nach Angaben der ukrainischen Luftstreitkräfte führte Russland in der Nacht zum 24. August einen massiven kombinierten Angriff auf die Ukraine durch, bei dem zwei Antischiffsraketen vom Typ „Oniks“, sechs gelenkte Flugkörper und 143

Drohnen zum Einsatz kamen. Am stärksten betroffen waren die Gebiete Odessa und Tschernihiw.

Aufgrund der ständigen Angriffe ist der Zug von Odessa nach Kyjiw mit dreistündiger Verspätung eingetroffen. Die 55-jährige Larissa Teresi aus Odessa tat während der gesamten Fahrt kein Auge zu, da der Zug wegen Luftalarms mehrmals halten musste. „Die Fahrt war beschwerlich. Die Russen beschießen uns sogar am Unabhängigkeitstag – das zeigt, wie sehr ihnen dieser Feiertag ein Dorn im Auge ist“, sagt Larissa.

Sie ist nur für wenige Stunden nach Kyjiw gekommen, um das Porträt ihres gefallenen Sohnes auf dem Maidan auszutauschen. Die Frau erzählt, dass der Unabhängigkeitstag für ihn immer eine große Bedeutung gehabt habe. Und heute, während die Ukrainer ihre festlichen *Wyschywankas* trügen, sei das Einzige, was sie für ihren Sohn noch tun könne, sein Foto auszuwechseln. „Wir begehen keine Feiertage mehr, weil es zu schmerzhaft ist. An all unseren Feiertagen geht es heute nicht mehr um Freude, sondern darum zu gedenken.“

Auch in der südukrainischen Hafenstadt Odessa steht der Montag im Zeichen des Gedenkens. Im Schewtschenko-Park haben sich am Vormittag auf der Allee

der Helden rund 200 Personen eingefunden. Gekommen sind Kinder, Frauen, Soldaten und Veteranen. Hier erinnern 400 Fotos an Militärangehörige aus Odessa, die während Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine an der Front gestorben sind. Diejenigen, die heute gekommen sind, legen Blumen nieder und verharren schweigend einige Minuten.

Im Stadtgarten, der sich direkt an der Fußgängerzone befindet, geht es am frühen Nachmittag etwas lauter zu. Dutzende versuchen sich an Volkstänzen, jeder ist eingeladen mitzumachen. Mindestens genauso viele Besucher schauen dem Treiben einfach nur zu. Hin und wieder ist das dumpfe Geräusch von Explosionen zu hören, doch diese scheinen etwas weiter weg zu sein. Ohnehin löst das bei den Odessiten keine Panik aus, denn die Stadt ist regelmäßig Ziel russischer Angriffe.

Am späten Nachmittag ist der Strand gut besucht. An einem Abschnitt sonnen sich rund 300 Menschen, mit und ohne Badebekleidung, einige drehen im Wasser ihre Runden. Die Stimmung scheint alles andere als angespannt. Die Servicekraft an einer Strandbar bestätigt dies. Auch wenn Explosionen zu hören seien, holen sich die Leute ihre Getränke. Auch Katja Chalaya trifft sich hier mit einigen Bekannten. Heute habe nicht nur die Unabhängigkeit Geburtstag, sondern auch sie, sagt die Frau. Sie werde 44 Jahre alt. Chalaya ist Leiterin eines Kulturzentrums namens Talant+. Tagsüber werden hier verschiedene Kurse für Kinder angeboten. Basteln, malen, arbeiten mit Keramik und Englisch lernen. Abends finden Konzerte für Erwachsenen statt. Auch odesitische Künstler können im Zentrum ausstellen.

Sie sei etwas niedergeschlagen, sagt Katja, deren Sohn zu Beginn des Jahres als Soldat an der Front gestorben ist. Aber sie wolle sich, trotz ihrer Trauer, das Leben nicht vom Krieg diktieren lassen. Am Abend wolle sie ein wenig mit guten Freunden ihren Geburtstag feiern – natürlich am Strand.

„Die Ukraine ist Europas Beschützer“

Großbritanniens Premierminister Andy Burnham besucht Kyjiw und ermöglicht die lokale Produktion britisch-französischer Marschflugkörper

Von **Dominic Johnson**

Großbritanniens neuer Premierminister Andy Burnham hat in der Ukraine seinen ersten außenpolitischen Akzent gesetzt. Der Labour-Politiker nahm am Montag in Kyjiw als höchst-rangiger Staatsgast an den Feierlichkeiten zum 35. Unabhängigkeitstag der Ukraine teil. Im 20. Jahrhundert habe Großbritannien die Flamme der Freiheit Europas hochgehalten, im 21. Jahrhundert tue dies die Ukraine, sagte Burnham in einer Rede vor der Sophienkathedrale, bevor dort Präsident Wolodymyr Selenskyj das Wort ergriff und Burnham eine Auszeichnung „für das britische Volk“ übergab.

„Die Ukraine ist Europas Beschützer gewesen“, sagte Burnham. „Keine Last für unsere Sicherheit, sondern die Frontlinie in der Sicherung Europas. Das ukrainische Volk verdient nicht nur unsere weitere Unterstützung, sondern unsere Dankbarkeit und unseren Respekt.“

Burnhams Bekenntnis zur Ukraine war unerwartet deutlich, nachdem er seit seinem Amtsantritt im Juli wenig Interesse an Außenpolitik bekundet hat. Der britische Regierungschef sollte am Montagnachmittag auch ein Treffen der internationalen „Koalition der Willigen“ in Kyjiw leiten – jener europäischen Länder, die bereit sind, sich im Falle eines Friedensschlusses zwischen der Ukraine und Russland militärisch zu engagieren. „Wir werden nicht nachlassen, bis es zu einem gerechten Frieden kommt“, sagte Burnham.

Großbritannien will nun der Ukraine ermöglichen, den Druck auf Russland weiter zu erhöhen. Wie die britische Regierung jetzt mitteilte, wird die Ukraine britisch-französische Marschflugkörper in Eigenregie im eigenen Land herstellen und damit ihre Schlagkraft gegen russische Militärinfrastruktur deutlich erhöhen können. Burnham brachte Berichten zufolge die vertraulichen Blaupausen für die britischen Komponenten im britisch-französischen Raketen-System „Storm Shadow“ beziehungsweise „Scalp“ nach Kyjiw mit. Nachdem Frankreich dem Transfer seines Teils bereits im Juli zugestimmt, kann nun die Raketenherstellung in der Ukraine in Zusammenarbeit mit Frankreich beginnen.

Die bunkerbrechenden Raketen mit einer theoretischen Reichweite von mehr als 500 Kilometern wurden erstmals 2023 von Großbritannien an die Ukraine abgegeben, damals noch mit stark verringerten Reichweite. 2024 wurde die zugelassene Reichweite erhöht, blieb aber noch unter dem theoretischen Maximum. Sie erwiesen sich als sehr effektiv gegen russische Marinestützpunkte auf der Krim und erzwangen den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte von der besetzten ukrainischen Halbinsel.

Wenn die Ukraine das Waffensystem nun selbst herstellen kann, wird sie unabhängiger – auch weil Kyjiw dabei nicht den Einschränkungen unterliegt, die die USA ihren europäischen Partnern für Lieferungen von Militärgerät mit US-amerikanischen Komponenten auferlegt hat. US-Zusagen, der Ukraine die Herstellung von Patriot-Luftabwehrraketen zu erlauben, wurden bislang nicht umgesetzt.

Militärexperten erwarten nicht, dass die ersten in der Ukraine produzierten Marschflugkörper vor Ende 2026 fertig werden. Aber Großbritanniens Maßnahme ist die bisher weitestgehende Entscheidung unter dem „Project Brakestop“ von Ende 2024 – eine Ausschreibung der britischen Regierung an Rüstungskonzerne zur schnellen Herstellung von weitreichenden Raketen, Drohnen und Luftabwehrsystemen in großer Stückzahl in der Ukraine.

Bereits am vorletzten Wochenende hatten britische Medien enthüllt, dass die Ukraine Drohnen aus britischer Herstellung gegen Ziele in Russland einsetzt, ein weiteres Ergebnis des „Project Brakestop“. Dies sorgte zunächst für scharfe verbale Reaktionen aus Moskau, das warnte, Großbritannien werde einen „hohen Preis“ zahlen.

Am Sonntag wurde dann bekannt, dass Russland seinen Botschafter Andrej Kelin nach sieben Jahren im Amt aus Großbritannien abgezogen hat. Er verließ London am 21. Juli, ersatzlos. Die russisch-britischen Beziehungen hätten einen „beispiellosen Tiefpunkt“ erreicht, erklärte die russische Botschaft und sagte, sie werde jetzt von ihrem Geschäftsträger geführt.



Trauern in Kyjiw
Foto: Julia Surkowa

Reportage & Recherche

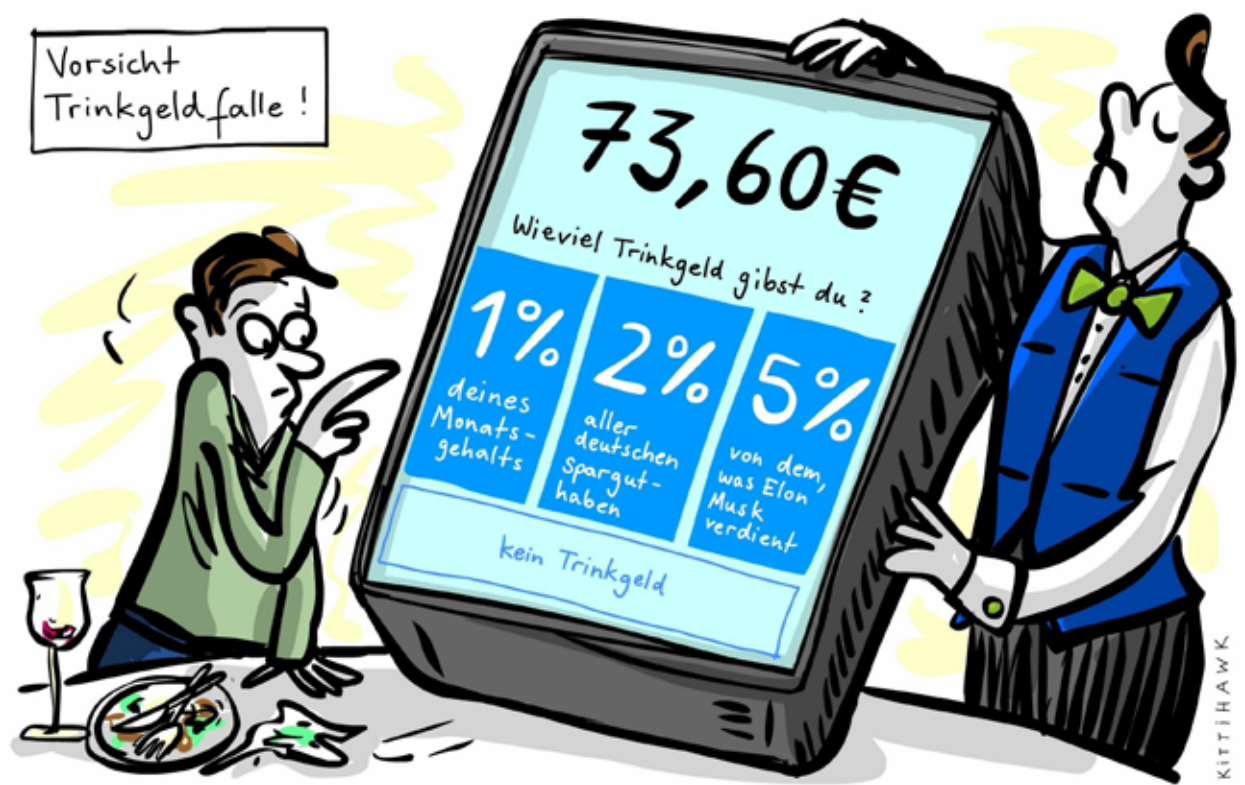
Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche



debatte

Kapitalrente reißt es nicht

Durch den Wegfall der Rente mit 63 wird bei Weitem nicht so viel eingespart wie suggeriert. Um die Rente dauerhaft zu sichern, gibt es bessere Modelle

Man kann es Arbeitnehmern, die 45 Jahre Beiträge gezahlt haben, nicht erklären, warum sie lediglich 7,2 Prozent mehr Rente bekommen als gleichaltrige sogenannte Frührentner. Also jene, die „nur“ 40 oder vielleicht sogar 44 Beitragsjahre auf dem Rentenkonto haben. Unter Gerechtigkeitskriterien ist das nicht einsichtig. Dies über Nacht mit sofortiger Wirkung abschaffen zu wollen, ist es aber ebenso. Das verstößt gegen einen zentralen Grundsatz in der Rentenpolitik, der für das Vertrauen in das System unersetzlich ist: Rentenpolitik muss voraussehbar sein. Problemlos könnte hier beispielsweise eine fünfjährige Übergangsperiode vorgesehen werden. So, wie sie beispielsweise Annika Klose, SPD-Mitglied in der Alterssicherungskommission, vorgeschlagen hat.

Der Anteil derer, die 45 Berufsjahre schaffen, nimmt in den kommenden Jahren ohnehin ab

Das Einsparpotenzial durch den Wegfall der Rente mit 63 ist weit geringer, als in der Debatte suggeriert wird. Über die nächsten fünf Jahre könnten hier insgesamt lediglich 5 Milliarden Euro oder 0,06 Prozentpunkte beim Rentenversicherungsbeitrag eingespart werden. Er läge dann statt bei 18,6 bei 18,54 Prozent. Für die folgenden 15 Jahre betrügen die Kosten jährlich 1,5 Milliarden Euro. Die Kosten einer fünfjährigen Übergangsphase beim Auslaufen der abschlagsfreien Rente sind gemessen an den Gesamtausgaben der Rentenversicherung „Peanuts“.

Abschaffungsbefürworter verweisen gern auf die DIW-Studie, die von etwa 9,5 Milliarden Kosten spricht. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um jährliche Kosten, sondern um die Gesamtkosten für die abschlagsfreien Frührentner des 1957er Jahrgangs. Der Betrag bezieht sich auf eine zwanzigjährige Rentenbezugszeit dieser Frührentner. Da für bestehende Renten der Bestandsschutz gilt, würde bei Abschaffung der abschlagsfreien Rente ab 2027 die Ersparnis im ersten Jahr bei etwa 300 bis 400 Millionen Euro liegen und dann jährlich um weitere 300 bis 400 Millionen anwachsen.

Erst nach 20 Jahren, also 2047, wäre theoretisch eine jährliche Ersparnis von 9,5 Milliarden erreicht. Allerdings nur, wenn in den nächsten 20 Jahren jedes Jahr die gleiche Zahl Menschen von der abschlagsfreien Rente Gebrauch macht. Da die Geburtsjahrgänge nach 1965 um rund 30 Prozent schrumpfen, wird auch die Zahl der abschlagsfreien Frührentner entsprechend sinken.

Darüber hinaus nimmt mit der Akademisierung und aufgrund der hohen Massenarbeitslosigkeit in den 1990er Jahren die Zahl derer ab, die überhaupt auf 45 Beitragsjahre kommen. Die Alterssicherungskommission hat zudem vorgeschlagen, denen weiterhin eine abschlagsfreie Rente zu ermöglichen, die aufgrund der beruflichen Belastungen nicht weiterarbeiten können.

Geht man konservativ davon aus, dass dies 20 Prozent der jetzt berechtigten Gruppe sind, dann dürfte die Ersparnis ab 2047 bestenfalls bei 5 Milliarden liegen.

Dass die Abschaffung der abschlagsfreien Rente wesentlich zur Finanzierung der kapitalgedeckten Rente beitragen kann, ist falsch. Wer das behauptet, ist entweder ahnungslos oder ideologisch unterwegs. Für die kapitalgedeckte Rente sind zusätzlich 2 Prozentpunkte der Rentenversicherungsbeiträge vorgesehen. Das sind jährlich etwa 32 Milliarden, ohne das in der jahrzehntelangen Ansparzeit dadurch eine Entlastung bei den Rentenzahlungen erfolgt. Die Ersparnis durch die Abschaffung der abschlagsfreien Rente beträgt im ersten Jahr 300 Millionen oder 1 Prozent der Kosten für die kapitalgedeckte Rente.

Finanzierungspotenziale ganz anderer Größenordnung finden sich in einem Vorschlag der Alterssicherungskommission, er sieht vor, versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln zu finanzieren. Das würde die gesetzliche Rentenversicherung um 40 Milliarden jährlich entlasten. Statt dass Besserverdienenden wegen der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung unterdurchschnittlich zur Finanzierung beitragen, würden alle Steuerzahler im Rahmen eines progressiven Steuersystems ihren Beitrag entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit leisten. Die Rentenversicherungsbeiträge könnten um mehr als 2 Prozent sinken, wenn dieser Vorschlag „eins zu eins“ umgesetzt würde. Ob die Bundesregierung allerdings den Willen hat, diesen Vorschlag wirklich „eins zu eins“ zu übernehmen, ist angesichts der aktuellen Haushaltslage wenig wahrscheinlich.

Sofort stoppen sollte die Bundesregierung die bereits beschlossene Förderung der kapitalgedeckten privaten Vorsorge. Nachdem man die kapitalgedeckte Rente innerhalb der gesetzlichen Rente verankert hat, gibt es keinerlei Grund mehr, zusätzlich die private Vorsorge zu fördern. Wenn alle Arbeitnehmer innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung mit 2 Prozentpunkten zusätzlich belastet werden, werden nur noch Besserverdienende freie Mittel haben, um darüber hinaus in eine private Rente zu investieren. Eine staatliche Subventionierung der oberen Einkommenshälfte ist ungerecht. Hier gibt es ein sozial gebotenes Einsparungspotenzial von 10 bis 15 Milliarden.

Während die finanziellen Einsparungen bei der Abschaffung der abschlagsfreien Rente vergleichsweise gering sind, ist der politische Preis hoch. Den zahlt aber vor allem die SPD, da diese Kürzung überproportional ihre traditionelle Facharbeiterstammwählerschaft trifft. Während diese und andere Kürzungen sowie die fast 11-prozentige Beitragserhöhungen durch die Kapitaldeckung unmittelbar die Menschen belasten, ist offen, ob die optimistischen Renditeerwartungen, die mit der kapitalgedeckten Rente verbunden werden, jemals Wirklichkeit werden. Angesichts von Aktienkursen, die mehr und mehr von spekulativem Optimismus als wirtschaftlichen Fundamentaldaten getrieben werden, ist die Vorstellung einer immerwährenden Aktienhausse und zukünftigen dauerhaften Netto-Renditen von 6 oder 7 Prozent eine eher riskante Wette.



Frank Hoffer ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler und war viele Jahre bei der Internationalen Arbeitsorganisation für den Bereich Soziale Sicherung zuständig.

Barbara Oertel über die Parlamentswahlen in Kasachstan

Auslese statt Wahl

Kassim-Schomart Tokajew im Wunderland? Von wegen. Der kasachische Präsident hat bei den Parlamentswahlen am Sonntag genau das bekommen, was er wollte. Wie erwartet fährt die Partei Adilet, die de facto die Präsidentenpartei im Land ist, mit über 70 Prozent einen äußerst geschmeidigen Sieg ein.

Das ist zwar deutlich weniger als bei entsprechenden Pseudoabstimmungen in Belarus – hingegen immerhin ein Ergebnis, an das die Partei Einiges Russland von Wladimir Putin bei den Duma-Wahlen im September kaum herankommen dürfte. Auch die vier anderen Parteien, die im neuen Einkammerparlament des zentralasiatischen Landes vertreten sein werden, fressen Tokajew aus der Hand. Oppositionsparteien und unabhängige Kandidat*innen waren übrigens gar nicht erst zugelassen – eine Art der Auslese, die auch unter Tokajews langjährigem Vorgänger Nursultan Nasarbajew gang und gäbe war.

Dabei war es ausgerechnet Tokajew, der nach den schweren Unruhen im Januar 2022 mit 238 Toten verspro-

chen hatte, mit dem unseligen autokratischen und kleptokratischen Erbe von Nasarbajew aufzuräumen und grundlegende Veränderungen einzuleiten – inklusive der Abschaffung des super-präsidentiellen Regierungsmodells.

Doch genau das Gegenteil ist eingetreten. Nicht nur die politische Opposition ist kaltgestellt. Kritische Medien, so es sie überhaupt noch gibt, sehen sich wachsendem Druck ausgesetzt. Auch von der vollmundig angekündigten Reform des stark auf den Präsidenten zugeschnittenen Regierungssystems ist längst keine Rede mehr.

Die renovierte Verfassung, die diesen Juli in Kraft trat, sieht für das Staatsoberhaupt nach wie vor umfassende Vollmachten vor. Hinzu kommt, dass Tokajews Amtszeit – er ist seit 2019 an der Macht – praktischerweise auf null zurückgestellt wird. Er kann damit bei den Präsidentenwahlen 2029 erneut antreten. Kurzum: Tokajew kann weiter unbehelligt durchregieren. Für die Kasach*innen sind das keine guten Aussichten.

ausland 10

Eva Fischer über Milliardenschäden durch Hitze

Wieder kein Wendepunkt

Ob dieser Sommer der Wendepunkt ist? Er führte uns die fatalen Auswirkungen der globalen Erwärmung so geballt vor Augen wie kein Sommer zuvor. Rekordtemperaturen, mindestens 14.000 Hitzetote in Deutschland, Waldbrände in einem nie dagewesenen Ausmaß, wegen des Niedrigwassers musste Schiffsladung reduziert werden, Atomkraftwerke in Osteuropa konnten nicht mehr ausreichend gekühlt werden, Landwirt:innen beklagen Ernteausfälle im Milliardenbereich.

Nun bezifferte eine erste Berechnung von Greenpeace den Schaden für die deutsche Wirtschaft auf 36 bis 42 Milliarden Euro, was knapp einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Zum Vergleich: Der Etat des Bundesverkehrsministeriums liegt in diesem Jahr bei 28 Milliarden Euro.

Es sind Zahlen, die Politik und Wirtschaft aufrütteln sollten, schließlich werden deren Entscheider*innen meist erst durch das Argument wirtschaftlicher Einbußen einsichtig. Doch könnte dieser Sommer wirklich ein Wendepunkt sein?

In den vergangenen Jahren gab es mehrere einschneidende Ereignisse, bei denen die Hoffnung bestand, sie würden ebenjener Wendepunkt sein: 2019 etwa, als die EU-Kommission ankündigte, die EU bis 2050 klimaneutral umzubauen, und sich viele andere Industrieländer mit ambitionierten Klimaplänen anschlossen. Das Ausbreiten des Coronavirus ab 2020, das uns nicht nur die fatalen Auswirkungen von Pandemien vor Augen führte, sondern eben auch durch Lockdowns eine Welt mit weniger Konsum und Pendelwegen aufzeigte. Der russische Angriff auf die Ukraine, der deutlich machte, dass der Ausstieg aus fossilen Energien und der Ausbau von Erneuerbaren auch Sicherheitspolitik bedeutet.

Nun, rund eine halbe Dekade später, lässt sich sagen: Nein, das alles waren keine Wendepunkte. Das wird wohl auch diesmal nicht anders sein. Die Temperaturen hierzulande lassen schon erste Herbstgefühle aufkommen. Wen interessieren dann noch Kippunkte? Eine Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz bekanntlich nicht.

Svenja Bergt über Trinkgeld-Tricks bei Kartenzahlung

Digitale Manipulation

Wie viel Trinkgeld darf's denn sein: 10 Prozent, 15 Prozent oder doch 20 Prozent? Die Frage ist durchaus üblich, seitdem immer mehr Menschen mit Karte zahlen und Dienstleister, die die Geräte dafür stellen, auf die Idee gekommen sind, die Trinkgeldfrage in ihre Software aufzunehmen. Von vielen Gastronom:innen wird das dankbar angenommen. Doch von Verbraucherschützer:innen kommt Kritik: Denn in der Regel können die Gäste nicht oder zumindest nicht auf die Schnelle erkennen, wie sie Trinkgeld ablehnen oder die Höhe selbst bestimmen können – und das, obwohl sich die Trinkgeldfrage bei Kartenzahlung längst auf Läden wie Bäckereien ausgedehnt hat.

Nun wäre es ein Leichtes zu sagen: selber schuld. Wer die Bequemlichkeit haben will, mit Karte zu zahlen, muss halt mit den Nebenwirkungen leben. Natürlich ist das insoweit richtig, als Bargeld hier weniger Manipulationsmöglichkeiten birgt – zumindest ist noch kein Restaurant aufgefallen, das mit der Rechnung direkt drei Schälchen samt Beschriftung

für die erwarteten Trinkgeldhöhen mitliefert.

Doch dieser Vergleich zeigt die Absurdität der Trinkgeld-Buttons. Und er zeigt noch etwas anderes: Dass wir uns in der digitalen Welt längst daran gewöhnt haben, fast permanent durch Tricks manipuliert zu werden. Buchungsportale und Händler setzen Suchende mit künstlicher Verknappung unter Druck. Online-Plattformen halten mit Tricks wie endlosem Scrollen und dem automatischen Abspielen des nächsten Videos Nutzende teilweise über Stunden fest.

Klar könnte man das Telefon weglegen und beim Zahlen beim Bäcker so lange suchen, bis man den Kein-Trinkgeld-Button gefunden hat – und das Murren in der Schlange hinter einem ignorieren. Doch das alles gelingt den wenigsten. Und genau deshalb wirken diese Mechanismen und werden daher so viel eingesetzt – und Anbieter tun viel dafür, um die rechtliche Grauzone mindestens auszureizen.

wirtschaft + umwelt 9

talkshow



Der lustige rote Roboter hat Arme und Beine. Und er kann genauso wenig wie wir
Foto: VCG/ imago

Goldmedaille für die elektrische Hebebühne

Bei einer Robotermeisterschaft in China hat ein Humanoid den menschlichen Geschwindigkeitsrekord gebrochen. Was soll das für ein Fortschritt sein?

Von Johannes Drosdowski

Wenn gedopte Sportler*innen schon eigene Meisterschaften haben, um zu sehen, was man so aus Körpern herausholen kann, wenn man ihnen Drogen gibt, ist der nächste Schritt eigentlich gar nicht mehr weit: die menschliche Komponente mal ganz aus dem Wettkampf herauszunehmen. So kommt es, dass am Wochenende bei den zweiten Weltmeisterschaften humanoider Roboter in China ein eben solcher Usain Bolts Rekord im 100-Meter-Sprint gebrochen hat.

9,39 Sekunden brauchte das Ding von Smartphonehersteller Honor für die Strecke. Dem entgegen stehen Bolts 9,58. Und dafür gibt's medialen Applaus. Warum eigentlich? Die elektrische Hebebühne, die schwerere Autos in die Luft hievt als Pipi Langstrumpf oder professionelle Gewichtheber*innen es je könnten, wird ja auch nicht bejubelt. Sie ähnelt uns einfach nicht genug.

Der lustige rote Roboter aber hat Beine und Arme, Oberkörper und einen angedeuteten Kopf. Außerdem

schaft er es ebenso wenig wie wir – bei unserem Bestreben nach immer besseren, krasseren technologischen Entwicklungen –, anzuhalten. Statt dessen ballert er nach der Ziellinie voll in eine Mattenwand, bevor er dann von Menschen sorgfältig auf eine Trage bugsiert und abtransportiert wird. Ganz so, als wäre er eine Profifußballerin, die das Finalspiel aus eigener Motivation, mit eige-

Warum bejubeln wir nicht die elektrische Hebebühne? Weil sie uns nicht ähnlich sieht?

nen Gefühlen, Gedanken, Erfahrungen und Muskeln bestreitet und sich dann das Kreuzband reißt.

Maschinen wie ein lebendiges Wesen zu bauen, kann smart sein. Etwa

bei süßen, kleinen Robo-Robben, die Bewohner*innen in Altenheimen auf den Schoß gelegt werden, damit sie mit ihnen interagieren und sich so wohler fühlen. Oder bei den Roboterwölfen, die in Japan seit einigen Jahren immer häufiger genutzt werden, um Bären von Wanderwegen und hungrige Wildschweine von Äckern zu vertreiben.

Einen humanoiden Roboter zu bauen, erschließt sich allerdings nicht wirklich. Außer man will einfach ein Ebenbild seiner selbst erschaffen, weil man so in die eigene Form verliebt ist.

Oder man will, dass Personen den Maschinen Vertrauen oder Zuneigung entgegenbringen, die sie einer Hebebühne gegenüber nicht unbedingt hegen.

Eine Maschine auf zwei Beinen aber ausgerechnet laufen zu lassen, das trotz eigentlich den Erkenntnissen aus der Biologie. Zwei Beine sind nämlich denkbar ungünstig, um sich schnell bewegen zu können. Gepard, Gnu oder

Feldhase haben vier. Und auch sechs- oder achtbeinige Wesen sind, setzt man das Ganze mit ihren Maßen in Relation, ziemlich flink. Milben der Art Paratarsotomus macropalpis können in einer Sekunde eine Strecke zurücklegen, die dem 322-fachen ihrer Körpergröße entspricht. Der Mensch rennt oft genug zum Bus und verpasst ihn doch. Auch der ist nämlich bei Bedarf schneller als Usain Bolt.

Das ineffiziente Rennen ist eine menschliche Eigenschaft, gegen die sich Spitzensportler*innen und Kinder beim Fangenspiel vehement wehren. Deren Erfolge sollten wir feiern. Stattdessen bejubeln wir die gemachte Evolution der Maschinen, die jetzt dazu geführt hat, dass die Din-recht ge-bernen, sondern sogar sprinten. Wir fie-bernen mit. Fühlen wir uns an unseren eigenen Werdegang erinnert? Eines der ältesten Zeugnisse unseres aufrechten Gangs sind 3,6 Millionen Jahre alte Fußspuren des Vormen-

schen *Australopithecus afarensis*. Seitdem hat sich unser Schädel verformt, auch unsere Wirbelsäule, die Kniestellung, das Fußgewölbe und die Darmbeinschaukel, die innere Organe stützt.

Wir können schlechter klettern, haben dafür aber Überblick über weite Graslandschaften und die Hände frei, um Werkzeuge zu benutzen. Mit denen bauen wir jetzt Roboter und ahmen nötig unseren Wandel nach. So ist der Mensch: nicht nur langsam, sondern auch verspielt.

Für den Moment ist der Roboterrekord also lustig. Aber wenn wir Science-Fiction-Erzählungen wie „Chappie“, „Robocop“ und „Terminator“ bedenken und davon ausgehen müssen, dass manche Machthaber*innen ganz gerne gehende Maschinen mit KIs kombinieren würden, wie sie zuletzt immer häufiger bei Videoüberwachung eingesetzt werden, müssen wir auf unseren nächsten Evolutionssprung hoffen.

Denn ohne den können wir nicht mehr davonlaufen.

Droht der Rückfall in die Autokratie?

Seit einem halben Jahr ist Nasry Asfura Präsident von Honduras.

Aus Perspektive der Pressefreiheit fällt die Bilanz seiner Amtszeit verheerend aus



Der seit Januar
amtierende
Präsident
Nasry Asfura
im Interview
Foto: Klebher
Vasquez/
Anadolu
Agency/dpa

Von **Knut Henkel**

Amada Ponce ist erbost. „Gegen ICN läuft eine Kampagne der Einschüchterung, darauf machen wir nicht zum ersten Mal aufmerksam“, so die Journalistin aus Tegucigalpa. Ponce ist Direktorin der honduranischen Medienorganisation C-Libre. Erst vor wenigen Tagen hat sie auf die Repression gegen den TV-Kanal ICN und dessen Webportal aufmerksam gemacht.

Vergangene Woche hat C-Libre seine aktuelle Studie zu Pressefreiheit in Honduras vorgestellt. Darin war auch ICN, ein 2023 gegründeter Fernsehkanal mit dazugehörigem Inforportal, auf dem immer wieder regierungskritische Berichte erscheinen, ein Thema.

ICN war bereits 2025 der damaligen Regierung der linken Präsidentin Xiomara Castro ein Dorn im Auge. Ricardo Salgado, damaliger Minister für strategische Planung, war wiederholt mit diffamierenden Ausfällen gegen das Medium und auch gegen Redakteur:innen aufgefallen. „Wir haben schon damals kritisiert, dass der Mechanismus zum Schutz von Journalist:innen, von queeren Menschen, Umweltaktivist:innen und ande-

ren nicht aktiv geworden ist“, erklärt Amada Ponce. Sie hat vergangene Woche erneut an die Verantwortlichen hinter dem 2015 eingerichteten „Nationalen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger:innen, Anwält:innen, Journalist:innen und Justizmitarbeiter:innen“ appelliert.

Bisher ohne Erfolg. Das ärgert die Frau, die 2023 und 2024 eine der Berater:innen des im Menschenrechtssekretariat angesiedelten Mechanismus war. Der galt schon damals als ineffektiv. Ponce sowie ihre Kollegin Dina Meza, Journalistin und engagierte Aktivistin für die Pressefreiheit, hatten versucht, das politische Instrument mit Beratung und Analyse zu verbessern. Erfolglos, wie das Kapitel über den Schutzmechanismus im aktuellen Bericht von C-Libre zeigt.

Demnach sind in den vergangenen zehn Jahren 13 Menschen ermordet worden, obwohl sie unter dem Schutz des Mechanismus standen. „Darunter zwei Journalisten. Allerdings ist auch der Umweltaktivist Juan López aus der Region Guapinol bei Tocoa für uns ein solcher, denn er war für mehrere Medien aktiv“, so Amada Ponce. López wurde im September 2024 von Auf-

tragskillern in Tocoa auf offener Straße erschossen.

13 Fälle, die dazu beitragen, dass Ponce und etliche andere Aktivist:innen der Zivilgesellschaft wenig Vertrauen in die staatlichen Institutionen von Honduras haben. Dazu trägt bei, dass laut der Studie mit dem Titel „Pluralismus, Erinnerung und Justiz“ nur ein Bruchteil der Delikte gegen Journalist:innen geahndet werden. „Auf 86 Prozent unserer Appelle, Hilferufe und Anzeigen nach Diffamierungen, Stigmatisierung oder Gewaltandrohung durch staatliche Funktionäre wurde überhaupt nicht reagiert, nur auf 14 Prozent gab es eine formale Reaktion. Oft eine formale Erklärung, ein Statement des beschuldigten Funktionärs oder der Funktionärin, aber kaum mehr“, kritisiert Ponce, die den Bericht mit einem Team von Kolleg:innen verfasst hat.

Straflosigkeit ist das zentrale Problem in Honduras. Angriffe auf Reporter:innen werden de facto kaum geahndet. Von 115 seit 2001 erfassten Morden an Berichterstatte:innen ist kaum ein Fall aufgeklärt worden, so Ponce. Die Justiz in Honduras agiere nicht transparent und immer wieder selektiv, so die Journalistin, die wenig Hoffnung hat, dass sich unter der Regierung des seit Januar amtierenden Präsidenten Nasry Asfura daran etwas ändern wird.

Der Ex-Präsident sollte 45 Jahre in Haft. Trump begnadigte ihn

Der Ex-Präsident sollte 45 Jahre in Haft. Trump begnadigte ihn

Dafür gibt es mehrere Gründe, so Experten wie der Menschenrechtsanwalt Joaquín Mejía vom jesuitischen Forschungszentrum ERIC-SJ in El Progreso. „In Honduras haben wir keine unabhängige, sondern eine selektive Justiz. Das wollte Xiomara Castro durch die Einführung einer UN-Kommission gegen Strafflosigkeit und Korruption (CICIH) zwar ändern, aber das Parlament hat ihr eine Mehrheit verweigert. Unter Nasry Asfura wird es dazu kaum kommen“, so Mejía.

Asfura habe, so kritisieren Mejía und Ponce, unabhängig voneinander mehrere Gesetze erlassen, die Handhaben gegen die Zivilgesellschaft genauso wie Journalist:innen bieten. Darunter das Gesetz zur Förderung der agroindustriellen Landwirt-

schaft, welches Spielräume bietet, Proteste in kleinen Gruppen zu kriminalisieren. Das widerspricht dem in der Verfassung fixierten Recht auf Protest, erklärt Mejía klipp und klar.

Doch aus dem Ministerio Público, vergleichbar mit der Generalstaatsanwaltschaft, war dazu kein kritisches Wort zu hören. Das ist typisch und sorgt dafür, dass Amada Ponce angesichts der Rückkehr von Ex-Präsident Juan Orlando Hernández (2014–2022) aus den USA alles andere als positive Vorahnungen hat.

Hernández, der in Honduras nur „JOH“ genannt wird, hat Honduras acht Jahre lang autoritär regiert, wurde entgegen den Verfassungsbestimmungen 2017 mit Duldung der USA wiedergewählt. Eigentlich wurde JOH von einem New Yorker Gericht zu einer Haftstrafe von 45 Jahren verurteilt, weil er laut Gericht der Kopf eines Drogenkartells gewesen sein soll, das rund 400 Tonnen Kokain durch Honduras gen USA schmuggelte. Für Donald Trump war das Verfahren gegen den honduranischen Strippenzieher, der sich zwischen 2014 und 2022 auf die Armee und die Militärpolizei stützte, „unfair“. Er begnadigte

JOH am 1. Dezember vergangenen Jahres. Ob Hernández nun mit Aufträgen zurück nach Honduras kommt, wie viele in Honduras glauben, ist unklar. Klar ist jedoch, dass die Justiz trotz aller Beweise gegen den 58-jährigen bisher kein Ermittlungsverfahren wegen der Drogendelikte angestrebt hat. Allein ein Korruptionsverfahren ist gegen den Ex-Präsidenten anhängig. Der Haftbefehl wurde jedoch annulliert, weil sich Hernández der Justiz stellte. Nur wenige im Land glauben, dass der gut vernetzte Ex-Präsident wirklich etwas zu befürchten hat.

Auch Amada Ponce befürchtet eher, dass Hernández wieder ins Machtzentrum zu Präsident Nasry Asfura und Parlamentspräsident Tomás Zambrano rücken könnte. Sie erinnert sich noch genau daran, wie die großen Medien des Landes ab 2014 mit geschalteter staatlicher Werbung auf Regierungskurs gebracht wurden. „Nur wer spürte, bekam Anzeigen und damit Geld“, so Ponce. Das könnte sich wiederholen, glaubt die Direktorin der von europäischen Spenden abhängigen Medienorganisation C-Libre – ein bedrohliches Szenario für die freie Berichterstattung in Honduras.



Steffen Grimberg
Flimmern und
Rauschen

Doppel-Demagogie in der Infoschiene

Wann wird's mal wieder richtig Sommer? Immer dann, wenn in ARD und ZDF die Sommerinterviews laufen. Am Sonntag gab's gleich zweimal AfD,

warum denn auch nicht? Kann bloß in die Hose gehen. Und das ging es dann ja auch.

Schon die Tatsache, dass am selben Abend erst Tino Chrupalla in der ARD und gleich im Anschluss Alice Weidel im ZDF dran waren, spricht Bände über den Umgang der Sender mit der Partei. Es gibt dort viel Expertise und Sachkunde, bloß anscheinend keine Koordination und übergreifende Absprachen. So landen wegen „Terminproblemen“ beide Interviews verlässlich in der Infoschiene am Sonntagabend. Und finden natürlich auch in den nachfolgenden Nachrichtensendungen breit statt. Die AfD dankt für diese Werbung in eigener Sache, exakt zwei Wochen vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt.

Chrupalla spielt als Bundessprecher der Partei bei der ARD den „Good Cop“. Er sagt zwar kaum Neues, hält sich aber immerhin an die Spielregeln für solche televisionären Pseudo-Hochämter. AfD-Co-Sprecherin Weidel ist dagegen der „Bad Cop“ und zieht im ZDF alle demagogischen Register. Spielregeln sind ihr scheißegal, an die müssen sich vielleicht Migrant:innen halten, aber sie doch nicht. Der stellvertretende ZDF-Hauptstadtstudiochef Wulf Schmiese geht hier mit Ansage unter.

Es ist auch hirnrissig, in nur rund 20-minütigen Gesprächen die AfD-Kader und ihre Politik einordnen und hinterfragen zu wollen. Fragt sich bloß, warum es bei ARD wie ZDF wider besseres Wissen immer wieder versucht wird.

Ein Thema wurde dabei sowohl im Ersten wie im Zweiten gewissenhaft ausgespart: Die AfD will bekanntermaßen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen. Das anzusprechen schickt sich nicht – so scheint es immer noch die Maxime in den Chefetagen von ARD und ZDF zu sein. Das sähe ja nach einer Instrumentalisierung des Sommerinterviews aus. Wenn es um die Abschaffung des Bundesverfassungsgerichts ginge, wäre das vermutlich anders. Aber auch der ÖRR hat in Deutschland aus gutem Grund Verfassungsrang.

Daran erinnert jetzt endlich, endlich, endlich mein alter Sender, der MDR. Zwei Wochen vor der Angst ist er aufgewacht, nein, traut sich. Intendant Ralf Ludwig macht in den MDR-

Nachrichten und im Mittagsmagazin klar, dass in Sachsen-Anhalt auch nach einer Kündigung des Staatsvertrags weiter Rundfunkbeitrag gezahlt werden muss. Außerdem umreißt er, was für die Menschen alles wegfällt und dass es trotzdem ein neues, öffentlich-rechtliches Angebot geben müsste. Und das dürfte ziemlich teuer werden, weil die Gemeinschaftsleistungen der ARD für Sachsen-Anhalt wegfielen.

Im Netz lässt sich der medienpolitische Fallout eines AfD-Wahlsiegs auf mdr.de seit Montag auch im Detail nachlesen. Das kommt reichlich spät. „Oder taktisch modern, denn nach zehn Tagen sinkt die Viralität im Netz“, sagt die Mitbewohnerin. Und die Hoffnung stirbt ja sowieso zuletzt.



Der Tschador ist hier weit verbreitet: Frauen in der iranischen Hauptstadt Teheran im Juli 2026 Foto: Vahid Salemi/ap

Leben im Konjunktiv II

Sayan Kouhzad hat im deutschen Exil ein Buch geschrieben: Über das Leben, das ihr der Iran als queere Frau verwehrte. Eine persönliche Begegnung im Park

Von Dana Müller

Wenn Sayan Kouhzad nicht im Iran geboren worden wäre, hätte sie dieses Buch nie schreiben müssen. Wahrscheinlich hätte sie sich trotzdem in ihre beste Freundin verliebt, hätte es ihren Eltern erzählt und wäre zum Studium aufgebrochen. Vielleicht würde sie schreiben, ihre klugen Gedanken und Beobachtungen zu Papier bringen, sicher hätte sie Themen, die sie bewegten und für die sie kämpfen würde. Höchstwahrscheinlich wäre sie trotzdem Feministin – nur wäre da nicht immer diese Angst.

Aber Sayan ist im Iran geboren und aufgewachsen, in einer kleinen Stadt am Rande der Berge. Und so hat sie unter einem Pseudonym für den Querverlag ein kleines, sehr persönliches Buch geschrieben, das einen tiefen Einblick in das Leben von Frauen und Queers im Iran gibt. Denn obwohl sie Deutsch erst während der Coronapandemie als Fremdsprache erlernte, entschied sie sich bei dem Essay „Wenn ich nicht im Iran geboren worden wäre“ für die komplizierte grammatikalische Form des Konjunktiv II. Und genau dieser Konjunktiv ist es, der ihrer Geschichte Tiefe und Hoffnung gibt. Er dreht sich um die Frage: Was wäre (gewesen) wenn? Wer wäre diese rebellische Frau in einer Parallelwelt, ohne die starren Regeln der Islamischen Republik?

„Dies ist keine helle, strahlende, heroische Geschichte“, schreibt die Anfang-Zwanzigjährige gleich zum Auftakt. „Es ist eine Geschichte des Überlebens, des Versuchs, aufrecht und authentisch zu bleiben, während man unter der Last des Schmerzes zerbricht.“

Ich möchte wissen: Wer ist diese Autorin, die so berührend, mutig und nahbar über ihre persönlichen Erlebnisse schreibt? Sie blickt in dem Band auf ihr Leben als lesbische Frau in einem Land, in dem die Scharia über allem steht. Sie ordnet Geschehnisse ein, schreibt über Coming-out, Glauben, Depression und

Angststörung. Ich treffe sie schließlich, nach einer langen vorsichtigen Kontaktaufnahme, in einem kleinen Park. Sie lebt seit einigen Jahren in dieser deutschen Stadt, deren Name hier nicht genannt werden darf. Trotz der großen Entfernung zu ihrem Herkunftsland ist sie vorsichtig: „Ich weiß nicht, wie viel sie wissen können. Es kann immer sein, dass sie herausfinden, dass ich hinter diesem Buch stehe.“ Deshalb traut sie sich nicht mehr, ihre Familie im Iran zu besuchen.

Die alltägliche Freiheit

Sayan Kouhzad ist zum Studium nach Deutschland gekommen und fühlt sich hier wohl. „Ich mag es hier, deswegen bin ich geblieben“, lacht sie, während die Sonne durch die Bäume in dem stillen Park bricht. Der schmale Grünstreifen zwischen den Plattenbauwohnungen ist einer ihrer Lieblingsorte. Oft wird sie gefragt, warum sie nach Deutschland gekommen ist. Dann antwortet sie: „Weil ich mir keine Zukunft im Iran vorstellen konnte. Aber die Wahrheit ist, ich hatte dort auch keine Gegenwart, kein normales Leben und ich wollte normal leben.“

Es sei ihr Freiheitsdrang gewesen, der sie in die Ferne trieb. Damit meint sie nicht nur die großen politischen Schlagworte – wie Meinungsfreiheit oder Religionsfreiheit – sondern vor allem die kleinen Dinge. „Was uns viel mehr einschränkt und zu dem Punkt bringt, an dem wir unser ganzes Leben, unsere Familie, alles verlassen oder manchmal alles gefährden, sind die alltäglichen Freiheiten, wie zum Beispiel auf dem Gras zu liegen“, sagt sie, während sie mit glänzenden Augen im Schneidersitz auf der karierten Picknickdecke sitzt, die sie auf der Wiese ausgebreitet hat. Auch wenn das Picknicken im Grünen in der Islamischen Republik nicht direkt verboten ist, hatte sie dort stets Angst vor den Blicken. „Wenn man unter so einem autoritären und ideologischen Regime lebt, ist es, als ob man immer gefangen ist.“

Dieser permanente Druck war es, der sie forttrieb. Für Kouhzad steht fest: Auch wenn nicht alle Frauen,

die in religiös autoritären Systemen (wie der Iran) geboren wurden, die Theorien oder Begriffe kennen, sind sie zwangsläufig Feministinnen: „Wir werden gezwungen, Feministin und Aktivistin zu sein, weil jede Kleinigkeit, die wir machen möchten, ein Kampf ist.“ Im Buch spricht sie von Trauma und Schmerz. Sie beobachtete bei einer Tante, dass Frauen bei einer Scheidung keine Rechte haben, bis hin zum Sorgerechtsentzug für Kinder. Ihre Großmutter musste nach dem Tod ihres Mannes ihren Schwager heiraten. Und als Kouhzad selbst einen Reisepass beantragen wollte, musste das ihr Vater erlauben. „Das war immer ein Thema für mich. Ich wusste, ich muss um alles kämpfen.“

Die Sache mit der Religion

Heute bezeichnet sie sich als „Ex-Muslima“, aber wenn sie verweist und ihren Reisepass aufschlägt, ist da noch das Foto mit dem Kopftuch. Dabei trägt sie seit Jahren ihr langes, dunkles Haar unverhüllt. Für sie steht es für alles, was sie an dem totalitären Staat ablehnt. Schon mit sieben Jahren musste sie in der Schule Hidschab tragen. Ab dem „religiösen Verantwortungsalter“ von neun trug sie immer Hidschab, außer im engsten Familienkreis. Bis zur Pubertät hielt sie sich an die Regeln, eine Zeitlang griff sie sogar zu dem im Iran verbreiteten Tschador – ein langes dunkles Tuch, das Kopf und Körper verhüllt. „Weil ich so viel Angst hatte, wollte ich mich so gut wie möglich verstecken.“

Und dann, ab 13, verlor sie den letzten Bezug zum Glauben. „Ich glaube, als ich Muslimin war, kam das niemals aus Überzeugung, sondern immer aus Angst. Trotzdem kann ich sagen, dass ich nicht gezwungen wurde, sondern gehirngewaschen, durch ein System, durch meine Tante und durch die vielen Sünden, die drohten.“ Sie spricht von „Rape-Culture“ und „Victim-Blaming-Culture“, davon, dass Frauen für ihre eigene Sicherheit verantwortlich gemacht werden. Hier auf der Wiese und in ihrem Buch benutzt sie klare Worte der Abgrenzung. Mit 16 legte sie schließlich in

ihrer kleinen Stadt im Iran das Kopftuch ab. Nur bei ihrer religiösen Verwandtschaft trug sie es noch – nicht aber auf der Straße. Damals gab es dort keine Sittenpolizei, es blieb die Gefahr der Nachbarschaft.

Heute ist Kouhzads Verhältnis zu Religion kompliziert: „Einerseits möchte ich über meine Erfahrungen sprechen, über alles, was passiert ist, über reale Konsequenzen.“ Welche Folgen hat systematische religiöse Kontrolle für ein Kind? Inwieweit prägt sie bis heute ihr alltägliches Leben? Eindrücklich hat sie das mit dem Konjunktiv zu Papier gebracht. „Aber“, sagt sie leise, „ich will nicht zum antimuslimischen Rassismus beitragen.“ Mitunter wird ihr das vorgeworfen. In Deutschland erlebt sie als (obwohl nicht mehr gläubige) Muslima Diskriminierung, gleichzeitig wird ihr vorgeworfen, diese mit ihren Äußerungen zu verstärken. „Ich versuche immer, diese Differenz deutlich zu machen, wenn ich über meine Erfahrungen spreche.“ Trotzdem spürt sie den Druck aus der deutschen muslimischen Community, lieber zu schweigen.

Coming-out unter unmöglichen Bedingungen

Aber Sayan Kouhzad kann nicht schweigen. Kann sich nicht verstecken. Und so verliebte sie sich in eine Freundin, in einem Land, in dem Peitschenhiebe und Todesstrafe auf Homosexualität stehen. Sie alberten mitten in der Schule rum, lachten und plötzlich war da dieser Moment. „Das war das erste Mal, dass ich jemanden küssen wollte“, schwärmt sie. Es war schön und bedrohlich zugleich. Als sie mit 15 Jahren einen eigenen Internetzugang hatte und Filme, Serien und Webseiten aus aller Welt sehen konnte, verstand sie allmählich. Heute erinnert sie sich strahlend an die romantische Kinokomödie „Love, Simon“ von 2018.

Was unter den vielen Konjunktiven im Essay klar wird, sind Angst und Panikattacken als ständige Begleiter in ihrem Leben. „Ich habe wirklich sehr viel Angst, dass ich verhaftet werde und was danach passiert.“ Mehr als den Tod

fürchtet sie Folter und sexuelle Gewalt. Sie kann es kaum aussprechen, so real ist die Furcht auch hier im sonnigen Park: „Ich weiß, dass ich mich nicht an die Regeln halten kann.“

Das Verhältnis zu ihren Eltern ist liebevoll, aber kompliziert. Ihr Vater – selbst nicht religiös – pflanzte ihr früh Angst ein, aus Sorge um sie. Wider all ihre Erfahrungen hat sie sich vor ihnen geoutet. „Ich verstehe, aus welchen Hintergründen sie mich, wie ich bin, nicht akzeptieren können, aber es tut trotzdem weh.“ Heute haben sie regelmäßig Kontakt. Als letztes Jahr der Zwölf-Tage-Krieg zwischen Israel und dem Iran wütete, studierte sie bereits in Deutschland. „Und, weil Krieg war und ich nicht wusste, wann wir uns das nächste Mal sprechen können, ob sie am Leben bleiben, habe ich das Thema wieder geöffnet“, erzählt sie stockend. Sie wollte wissen, ob sie sie trotzdem lieben können. Im Buch analysiert Kouhzad die Lebensgeschichten ihrer Eltern und versteht ihre Perspektiven: „Auch sie sind unter diesem krassen ideologischen Regime geboren und aufgewachsen.“

Die Auswirkungen von Unterdrückung und stetiger Angst ziehen sich durch ihr Buch, dabei wirkt sie auf der Wiese so fröhlich und selbstbewusst. „Vielleicht hätte ich in einem anderen Leben einfach ich selbst sein dürfen. Stattdessen wurde ich Zeugin einer Welt, die niemand jemals sehen sollte“, schreibt sie. Am Ende lässt einen die Lektüre von „Wenn ich nicht im Iran geboren worden wäre“ sprachlos zurück. Und während die Sonne langsam hinter den grünen Bäumen verschwindet, rollt sie die Picknickdecke wieder ein. Wenn Sayan Kouhzad nicht im Iran geboren worden wäre, hätte es diese Begegnung sicher nicht gegeben und so würde dieser Welt eine wichtige Stimme für Frauen und Queers aus dem Iran fehlen.

Sayan Kouhzad: „Wenn ich nicht im Iran geboren worden wäre. Ein anderes Leben in einer anderen Welt“. Querverlag, Berlin 2026, 64 Seiten, 8 Euro

szene

Jetzt schon?

Es fällt mir schwer, mich zu erinnern, gerade das Kurzzeitgedächtnis wird immer schlechter. Also was in der richtigen Ordnung in den letzten paar Wochen nach dem Krankenhaus Friedrichshain geschehen ist. In der einen Woche war ich noch zweimal in der taz-Kantine zum Essen gewesen, sogar mit dem Fahrrad; dann wieder so erschöpft, daß ich mich immer an Möbeln aufstützen musste, wenn ich aus dem Bett aufstand, um beim Ins-Badezimmer-Gehen nicht zu stürzen. Die nächste Woche war meine große Schwester für fünf Tage aus Lübeck gekommen und beim Gespräch mit dem Palliativarzt dabei.

Wir sprachen über Hospize.

Er fragte nach Dingen, die ich gerne noch machen wollte. Ich dachte an Freunde, die ich noch einmal sehen wollte, an kleine Texte, die ich gern noch schreiben wollte.

Karin fragte, wie denn meine Aussichten wären. Der Arzt sagte, es wäre unwahrscheinlich, dass ich dieses Weihnachten noch erleben würde. Dann hatte mich mein Palliativteam gleich bei vier Hospizen auf einmal angemeldet.

Diese Woche hatte ich mich noch schwächer gefühlt. Die Ärztin kam und sagte, es wäre in einem Hospiz ein Platz frei. Ich wusste nicht so recht. Jetzt schon? Die Ärztin telefonierte mit meiner Schwester in Lübeck; ich sprach mit ihr. Der freie Platz war dann weg, dafür gab es einen anderen. Ob ich in zwei Tagen einchecken könne. Am nächsten Tag war Karin wieder da und gestern Vormittag fuhren wir zum Hospiz im Wenckebachkrankenhaus. Vor andert-halb Jahren hatte ich dort eine Schmerztherapie dann doch nicht angefangen, weil ich dachte, es wäre zu weit weg und würde nichts bringen. In Wirklichkeit ist es aber gar nicht so weit weg. Einen ehrenamtlichen Schachspieler gibt es auch.

Später saß ich mit Karin im schönen Garten auf einer rustikalen Sitzschaukel. Wir redeten und schauten Robi bei seinen Fahrten zu.

Detlef Kuhlbrodt



Das Hamburger wirvier Kollektiv hat die Performance gemeinsam mit dem kolumbianischen Colectivo Teatral Luz de Luna entwickelt Foto: Farina Mietchen

Im Nasenkostüm feiert er die Kraft der Rituale

Eine performative Themenreise durch den Hamburger Hafen erzählt von den beiden beliebtesten Exportgütern Kolumbiens. Und kommt ihnen dabei näher als erwartet

Von Katrin Ullmann

„Willkommen an Bord!“, heißt es an der Landungsbrücke 1 in Hamburg. Auf der Barkasse „Tanja“ soll es nach Bogotá gehen. Tatsächlich handelt es sich um die performative Themenreise „Kohks“ zu Kohle und Kokain. Beide Stoffe sind ja Energieträger, beide Exportgüter aus Kolumbien, beide auch als „Koks“ bekannt. Initiiert hat die Fahrt ein gewisser Club Energia, der mitsamt Kapitän – hanseatisch in Mütze und Ringpulli – die Fahrgäste durch den Hamburger Hafen moderiert. Am Pier winken Mitglieder der Crew, wiegt sich ein Performer im mannsgroßen Nasenkostüm im Wind. Nach der Rundfahrt werden wir sie wieder treffen, wenn sie die Kraft der Rituale feiern.

Doch erst mal geht es durch Wellen und Wind und über die Elbe. Vorbei an Fähr- und Lotsenschiffen, nah ran an die

haushohe Bordwand eines Containerschiffs, mit sich stapelnder legaler und vermutlich auch illegaler Fracht, weiter zu einem Kohlenfrachter, hinter dem sich schwarze Pulverberge türmen. Ab und an ziehen ein paar Ruderer vorbei, taumeln Haubentaucher auf den Wellen, kreuzt ein Partyschiff.

Zu der eindrucksvollen Kulisse gibt es jede Menge Informationen, etwa zum Koks-konsum der Hansestadt, der höher ist als der in Berlin, aber niedriger als der in Frankfurt. Zur Ausbeutung der Kokabauern in Kolumbien, zum Strombedarf, der in Deutschland noch zu rund 20 Prozent aus Kohle gewonnen wird und auch zu den in Hamburg noch immer sichtbaren und zu oft unkommentierten Spuren der Kolonialgeschichte.

Immer wieder werden live und über Kopfhörer Texte etwa von Siegfried Lenz oder zum Kohleabbau gesprochen, da wird der Rotterdam-Effekt

erklärt – eine Verzerrung in internationalen Handelsstatistiken –, werden einschlägige Songs von Falco und Boris Bukowski eingespielt. Die Fahrt wird abwechselnd auf Spanisch und Deutsch moderiert, schließlich haben das Hamburger wirvier Kollektiv und das kolumbianische Colectivo Teatral Luz de Luna diese Site-specific-Performance im Programm des Lichthof Theaters gemeinsam entwickelt.

Nach einer guten Stunde meist kluger und immer schaukelnder Unterhaltung inklusive Tanzeinlagen, einem Mitmachquiz und einzelner unter der Hand verkaufter hochenergetischer Traubenzuckertafeln ist man um einige Hafenbecken weiter und um etliche Kokain- und Kohle-Informationen reicher.

Als man vermeintlich in Bogotá von Bord geht, trifft man auf eine Handvoll Performer, die in bunt gewebten Stoffen recht

langatmig Welcoming-Indigene spielen, und auf eine nicht ganz zufällige Protestaktion, die „Coca is not Cocaine“-Flugblätter verteilt und mit „Frag dich vor der nächsten Linie: Ist sie das Blut dahinter wert?“-Texten mahnt. Gerade so, als wären aus der Barkasse soeben zwei Dutzend Hardcorekonsument*innen gestolpert, die letzte Impulse für einen ehrlichen Drogenentzug brauchten.

Ob es danach jetzt ins Flugzeug nach Bogotá geht oder doch zum „Farewell“-Event, bleibt unklar. So oder so landet die Reisegesellschaft in den Clubräumen des Hafenklang, um dort alle bisher gehörten Informationen noch einmal zu hören. Nur eben ohne Wellengang und von der Bühne. Anschließend wird noch eine schlechte Persiflage einer Tanzperformance versucht, bei der natürlich nasenweise Koks gezogen wird. Schließlich hatte der übermäßige Kokainkonsum von

Schauspieler*innen und Musiker*innen in einigen deutschen Städten dazu geführt, dass Kokain 1887 teilweise verschreibungs-pflichtig wurde.

Danach wird bisschen über die Glorifizierung der Droge geplaudert, fallen betroffen Worte wie „Doppelmoral“, „Rapper“ und „Haftbefehl“, wird mit dem Titel der eigenen Veranstaltung kokettiert, die während der Proben entstandene deutsch-kolumbianische Arbeitsfreundschaft gefeiert, ein bisschen verschämt über deutsche Traditionen, Kaffee-Kuchen und Franzbrötchen gesprochen und inbrünstig die Kraft der Rituale gepriesen. Ein gemeinsames Abschlusslied mit Gitarre scheint die Performer*innen alle sehr glücklich zu machen. Für die Performance hingegen wird es zum Soundtrack der Beliebigkeit. Am Ende ist es im Theater wie mit dem Koks: Weniger wäre die bessere Dosis gewesen.

Anzeige

taz shop

Räucherblätter zur Insektenabwehr.
Unerwünschte Insekten werden mit für uns wohlriechendem Räucherwerk fern gehalten. Erhältlich in den „Duftnoten“ *Kaffee* und *Eukalyptus & Lavendel* mit jeweils 12 Blättern für 8,90 €. Passend dazu der schicke Räucherstäbchenhalter aus Speckstein für 12,90 €. Beide Produkte stammen aus Indien und wurden produziert für Weltpartner.

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (030) 25 90 21 38
tazshop@taz.de | taz.de/shop

10% Rabatt für taz-Unterstützer*innen

Is ja dufte



Glanz und Elend des Verfalls

Yuko Mohris
Repliken der
Installationen
Tokioter
U-Bahn-
Arbeiter
sorgen für
zartes
Trommeln
Foto:
Holtgreve/
Kunstmuseum
Bochum

Mit Witz widmen sich Yuko Mohri und Ei Arakawa-Nash der katastrophalen Gegenwart: Der Ausstellung „How We Meet“ gelingt in Bochums Kunstmuseum ein schöner Brückenschlag zur Geschichte des Hauses

Von Benno Schirrmeister

Katastrophen sind möglich: Wie eine makabre Pointe wirkt, dass vor fünf Jahren die bewundernswerte Galeristin Ingrid Baecker ausgerechnet infolge der Ahrtalflut auf schreckliche Weise starb. Auch in Erinnerung daran zeigt das Kunstmuseum Bochum gerade die Ausstellung „How We Meet“ mit den Neofluxus-Größen Yuko Mohri – sie hat 2024 bei der Biennale von Venedig Japan vertreten – und Ei Arakawa-Nash, der es dieses Jahr tut. Baecker nämlich war für Bochums Verankerung in der Kunstwelt und für die Fluxus-Bewegung weltweit ungemein wichtig. Diese strebte an, die Welt der toten mit lebendiger Kunst „zu überschweben“. So hatte Georges Maciunas 1963 in seinem „Manifesto“ eine Definition dieser damals neuen Strömung versucht. Sie lehnte den Leistungsdruck und Verwertungszwang für ihre Arbeiten ab: „Whatever you do is fine“, war das von George Brecht, einem anderen ihrer Protagonisten, ausgegebene Credo. Egal was du machst, es ist okay: „No catastrophes are possible.“ Der Anspruch, lebendig zu sein, verankerte in Fluxus von Anfang an dabei auch eine ökologische Komponente. Die Interventionen

und Kunstaktionen reagierten mit wachsendem Schrecken und finsternen Späßen auf den zerstörerischen menschlichen Konsum von Welt. Die Kohlestadt Bochum, Baeckers Heimat, war dafür eine einleuchtende Kulisse. Dort betrieb sie, erst in der Privatwohnung, ab 1970 dann in der Tiefgarage des mütterlichen Hauses, zum Schluss in der Bergstraße in ganz eigenen Räumen eine Galerie, in der von Anfang an Wolf Vostell, Allan Kaprow oder Alison Knowles gezeigt wurden. Vor allem aber bewahrte sie die Avantgarde davor, sich in Köln und Düsseldorf in elitär-akademischen Blasen des Kunstbetriebs nur noch selbst zu bestätigen. Sie lockte sie – und alle kamen! – in den Alltag des Ruhrpotts, konkret: an Orte wie das Einkaufszentrum Ruhr Park, wo es eben noch etwas in Bewegung und Wallung brachte, wenn Charlotte Moorman nackt auf dem Rücken liegend Cello spielte. Baecker wechselte dann später nach Köln. Ihre Sammlung aber hat sie dem Bochumer Kunstmuseum vermacht: Unter dem Titel „How We Met“, der den einer zentralen Fluxuspublikation zitiert, waren die Relikte, Dokumentationen und Serials der Konzerte, Happenings, Videos und Performances

hier im vergangenen Jahr zu sehen, um den Neuerwerb zu feiern. Die jetzige Schau, „How We Meet“, tritt dagegen im Präsens den Beweis an, dass Fluxus nicht versiegt ist. Der Impuls pflanzt sich fort, die Anti-Kunst-Kunst performt weiter. So beschließt Arakawa-Nash seine Happeningreihe „Water Money Salad“ mit Studierenden der Düsseldorfer Kunsthochschule am 2. September, wobei der Titel natürlich an Wolf Vostells „Salat“ erinnert: Er hatte vor 55 Jahren einen Güterwaggon mit Blattgemüse mehrere Tage lang zwischen Köln und Aachen hin und her fahren lassen und danach einen Stahlkoffer mit einer Auswahl an Salatköpfen bis zur endgültigen Dekomposition, was seinerzeit erheblich moralisierende Brot-für-die-Welt-Entrüstung verursachte. Ja, die Vorfahren waren mit anarchischem Witz ihren Atomtodängsten begegnet. Er ähnelt dem, mit dem die zwei Japaner*innen sich dem konkret-messbaren, schleichenden Untergang stellen, der die Gegenwart geprägt: So hat Arakawa-Nash das Konzept „Kyoto-Protokoll“ für die Bochumer Ausstellung als ein Kunstwerk gescipt. Grundlage ist die errechnete CO₂-Bilanz der Reise von seinem Wohnort Los Angeles über Vene-

dig – im Pavillon in den Giardini lässt er massenhaft gruselige Babbypuppen an Tauen herumklettern – ins Ruhrgebiet. Verursacht hat der Trip demnach 3,47 Tonnen CO₂-Äquivalent, die der Künstler wiederum in die Größeneinheit Schritte auf Stelzen umgerechnet hat. Das Publikum nun bekommt die Gelegenheit, etwas für sein gutes Gewissen zu tun. Es soll sich in einem Einkaufswagen bereitgestellte Holzklötze mit Klebeband unter die Sohlen kleben und kompensatorische Steps zählen, die von der Aufsicht zu dokumentieren sind. Wenn 72.000 gemacht wurden, kann Arakawa-Nash sie über eine UN-Plattform registrieren lassen und ein Zertifikat erwerben: Es soll real dem Dongjiang-Flussprojekt helfen. Vor allem aber macht es Emissionshandel als einen wackelig-hinkenden und stolpernden Prozess erlebbar. Noch schöner findet sich der Verfall der Welt in Mohris neuestem Kapitel ihres Langzeitprojekts „Moré Moré“. Das Wort bedeutet „undicht“, der Untertitel „leaky“ unterstreicht, dass es auf den Sinn hier durchaus mal ankommt. Es hat in Japan seit Fukushima ja auch einen besonders prägnanten Klang. Seit 2011 dokumentiert die Tokyoter Künstlerin fotografisch die einfallsreichen Kons-

truktionen, mit denen die U-Bahn-Arbeiter das an zahllosen Stellen in die Metroschächte der größten Stadt der Welt eindringende Wasser auffangen. Diese aus Gummistiefeln, alten Schirmen, Zinkgießkannen, Eimern und Flutterband geschaffenen genialen Interimsplastiken bastelt sie nach, auch in Venedig waren solche Installationen 2024 zu erleben. Hier allerdings stehen sie nicht auf dem dunkel strukturierten Marmorboden des japanischen Pavillons, sondern in einem weißen langen Saal. Und das ist von Vorteil: Wie ein dürrer Wald aus toten Bäumen ragen die Gebilde auf, an denen wie Lianen Gummischläuche hängen: Mit Pumpen hat Mohri das Wasser in einen Kreislauf überführt und dafür gesorgt, dass seine Bewegung Bongos, Becken, Snaredrums oder anderes Schlagwerk in Schwingung versetzt. Und wie verzaubert bleibt man stehen, um ihm zu lauschen, diesem zarten, aber beharrlich-fordernden Trommeln der Katastrophe. **How We Meet** – Yuko Mohri und Ei Arakawa-Nash, Kunstmuseum Bochum, bis 13. 9. Performance **„Water Money Salad“** von Ei Arakawa-Nash, 2. 9. 18 Uhr



Robert Mießner
Ausgehen
und rumstehen

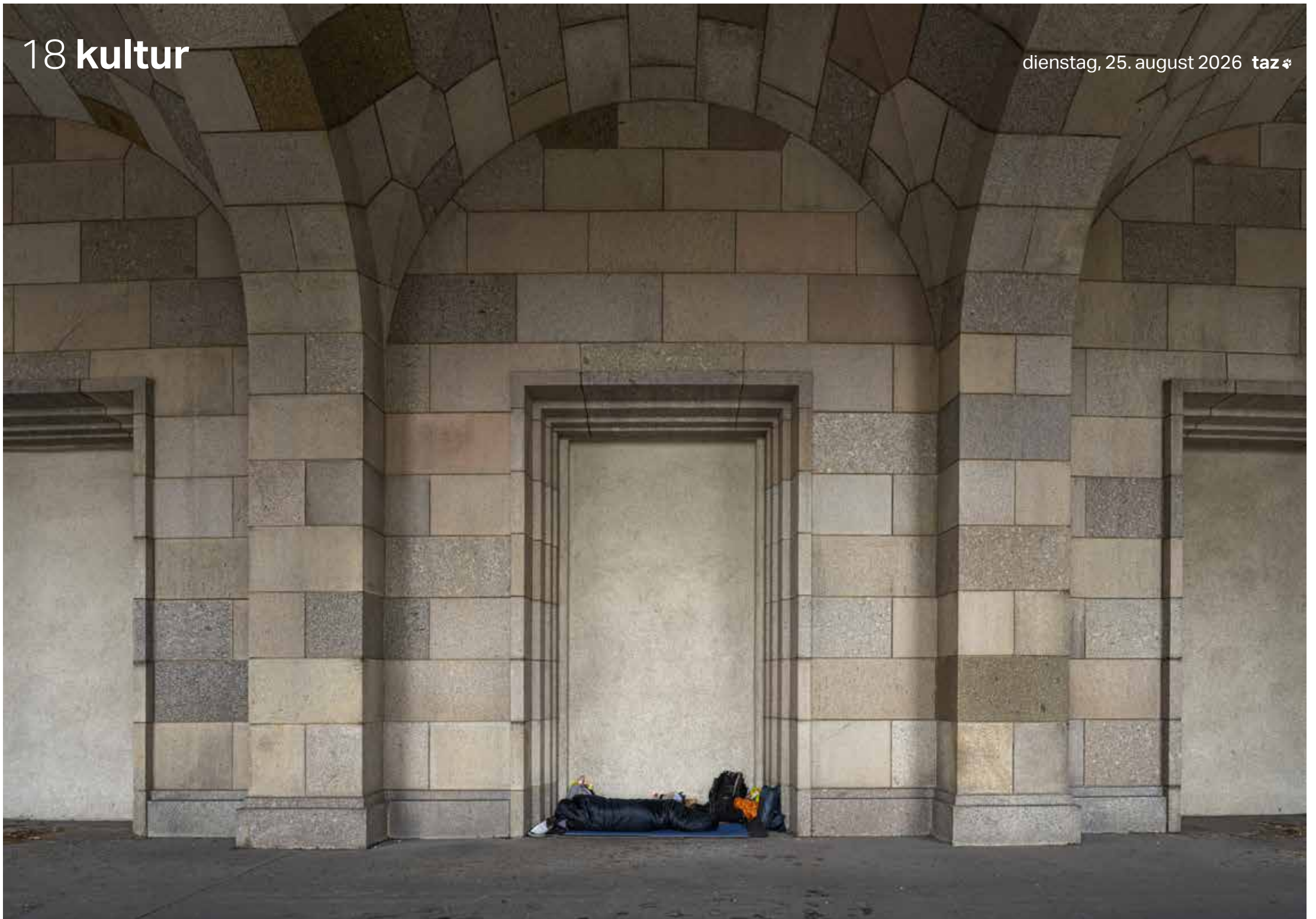
Im Alten Schweden wird Dagmar böse

Der Hitzesommer hängt noch im Schankraum des Alten Schweden. Seit den Zehnerjahren gibt es unter seiner Adresse im Wedding eine Kneipe. Bevor 2009 der Elch einzog, der über die Gäste und seit einiger Zeit über Musiker und Autoren wacht, hieß die Schankwirtschaft „Zur fleißigen Biene“. An einem Augustfreitag, der zerfließt wie Honig, singt die Chemnitzer Musikerin Jens Ausderwäschke ein Lied, das aus der Spur will: „Wollen wir heut ausgeh’n/ Oder woll’n wir fahren?“ Jens, in ihrem Ausweis steht Jenny Kretzschmar, spielt eine elegische Gitarre, der sie in

überraschenden Momenten merkliche Geräuschatacken entlockt, die Schlagzeuger Micha noch unterfüttert. An den Vorderrahmen der Basstrommel ist in Form einer Holzsägearbeit ein Peace-Zeichen montiert. Jens und Micha sind mit Kuscheltieren angereist. Er trägt ein T-Shirt der Hardrock-Hexer Black Sabbath. Der Friede kommt nicht auf leisen Pfoten daher. Die stolpernden Hits von Jens Ausderwäschke stecken voller Kurzgeschichten und Vignetten. „Wie geht man baden“ heißt so ein Song, bei dem es einen plötzlich überfährt, dass es da nicht unbedingt nur um einen Ausflug gehen muss, gerade wenn sie hinzusetzt: „Du wirst es mir verraten.“ Ein Lied, das in seiner Schunkelhaftigkeit fast wie geschaffen für die Kneipe mit dem dunkelbraun gestrichenen Stuck und der hellbraunen Decke scheint, heißt „Dagmar wird böse“. Sie hat allen Grund dazu. Ralf, Peter und Sandy aus demselben Lied machen mit. Wer weiß, was noch passiert, wenn die Menschen aus Jens’ Liedern auf die Platte stoßen, die im Alten Schweden an der Wand hängt. Es ist, „Locust Abortion Technician“ von den Butthole Surfers, und sie ist so wenig harmlos wie die beiden

Zirkusclowns und das dressierte Hündchen auf dem Covergemälde. Im Alten Schweden finden regelmäßig wöchentlich Abende mit Doom statt, dunkel dräuender Rockmusik zur Unzeit. Und der Alte Schwede ist Gastgeber für Literatur und Jazz, beides mit Ohr zur Straße. Am Sonnabend läuft im Sowieso in Neukölln John Coltranes Ballade für seine erste Frau Juanita, „Naima“ Coltrane, née Grubbs, und zwar nicht in der knapp fünfminütigen Version auf „Giant Steps“, sondern in der epischen Länge von 15 Minuten auf „Live At The Village Vanguard Again!“. Der Barkeeper blendet nicht ab. Das Sowieso ist ein Jazzclub von der Größe eines Ladengeschäfts. So etwas wie eine Sommerpause scheinen sich die Betreiber nicht zu gönnen. Ähnlich dem Alten Schweden sind mehrere Veranstaltungen pro Woche keine Seltenheit. Coltrane vom Band, das dieser Tage ein digitales ist, ist mittlerweile bei „My Favorite Things“ angekommen, seiner Version des Lieds aus dem Broadway-Klassiker „The Sound of Music“. Ein Snob, wer über Standards die Nase rümpft. Ulrich Gumpert, Matthias Bauer und Sunk Pöschl tun das auf gar keinen Fall. Das Trio aus PIANO, Bass und Schlagzeug spielt an diesem Abend

sein zweites Konzert überhaupt. Im Frühsommer haben Gumpert, Bauer und Pöschl der Jam Session im Kühlspot Social Club die Startbahn bereitet (der Abend hob tatsächlich ab), im Sowieso geben sie ihr erstes längeres Konzert. Ganz ruhig und konzentriert fängt Gumpert an. Keine Schwere, kein Verdruss ist in der Musik, stattdessen filigrane Echos und Verbindungen. Bauer spielt tatsächlich mit Swing, und selbst wo Pöschl loslegt, tut er das mit Bedacht. In ihren wilderen Momenten hat die Musik etwas von „Money Jungle“, Duke Ellington, Charles Mingus und Max Roach, einer Platte, die ihren Sog aus den Spannungen zwischen den Musikern bezieht. Gumpert, Bauer und Pöschl ziehen auch in ihren Bann, aber sie verstehen sich merklich besser. Pöschl probiert kurz vor Ende, wie eine Wasserflasche und eine Plastetüte auf dem Schlagzeug klingen. Die zerdrückte Flasche knarzt, die wehende Tüte hat etwas von einem hauchenden Wind. Zur Zugabe ein Klassiker, und zwar „The Black and Crazy Blues“ von Rahsaan Roland Kirk. Vor der Tür auf der Weisestraße ist es kühler geworden. Man könnte meinen, das Wetter habe Platz gemacht.



Im öffentlichen Raum, aber außerhalb des Blickfeldes: jugendliche Obdachlose
Foto: cgimanufaktur/plainpicture

Von der Hilfe durch Nichthilfe und anderen Märchen

Ungeschönte Feldforschung: Kobai Halstenberg lässt in „Wie Treibholz auf Asphalt“ jugendliche Obdachlose selbst ihre Geschichten erzählen

Von **Marielle Kreienborg**

Rund 44.000 allein-stehende Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre sind in Deutschland ohne feste Wohnung, schreibt Journalist:in und Autor:in Kobai Halstenberg unter Berufung auf den Wohnungslosenbericht von 2024 und lässt in „Wie Treibholz auf Asphalt“ vierzehn Betroffene von ihrem Leben auf der Straße erzählen. Halstenberg, die mittels der Oral History-Methode – subjektive Erzählungen von Zeitzeug:innen unter möglichst geringer Einflussnahme der Interviewenden – bereits Kriegskinder des Zweiten Weltkrieges sowie junge trans Menschen zu Wort kommen ließ, rückt diesmal ein gesellschaftlich wie literarisch bislang randständig behandeltes Thema ins Zentrum.

Manche Menschen wollten sich nicht mit Obdachlosigkeit beschäftigen, kommentiert beispielsweise die 26-jährige Socki. Für Verstehen und Verständnis bedürfe es jedoch der Auseinandersetzung. Socki bedauert, dass Menschen ihren Kindern die Ablehnung vorlebten, sie dazu erzögen, „sich nicht ‚mit so was‘ abzugeben“, denn internalisierte Überzeugungen seien schwer abzulegen. Die Protagonist:innen fordern Leser:innen durch ihre Einblicke zum Hinschauen und Zuhören auf: „Ich würde mir wünschen,

dass Menschen mehr gucken: Wie leben wir? Wie sehen wir die Welt? Und sich mehr darauf einlassen, anstatt uns einfach abzustempeln.“

Indem Halstenberg die jungen Menschen zwischen 15 und 26 ihre Geschichte(n) selbst erzählen lässt, statt im Sachbuchformat über sie zu berichten, hinterfragt die Autor:in den im Kinder- und Jugendbuch ebenso wie im Rest der Gesellschaft vorherrschenden Adultismus und trägt einem Bedürfnis Rechnung, dass in den Gesprächsprotokollen immer wieder zur Sprache kommt: „Es ist cool, mal zu reden! Normalerweise fresse ich das alles in mich rein und rede mit niemandem darüber!“

Misshandlungen im Elternhaus, Missstände beim Jugendschutz, Mobbing, Vernachlässigung – die Schilderungen der Jugendlichen machen betroffen und stimmen nachdenklich hinsichtlich privilegierter sozialer Positionen, die – statt in Solidarität – oft in Gering-schätzung und Missachtung münden: „Du siehst mich, aber ich bin es dir nicht wert, dass du antwortest?“

Der zweiundzwanzigjährige Simon, aus einer alkoholabhängigen Familie im ländlichen Niedersachsen nach Berlin geflüchtet, schildert, wie ihm unter dem Vorwand angebotener Hilfe der Arm gebrochen worden sei: „Ich hatte Alkohol getrunken und bin umgekippt. Je-

mand kam vorbei und hat gefragt, ob ich Hilfe brauche. Ich habe ihn gebeten, mich auf die Bank zu setzen. Da hat der mir den Arm gebrochen und gesagt: ‚So, du scheiß Penner, kannst hier liegen bleiben.‘“

Die nahbare und ungeschönte Feldforschung hält gesellschaftlicher Doppelmoral den Spiegel vor: Erschienen Obdachlose gepflegt, könnten sie im (Shoppingcenter) Alexa in Ruhe chillen, lesen, schlafen. Der Sicherheitsdienst unter-nähme nichts. Stänken sie hingegen, würden sie überall rausgeschmissen: „Aber nur weil ich stinke, habe ich doch trotzdem das Recht, mir eine Flasche Wasser zu kaufen, oder?!“

Analoge Doppelstandards wirken, wenn jungen Obdachlosen bereitwilliger geholfen würde als älteren, oder suchtkranken Obdachlosen Spenden verweigert würden. Diese vermeintliche Hilfe durch Nichthilfe führe jedoch lediglich zur Täuschung und nicht, wie häufig naiv angenommen, zum Clean-Werden: „Meine echte Geschichte habe ich beim Schnorren nicht erzählt. Die meisten Leute haben zu wenig Verständnis dafür, wie eine Abhängigkeit funktioniert.“

Auch obdachlosenfeindliche Architektur in Innenstädten sei eine Aufforderung zum Wegschauen: „Als würde das Problem verschwinden, nur weil das Elend aus

dem Blickfeld verschwindet.“ Bei der „Bundeskonferenz der Straßenkinder“ hingegen – einer mehrtägigen Veranstaltung zur Jugendobdachlosigkeit, innerhalb derer Betroffene Ideen entwickeln und in direkten Austausch mit der Bundespolitik treten – seien praktikable Alternativen – „Tiny Houses am Straßenrand“ – vorgestellt worden.

Die Bundesregierung wolle Wohnungslosigkeit bis 2030 mit einem nationalen Aktionsplan beenden, schreibt Kobai Halstenberg in einer Einordnung am Ende des Buches: Doch solange es zu wenige günstige Wohnungen gäbe und Hilfen mit dem achtzehnten Geburtstag endeten – trotz traumatischer Erlebnisse und daraus resultierender nachwirkender psychischer Probleme – Behörden sich gegenseitig die Verantwortung zuschöben und die jungen Leute allein zurückblieben, werde sich wenig ändern, prognostiziert die studierte Jurist:in.

Gleichzeitig belegen die Schilderungen (beide Geschlechter sind etwa gleich stark betroffen), dass Jugendobdachlosigkeit alle sozialen Schichten betrifft und kein reines Armutsproblem ist: „Ich bin außerhalb von Hamburg recht beliebt groß geworden: Mama, Papa, große Schwester, Familienhund.“

Wie wesentlich die Arbeit von Sozialarbeitenden in Verbänden wie Straßenkinder, Gangway, Free-

style, Off Road Kids, sidewalx oder Momo in Großstädten wie Berlin oder Hamburg ist und wie wichtig Anlaufstellen für Essensausgaben oder Notübernachtungen im Nachtcafé oder Sleep in für die Betroffenen und ihren bürokratischen Hürdenlauf raus aus der Spirale aus Hoffnungs- sowie Obdachlosigkeit und Suchterkrankung sind, erfährt man im Buch ebenfalls.

Entzug, Langzeittherapie, clean werden, Postadresse und Bürgergeld beantragen, Leistungsbescheide vom Bürgeramt, um auf eine Liste für einen Wohnheimplatz zu gelangen, und dann, sofern sie sich dort gut verhielten, die Chance auf eine eigene Wohnung, das ist in etwa der Weg. Bei Straßenkinder, berichtet Simon, versuchten sie wirklich, ihm auf die Beine zu helfen: „Mit Entgiftung, mit Wohnung, mit allem.“ Sie sagten: „Ihr seid uns nicht egal.“ Und wenn es wieder nicht klappte, gäben sie nicht auf, sondern versicherten: „Alles gut, Simon, bist wieder hingefallen, dann bauen wir dich wieder auf.“

Kobai Halstenberg:

„Wie Treibholz auf Asphalt. Junge Menschen erzählen von ihrem Leben auf der Straße.“ Fischer Sauerländer Verlag, Frankfurt am Main 2026. 304 Seiten, 13,90 Euro

taz podcasts

Bundestalk

Der wöchentliche Politik-Podcast aus der taz – diskussionsfreudig, analytisch, Streitbar, jede Woche neu.

Fernverbindung

Der Podcast der taz-Auslandsredaktion. Zusammen mit unseren Korrespondent:innen diskutieren wir wöchentlich die Themen, die den Globus beschäftigen.

reingehen

Die Geschichten hinter den Geschichten. Sophie Fichtner und Stefan Hunglinger sprechen mit Autor:innen der wochentaz über die bewegendsten Texte der Woche.

klima update°

Die wichtigsten Klima-Nachrichten der Woche. Der gemeinsame Klima-Podcast von klima reporter° und der taz.

Mauerecho

Die wichtigsten Klima-Nachrichten der Woche. Der gemeinsame Klima-Podcast von klima reporter° und der taz.

Freie Rede

Hier kommen Journalist:innen aus Deutschland und weltweit aus den internationalen Workshops und weiteren Projekten der taz Panter Stiftung zu Wort

Jetzt reinhören!
taz.de/podcasts



Digitale Zwillinge im Rennen

Auch bei der Vuelta ist der Einsatz von KI bei allen Radsportteams selbstverständlich. Es geht um Renntaktik, bessere Aerodynamik und vieles mehr



Auch die KI hat bei der Spanienrundfahrt alles im Blick und wertet Unmengen von Daten aus
Foto: Agencia EFE/imagio

Von **Tom Mustroph**

Profiradsport ist ohne KI nicht mehr zu denken. Zwar treten auch jetzt bei der Spanien-Rundfahrt die Radprofis noch höchstselbst in die Pedalen. Sie nähern sich aber immer mehr dem Ideal- oder auch Drohbild des gläsernen Athleten, dessen Leistungsparameter überwacht werden und der sich an digital erstellten Taktiken orientieren soll.

Die führenden Rennställe jedenfalls arbeiten sehr intensiv mit KI-Firmen zusammen, UAE Team Emirates seit Jahren schon mit der in Abu Dhabi angesiedelten Firma G42. Visma – Lease a Bike bedient sich seit dieser Saison der Expertise des französischen KI-Anbieters Mistral. „Wir versprechen uns viel davon“, sagte Teammanager Richard Plugge am Rande der Tour de France der taz. Bei der britischen Konkurrenz, einst als Team Sky Branchenführer im Radsport, ist mit dem neuen Namenssponsor Netcompany sogar ein KI-Unternehmen ganz direkt in die Finanzierung eingestiegen. „Das ist mehr als Sponsoring, das ist eine Partnerschaft. Ihre Software hilft uns, den Rennstall als Gesamtes zu managen und zu einem ganz neuen Verständnis und besseren Niveau von Datenanalyse zu gelangen“, zeigte sich Patron David Brailsford begeistert.

Auch die beiden deutschen Rennställe holen sich KI-Kompetenz: Lidl Trek von der US-Firma ServiceNow. Red Bull – Bora – hansgrohe kann auf die hauseigene Technologieplattform des Getränkeherstellers bauen.

Die Anwendungsfelder erstrecken sich in viele Bereiche des Radsports. Team Decathlon um Felix Gall, aktuell mit Podiumsambitionen bei der Vuelta unterwegs, setzt digitale Zwillinge ihrer Rennfahrer unter anderem zur Verbesserung der Aerodynamik ein. „So können wir unterschiedliche Positionen auf dem Rad testen, aber auch ganz individuell herausfinden, welche Schichten von welchem Material an welchen Stellen von Arm oder Oberkörper die meisten Vorteile bringen“, erklärte Head of Performance Stephen Barrett. Dieses Testen kann ohne teure Stunden im Windkanal erfolgen. Für Windkanaltests werden dann mittels 3D-Druck hergestellte lebensgroße Mannequins eingesetzt. Die digitalen Zwillinge der Fahrer sind mittlerweile eine wertvolle Erkenntnisquelle für die Trainer. „Es gibt mittlerweile so viele Daten und so viele Parameter. Um da als Trainer den Überblick zu behalten, wie der Körper auf welche Belastung reagiert, wird immer mehr auf KI gesetzt“, erzählt Dan Lorang, lange Jahre Chefcoach bei Red Bull – Bora – hansgrohe und bei Lidl Trek unter Vertrag. Dabei fließen sehr unterschiedliche Daten in das Gesamtbild ein: die Wattzahlen und Herzfrequenz, aber auch Blutbilder und Schlafdaten.

In nicht allzu ferner Zukunft hält Lorang sogar eine Art KI gestütztes Frühwarnsystem hinsichtlich Fehlbelastungen für realistisch: „Vielleicht geht dann irgendwo ein Lämpchen an und sagt: Oh, der und der Parameter hat sich schon seit drei Tagen nicht mehr richtig erholt. Vielleicht solltest du das mal hinschauen. Und der nächste

Schritt ist dann, dass das System sagt: Ja, das war übrigens vor drei Monaten schon mal der Fall.“

Den menschlichen Trainer wird all das nicht ersetzen, jedenfalls nicht im Hochleistungssport, bei dem es auch auf die individuelle Ansprache ankommt. Darin sind sich Experten wie Lorang und Barrett einig. Und auch die sportlichen Leiter im Rennen dürften nicht so schnell durch digitale Konkurrenz ersetzt werden, selbst wenn bei Taktikplanung und Pacingstrategien immer mehr durch künstliche Intelligenz verknüpfte Daten zum Einsatz kommen. „Wir kennen das Gewicht der Fahrer, wissen, welche Leistungen sie über welche zeitlichen Perioden leisten können. Und wir können auch die topografischen Daten der Strecke inklusive Wetterbedingungen wie Windrichtung und Windgeschwindigkeit einfließen lassen, um dann die ideale Strategie für eine Etappe zu entwickeln“, sagt Barrett.

Das ist schon Radsportalltag. Red Bull – Bora – hansgrohe etwa pilotierte dank einer so entwickelten Pacingstrategie, die auch noch prognostizierte Daten über das Leistungsvermögen der Konkurrenz einbezog, den jungen Australier Luke Tuckwell zum zweiten Platz beim Tourvorbereitungsrennen Auvergne-Rhône-Alpes. „Er musste das natürlich noch umsetzen, mithilfe auch seiner Teamkollegen. Aber der Plan ging auf“, freute sich Red Bulls neuer Cheftrainer John Wakefield. Der disziplinierte KI-Anwender Tuckwell ist auch jetzt bei der Vuelta im Einsatz – und dort vielleicht für die nächste, digital vorgeplante Überraschung gut.



René Hamann
Plattenspieler

Boom und Biederkeit

In der letzten Woche war ich in Berlin. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches, schließlich befinden sich meine Arbeitgeber ja auch dort. Aber diesmal war ich noch aus anderen Gründen da – ich habe mir ein Tischtennisturnier der internationalen Spielart angeschaut. WTT Feeder nennt sich das, es ist unter den kompliziert anmutenden Turnierformaten auf Weltebene die unterste Kategorie, ungefähr einem Challenger-Turnier im Tennis entsprechend (okay, das ist wiederum kompliziert).

Jedenfalls bedeutet das, dass hier nicht die oberste Weltspitze antritt, sondern eher ein paar Ausgesuchte, die was wettzumachen haben (im Fall von Berlin: die späte Siegerin Nina Mittelhäm), noch oder wieder den Anschluss suchen oder ein Versprechen sind (wie die Finalisten bei den Männern – echte Jungs, nicht älter als 18). Es bedeutet auch, dass das Format vorgegeben ist, vom WTT, der Agentur des Weltverbands, und lokal ausgerichtet wird, hier vom ttc eastside Berlin.

Die Frage, die sich dabei stellt, ist: Wer bezahlt das alles? Auf der einen Seite wohl das WTT, das World Table Tennis, das vermutlich über obstrukture Geldquellen verfügt oder von den TT-Boom-Nationen aus Asien profitieren kann. Konkret sah das in Berlin nämlich so aus: Technisch war alles auf höchstem Niveau, Kameras, Übertragung, Umsetzung. Die Teilnehmenden hatten Trainingsplätze und Hotelzimmer – die sie allerdings „in Vorleistung“ selbst bezahlen mussten. Es gab Preise, Dotierungen. Es gab Volunteers, Hallensprecher, Betreuer usw.; allein für den technischen Aufwand saßen mindestens acht Leute da.

Normalerweise gibt es Bezahlsender, die für Teilübertragung bezahlen, bei „Feedern“ aber nicht, da ist alles frei verfügbar über Youtube, als wenn noch Corona wäre; mit anderen Worten: Wer die Spiele sehen will, muss nicht aus dem Haus, schon

gar nicht nach Berlin fahren. Ergibt Sinn, wenn man bedenkt, wo es stattfindet: irgendwo im Nichts zwischen Berlin-Friedrichshain und Prenzlauer Berg, ungefähr da, wo noch die DDR ein Raumschiff in den Boden gebaut hat und das ein Sportzentrum nannte – Schwimmhalle und Velodrom. Der Eintritt selbst war okay, bezahlt aber ganz bestimmt nicht das Event.

Es hatte natürlich auch Charme da in der Heyestraße, es war niederschwellig. Gleichsam war das Turnier am Finaltag ungefähr so gut besucht wie ein random Kreisligaspiel im Fußball. Was aus mehrerer Hinsicht schade ist: Tischtennis boomt, so heißt es oft, Tischtennis hat Potenzial, krankt aber eben daran, dass es oft noch, gerade in Deutschland, stiefmütterlich behandelt und nach außen bieder vertreten wird.

Es gab Zapfkaffee und Kuchen für 1,50 Euro, die Schiedsrichter, die ja auch anreisen und beunterkumft werden müssen, wirkten wie immer gleichzeitig verklemmt und sadistisch; in den Phasen, in denen die immer gleiche Technomusik Pause machte, also während der Spiele, rauschten die Boxen, als ob es draußen regnete.

In den freien Stunden zwischen den „Sessions“ konnte man sich um die Ecke einen Döner holen oder mit der Tram wohin fahren, wo es etwas Besseres zu essen gab. Berlin, die arm-sexy Hauptstadt, musste insbesondere auf die Profis, die sich mal raustrauten, hier wie eine beliebige Unort-Transit-Stadt auf dem Mond wirken. Ein paar Straßenbahnhaltestellen weiter machte unterdessen „Ding Dong Ping Pong“, ein Start-up zum Mitspielen, seinen zweiten Tischtennisladen auf.

Gut, es war das erste Mal und man kann es auch positiv wenden: Es gibt ordentlich Luft nach oben. Es wartet eine gleichermaßen funky und erfolgreiche Zukunft aufs Tischtennis. Man muss sie nur wollen.

Anzeige



Zeitungen für Gefangene!

In Gefängnissen gibt es keinen Zugang zu digitalen Informationen.

Bitte spenden Sie die »taz« zum Preis von 44,80 € monatlich, 268,80 € halbjährlich, 537,60 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »taz«
www.freiabos.de



Information und Bildung für Menschen in Haft

Photo © Beate Pundt

was alles nicht fehlt

Taktische Zurückhaltung: Aleksander Čeferin will den massiv unter Druck geratenen Fifa-Präsidenten Gianni Infantino nicht herausfordern und schloss eine Kandidatur für das Amt im März 2027 aus. „Ich bin nicht interessiert“, sagte der Präsident der Europäischen Fußball-Union im britischen Podcast „The Rest is Politics“. Zum einen liebe er die Uefa und die Arbeit dort. „Und der zweite Punkt ist: Meine Glaubwürdigkeit

ist um ein Vielfaches höher, wenn ich kein Interesse an diesem Posten habe“, betonte der 58-Jährige. Infantino steht massiv in der Kritik. Besonders seine publik gewordenen und mittlerweile zurückgenommenen Pläne über die Einbindung von Investoren für zukünftige WM-Geschäfte sorgten für Enttäuschung in der Fußballwelt.

Ein Abschied: Der Hamburger SV trauert um seinen jahrelangen Investor Klaus-Michael

Kühne. „Der HSV verliert einen treuen Gesellschafter, Unterstützer und leidenschaftlichen Anhänger“, schrieb der Fußballbundesligist auf seiner Website nach dem Tod des 89-Jährigen. Der Milliardär hatte den Klub seit vielen Jahren finanziell unterstützt. 2010 war er beim Klub als Investor eingestiegen. Über die Jahre hat er nach Schätzungen einen neunstelligen Betrag in den Verein gepumpt. Sein Logistik-Riese Kühne Holding ist der

zweitgrößte Gesellschafter der HSV Fußball AG & Co. KGaA.

Rechtzeitig in Form: US-Tennisspieler Coco Gauff und der Franzose Arthur Fils haben die Generalprobe für die US Open gewonnen. Die 22-jährige Gauff setzte sich beim Masters-Turnier in Cincinnati im Finale gegen ihre Landsfrau Jessica Pegula (32) klar mit 6:2, 6:4 durch. Fils feierte einen 6:3, 3:6, 6:0-Erfolg gegen Frances Tiafoe aus den USA.

So ein niedlicher Kleiner

Die aktuelle Wahrheit-Filmkritik: Der furiose Reißer „Aus dem Weg! Der letzte E-Roller“ jetzt im Kino

Von Oliver Domzalski

Als der kleine E-Roller in einer langen, traurig-schönen Anfangssequenz einsam durch eine menschenleere Welt kurvt, denkt wohl jeder, er sei in einem Remake des Pixar-Klassikers „WALL·E: Der Letzte räumt die Erde auf“ gelandet. Aber dem ist nicht so – und die Macher dieser modernen Technik-Saga haben zum Glück der Versuchung widerstanden, ihr Werk umsatzfördernd „ROLL·E“ zu nennen. Gemeinsam haben die beiden Filme lediglich den dystopischen Blick in eine Welt, die wir Menschen zuerst zugrunde gerichtet und dann verlassen haben. Doch „Aus dem Weg!“ ist weitaus düsterer als die Liebesgeschichte der beiden knuffigen Müll-Roboter WALL·E und EVE.

Aber Moment mal: Der Roller kurvt allein durch die Stadt? Wer fährt ihn denn? Da sind wir bereits mitten im Drama: Der selbstfahrende E-Roller ist da. Aber wie kam es dazu?

In kurzen Rückblenden wird erzählt, wie die Menschen sich mit den neuartigen Gefährten zu arrangieren versuchten: Rüstige Senioren, die im Weg stehende Mietroller vor Wut umwerfen, ins Gebüsch oder ins nächste Gewässer schmeißen. Nachbarn, die unbesorgte Kids bitten, sich einmal vorzustellen, es würden fünf weitere Roller auf dieselbe Art abgestellt



Mit plüschigem Schutz auf dem Scooter
Foto: dpa

– und dann müsse ihre Oma mit dem Rollator dort durch.

Behörden, die Abstellzonen an Bahnhöfen markieren. Sportfunktionäre, die jungen Menschen das „Laufen“ nahelegen. Städte, die die Roller verbieten. Bürger, die mit buddhistischer Gelassenheit jeden störenden Roller von der Mitte des Gehsteigs an den Rand heben – „und zwar auch das Hinterrad, verdammte Hacke!“ Krankenkassen, die fordern, die Behandlung von E-Roller-Fahrern ohne Helm nicht mehr bezahlen zu müssen. Idioten, die den Roller quer vor der Treppe zum Bahnsteig abstellen, weil sie noch die Bahn kriegen wollen. All das kennen wir.

Neu für uns Zuschauer ist der selbstfahrende, geländegängige und treppensteigende E-Roller. Man kann ihn sich vor die eigene Haustür ordern. Wen er auf dem Weg dorthin nervt und gefährdet, kriegt man ja nicht mit. Aber die Wut auf die Dinger wächst dermaßen, dass jetzt fast alle Kommunen sich gezwungen sehen, Verbote zu erlassen. Und hier könnte eine mittelmäßig spannende kleine Geschichte zu Ende sein. Käme da nicht der Twist mit der nordkoreanischen KI.

Ob sie ausgebrochen ist oder mutwillig freigesetzt wurde, bleibt im Film offen. Tatsache ist, dass plötzlich eine ungezügelte, dezentral organisierte Massenvermehrung selbstfahrender

Roller einsetzt. Millionen von leise und bedrohlich brummen den Gefährten tauchen überall auf wie eine biblische Plage.

Die KI bedient sich auf der ganzen Welt diverser Materialien, weshalb die Produktion lebenswichtiger Güter ins Stocken gerät. Als die Behörden beginnen, die Roller einzusammeln, schließen diese sich zu Barrikaden zusammen und gehen dann zu gezielten Attacken auf Menschen über. Sehr bald schon verlässt ein Großteil der Menschheit nicht mehr das Haus, weil es draußen zu gefährlich ist.

Das Militär versucht, der Invasion Herr zu werden, indem es Roller mit gewaltigen Flammenwerfern großflächig einschmilzt,

Liebe der Liegewiese

Treffen wir die KI bald auch im Schwimmbad?

„Wird Künstliche Intelligenz der neue Bademeister?“, fragte gestern nassforsch die Künstliche, nein: Katholische Nachrichtenagentur KNA nach einem vollautomatisiert überwachten Freibadbesuch in Wiesbaden. Das Schwimmbad Kleinfeldchen in der hessischen Landeshauptstadt setzt „als einer der ersten Bäderbetriebe hierzulande KI-Kameras ein“. Offenbar mit Erfolg, denn seit das künstliche Auge über dem Schwimmparadies wacht, ist „kein Badeunfall mit gravierenden Folgen“ passiert. „Mit der entsprechenden Ausrichtung kann das komplette Becken ausgeleuchtet werden“, glaubt der Bäderbetrieb. Fugendicht würde die Sicher-

heitsarchitektur, ließe man ein trillerpfeifendes Drohnen-geschwader über dem Wasser kreisen, das in Endlosschleife die Kommandos „Nicht vom Beckenrand springen!“ und „Nicht auf der Trennleine sitzen!“ bellt. Prophylaktisch würde eine KI alle Rotzgröen aus dem Becken fischen, deren Kampfgewicht ernsthafte Arschbombendrohungen befürchten lassen. Aber kann ein KI-Bademeister auch im spack sitzenden Poloshirt und mit Goldkettchen im Brusthaar den Beckenrandlaufsteg entlang stolzieren? Und wäre die sonnensichere Bademeisterin als ein schnödes Rechenwesen immer noch die heimliche Liebe der ganzen Liegewiese?

Lateinische Haare

Erling Haaland rasiert, Paul Breitner latinisiert

Nachdem Erling Haaland sich seine berühmte Mähne abrasiert hat und am Sonntag mit Stoppelglatze im Stadion auf lief, fragte die Friseuragentur KNA am Montag allen Ernstes: „Verliert er damit seine Macht?“ Und ließ gleich einen historischen Exkurs folgen: „Wie lange Haare zum männlichen Machtsymbol wurden. Vom biblischen Samson zum norwegischen Haaland.“ Uns stellen sich da eher andere Fragen: Hat die KNA noch alle Tassen im Coiffeur-Schrank? Oder: Wird Haaland der neue Infantino? Und was sagt Paul Breitner dazu? Der Alt-Afro-Träger äußerte sich ebenfalls gegenüber der KNA, zwar nicht zur Wikingerdampfwalze von Manchester City, aber über „seine Liebe zu alten Sprachen“. Breitner verblüffte mit der Aussage: „Mit Latein kann man alles werden, auch Fußballer.“ Er habe durch seine Bewunderung für alte Sprachen wie Latein und Griechisch sogar das WM-Finale von 1974 gewonnen: Mit dem „Erkenne dich selbst“, der berühmten Inschrift am Apollotempel von Delphi, habe er den Elfmeter zum 1:1 gegen die Niederlande reingezwiebelt. Anders als Glatze Haaland wurde Vandal Breitner mit langen lateinischen Haaren Weltmeister.



Samsonfoto dpa



Mark-Stefan Tietze

Gassenhauer auf der Kerb

Draußen vor der Haustür tobt gerade wieder unser Stadtteilst, was aber nicht so heißt, sondern „Bernmer Kerb“ grob übersetzt also: Bornheimer Kirmes oder Kirchweih. Es handelt sich dabei keineswegs um eine sakrale Angelegenheit, sonst stünden in unserer Seitenstraße nicht die Toilettenwagen, die Rotkreuzsanitäter und einige Oldtimertraktoren mit den Signets der veranstaltenden Festgesellschaft.

Die sechstägige Veranstaltung hat ihre eigenen uralten Traditionen und ist deshalb so beliebt, dass sich die Hälfte des dörflichen Umlandes sowie die rustikaleren Teile der Stadtbevölkerung zum Kommen genötigt sehen. Alle sympathisierenden Geschäfte und Gaststätten stellen meterhohe Birkenzweige mit roten und weißen Schleifen vor die Türen und es wird ein unglaubliches Gewese um das hiesige Kultgetränk Apfelwein veranstaltet.

Die Hauptsache ist wie immer hierzulande, dass die Leute

auf offener Straße alkoholische Getränke in sich hineinschütten und sich überteuerte Imbissprodukte ins Maul schieben. Dazu erklingen irgendwelche Gassenhauer. Zu den eigenen Traditionen der Kerb zählt jedoch, dass samstags auf dem Festplatz („Kerbplatz“) vor der Johanniskirche mit dem Zwiebelturm („Zwiwwelkerch“) ein Baum aufgestellt wird („Kerbebaum“).

Dorthin zieht am Nachmittag unter großem Hallo ein Festzug der örtlichen Kerbegesellschaften und Karnevalsvereine, johlend begleitet von den Fans aus Viertel und Provinz, und abends spielt eine Cover-Band die größten Hits der Siebziger, Achtziger und Neunziger nach. Dazu werden in rauen Mengen Apfelwein, Bier und Rostbratwürstchen vertilgt.

Abstinenzler genießen im Laufe der Tage ein Kinderfest und einen ökumenischen Gottesdienst. Danach winken aber schon wieder ein Frühschoppen oder ein „Gickelschmiss“ genanntes Ritual, bei dem mit

verbundenen Augen und einem Dreschflegel ein Tontopf zerschlagen werden muss. Wer gewinnt, nimmt einen lebenden Hahn in Empfang. Für gepflegte Langeweile sorgen derweil weitere Bluesrock- und Coverbands.

Die Organisationsteams („Kerbeburschen“ und „-mädsche“) betrinken sich sodann montags in bestimmten Traditionsgaststätten besonders derb. Dienstags wird kurzzeitig ausgenüchtert. Am abschließenden Mittwoch gibt es noch mal ein Riesenstraßenfest mit gleich vier Coverbands. Jetzt besaufen sich alle restlos wild, und am Schluss wird auf dem Festplatz eine Strohuppe („Lisbeth“) vom Kerbebaum genommen und verbrannt.

Durch die Balkontür höre ich soeben einen gecoverten Hit von Nena, dessen Refrain mitgegrölt wird. Vielleicht gehe ich noch mal los, um einen Schoppen zu mir zu nehmen und das Ende hautnah mitzuerleben. Nüchtern kann man das ja gar nicht ertragen.



das wetter

Mit der Post

Beim Schnackfelder Rübenfest hatte Papenburg einen Sack Postleitzahlen gewonnen. Die erste tauschte er gegen einen Schoppen Beigeburgunder um, sodass die Bockfelder ihre Post künftig in Monis Gaststube abholen mussten. Für die Leute im Nachbarort mochte das noch angehen, aber als Papenburg die Kennung eines Münchner Zustellbezirks an Bauer Hunsemann verschenkte, schritten die Behörden ein. Künftig saß nun stets ein Postler in Hunsemanns Schweinstall, um den Sauen die bayrischen Briefe vorzulesen.

gurke des tages

„Heavy-Metal-Fans halten Schmerz länger aus“, growlten die Kuttenträger von KNA gestern. Zuvor hatten Forscher des Max-Planck-Instituts auf dem Wackener Headbangertreffen herausgefunden, dass Metalfreunde die Hände länger in eiskaltes Wasser tauchen können als Vergleichsgruppen. Schmerzpatienten sollen künftig mit lauter Brüllmusik traktiert werden, bislang war diese Rosskur in der Folterfachwelt als „Guantánamo-Methode“ verschrien.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionalteil Nord:
Jan Kahleke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tele: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Becker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



Kein Fahrschein, kein Anwalt, kein Döner

Als letztes Bundesland hat nun auch Berlin die Bezahlkarte eingeführt. Bei einer Tauschbörse berichten Betroffene von einer Maßnahme, die sie ausgrenzt

Von **Gabrielle Meton**

Am Ende des Nachmittags bildet sich auf dem Gelände des kulturellen Zentrums in Friedrichshain eine Schlange von fünfzehn Personen vor einem Holztisch – der genaue Ort soll aus Angst vor rassistischer Gegenwehr nicht genannt werden. Auf einem weißen Schild, das an dem Tisch hängt, steht „Vouchers exchange“. „Hier ist die Bezahlkartenzentrale“, scherzt Jacques aus der Warteschlange.

Jede Woche treffen sich auf diesem Gelände sowie an zwei weiteren Tauschorten in Berlin Freiwillige der Initiative Nein zur Bezahlkarte und Asylsuchende zum Gutscheintausch. Neben Jacques

„Natürlich fühlt man sich durch diese Bezahlkarte ausgegrenzt und schutzlos“

Lily, Geflüchtete

steht Caroline* mit Supermarktgutscheinen in der Hand. Einmal im Monat kommt sie hierher, um die mit ihrer Bezahlkarte gekauften Gutscheine gegen Bargeld einzutauschen. „Mit dieser Kreditkarte kann ich sonst nicht genug Geld für den Monat abheben“, erklärt sie.

Mitte August hat Berlin als letztes Bundesland die Bezahlkarte eingeführt. Drei Jahre zuvor hatten sich die Bundesländer darauf geeinigt, Asylbewerbenden ihre Sozialleistungen künftig monatlich über eine Prepaidkarte statt in bar auszuzahlen. Anders als in anderen Bundesländern sollen in Berlin aber nur Neuangekommene in den ersten sechs Monaten die Karte nutzen müssen. In diesem Zeitraum können die Betroffenen monatlich bloß 50 Euro abheben. Überweisungen sind auf eine bestimmte Liste autorisierter Empfänger beschränkt. Onlineeinkäufe sollen hingegen möglich sein.

In Berlin könnten davon etwa 1.000 Menschen pro Monat betroffen sein, so die Schätzung. „Die Bezahlkarte ist einfach nur schlecht“, sagt Jacques. Vor fünf Jahren kam er aus Yaoundé in Kamerun nach Deutschland. Seit drei Jahren wohnt er in Brandenburg, wo die Karte bereits im vorigen Jahr eingeführt wurde – sodass er schon einige Er-



fahrungen damit hat. „Man kann damit nichts machen: keine Überweisung an einen Anwalt, kein Zugticket bezahlen, nicht auf den Markt oder zum Döner gehen – die nehmen nur Bargeld“, erklärt er.

Mittlerweile hat Jacques keine Bezahlkarte mehr, sondern ein Bankkonto und einen Teilzeitjob. Die Gutscheine, die er heute tauschen möchte, sind für seinen Cousin, der weiter entfernt in Brandenburg lebt. „Weil es so schwer ist, helfe ich aus, so gut ich kann. Und ich erzähle allen, die ich kenne, von diesem Gutscheintauschsystem“, sagt Jacques.

„Es ist Monatsende, wir haben mehr Bargeld zu tauschen als sonst“, sagt Devin, der an diesem Tag an der Kasse sitzt, als Jacques bei ihm ankommt. Auf dem Tisch am Stand der Initiative Nein zur Bezahlkarte stapeln sich bunte Hüllen – eine für jeden Supermarkt, bei dem die Gutscheine gekauft wurden. Das Bar-

geld aus der „Kasse“ – einer kleinen weißen Metallbox auf dem Tisch – erhält die Initiative von Menschen, die ihre Einkäufe mit den von den Betroffenen mitgebrachten Gutscheinen bezahlen. „Zu Monatsbeginn haben wir manchmal schon nach einer Stunde kein Geld mehr zum Tauschen“, berichtet Devin. Oft sei der Bedarf an Gutscheintausch größer als die Menge an Bargeld, das solidarische Menschen zur Verfügung stellen.

„Wenn kein*e Freund*in für mich Geld abheben kann und ich meine Gutscheine nicht tauschen kann, muss ich den Rest des Monats ohne Bargeld auskommen“, erzählt Lily*. Seit dem Ende ihrer Ausbildung im Februar 2026 ist sie auf die Bezahlkarte angewiesen. Die junge Frau ist schwanger und muss manchmal dreimal im Monat von Hennigsdorf nach Berlin fahren, um ihre Gutscheine gegen Bargeld einzutauschen.

Sie beschreibt die Situation als „belastend“ und „ermüdend“, insbesondere bei der Suche nach Babyartikeln, da sie mit ihrer Brandenburger Bezahlkarte keinen Zugang zu Onlineshops und Secondhandangeboten hat. „Natürlich fühlt man sich durch diese Bezahlkarte ausgegrenzt und schutzlos“, sagt Lily. „Es gibt schon so viele Regeln Asylsuchenden gegenüber ... man fühlt sich überhaupt nicht berücksichtigt“, fügt sie hinzu.

Offiziell wurde die Bezahlkarte eingeführt, um unter anderem Geldüberweisungen ins Ausland zu begrenzen, Anreize für Migration zu reduzieren und die Verwaltung zu entlasten. „Es gibt keine wissenschaftliche Forschung, die belegt, dass die Form oder die Höhe der Leistungen einen Einfluss auf Migration hat“, sagt Alexandra Keiner, Soziologin am Weizenbaum-Institut. In Bezug auf Geldüberweisungen ins Ausland sieht sie „ein popu-

listisches Ziel“. Laut einer DIW-Studie aus dem Jahr 2024 überweisen nur sieben Prozent der Geflüchteten Geld ins Ausland.

Alexandra Keiner plädiert stattdessen dafür, die Sozialleistungen an Asylsuchende auf ein Bankkonto zu überweisen, wie es während der Coronazeit ermöglicht worden war. „Ein Konto zu haben und Geld darauf überwiesen zu bekommen, würde die Verwaltung entlasten und finanzielle Selbstbestimmung ermöglichen“, sagt Keiner.

Lily sagt, sie wünsche sich nur ein normales Leben in Deutschland. Von Sozialhilfe möchte sie nicht leben. „Ich wünsche mir, dass die Leute verstehen, dass wir arbeiten, selbstständig leben, die Sprache lernen und unsere Kinder in der Schule anmelden wollen. Aber dafür müssen wir auch Rechte haben. Und alles ist für uns schwierig oder wird uns erschwert.“

*Namen von der Redaktion geändert

Abschlussdemo vom Scirocco-Festival ohne Grenzen und für Bewegungsfreiheit im August in Berlin
Foto: Volodymyr Sindieiev/picture alliance



Brigitte Werneburg
Berliner Galerien

Die Begegnung von Original und Bild

Fotografie erzählt Skulptur: Die Ausstellung im Bode-Museum hätte Constantin Brancusi gefallen. Wie in der jüngsten Schau der Neuen Nationalgalerie zu erfahren, war dem rumänisch-französischen Bildhauer der Moderne Brancusi bewusst, dass Fotografien ihre ganz eigenen Geschichten von Skulpturen schreiben – deshalb nutzte er selbst schon ganz

früh Film und Fotografie, um sein bildhauerisches Konzept zu seinen Bedingungen zu verdeutlichen und reproduktiv zu vermitteln.

Tatsächlich kennen wir die meisten Skulpturen nicht aus Museen, sondern von Bildern, wie die Schau im Bode-Museum zeigt. Und dabei ist eine der zentralen, gleichzeitig wenig thematisierten Erfahrungen, dass wir keine Ahnung von der Größe des Objekts haben. Der Einstieg in das Thema über die Vitrine mit der kleinen Schachfigur aus Elfenbein, die die Königin auf ihrem Thron zeigt, ist also goldrichtig. Zumal sich der Fotograf recht eigenwillig auf diesen virtuos ausgearbeiteten Thron konzentriert hat, der in der groß gedruckten Aufnahme als monumentales Prachtwerk erscheint. Die Königin ist nur an ihrer Krone sichtbar, die die massive Rückenlehne überragt.

Und dann verstärkt sich in André Malraux' „Imaginärem Museum“, das uns die Fotografie zur Verfügung stellt, ein Problem, das auch

schon eines des realen Museums ist: Das Kunstwerk tritt nicht in seinem ursprünglichen Kontext in Erscheinung. Ursprünglich in Nischen stehend, sind die Skulpturen nun in der Raummitte platziert oder es werden Reliefs aus großer Höhe auf Augenhöhe heruntergeholt – so wie das Lesepult mit Giovanni Pisanos Engelspietà (1245/48-1318)

Ursprünglich in Nischen stehend, sind die Skulpturen nun in der Raummitte platziert

von der mittelalterlichen Kanzel im Dom von Pisa. Fotografien können und sollen zwar gerade im Kontext einer so berühmten Skulpturensammlung wie der des Bode-Museums dokumentarischen Zwecken dienen. Wie die Gegenüberstellung von Original und Bild anhand von acht Skulpturen aus unterschiedlichen Materialien

vom 11. bis zum 17. Jahrhundert und ihren Aufnahmen aus dem Bildarchiv des Museums jedoch zeigt, sind sie vor allem eigenständige Interpretationen.

Dieser Gesichtspunkt steht denn auch im Zentrum der Ausstellung. Deshalb kommt die Sprache auf die Fotograf:innen wie die im Bauhaus-Umfeld aktive Ilse Schneider-Lengyel oder den Amerikaner Clarence Kennedy. Seine Nähe zum Neuen Sehen macht seine vor 1928 entstandene Großaufnahme der „Prinzessin von Urbino“ (2. Hälfte des 15. Jahrhunderts) deutlich. Mika Wißkirchen, seit 2025 Hausfotograf, betrachtet sie 2026 deutlich distanzierter, aber nicht weniger interessiert.

Ein Problem hat diese tadellose, innovative Kabinett-Ausstellung dann doch: Sie ist nur sehr schwer zu finden. Typisch für Berlin gibt es keine Hinweise auf dem Weg dahin. Das wäre den Besucher:innen gegenüber dann doch ein zu großes Entgegenkommen. Beim Raum 218 ist man dann richtig.

Täterarbeit im Probebetrieb

Während Berlin ein neues Frauenhaus eröffnet, schlagen Träger aus der Täterarbeit Alarm. Sie fordern mehr Ressourcen für ihre Arbeit

Von **Uta Schleiermacher**

Berlin eröffnet ein weiteres Frauenhaus mit 16 Familienplätzen. Wie die Senatsverwaltung für Soziales mitteilt, können von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder in das 10. Frauenhaus mit insgesamt 46 Betten einziehen. Träger der Einrichtung ist die Berliner Stadtmission. Damit verfügt Berlin nun über 419 Familienplätze mit 921 Betten in Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen. Ein 11. Frauenhaus soll im September eröffnen. „Gewalt gegen Frauen lassen wir nicht zu in unserer Stadt“, erklärt Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) zur Eröffnung. Betroffene müssten schnell und verlässlich Schutz und Unterstützung erhalten.

Doch gleichzeitig schlagen die Einrichtungen für Täterarbeit zur Prävention von häuslicher Gewalt und Stalking Alarm: „Trotz steigender Fallzahlen häuslicher Gewalt fehlt es weiterhin an einer verlässlichen Finanzierung der Täterarbeit“, so die Volkssolidarität und die Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen (BIG e. V.) in einer Mitteilung. „2025 hat die Polizei in Berlin 20.160 Opfer partnerschaftlicher und familiärer Gewalt registriert, mehr als 70 Prozent davon sind Frauen“, schreiben sie. Auch die Zahl der angezeigten Stalkingfälle sei mit 2.100 auf einem Höchststand.

Sie fordern mehr Mittel, denn nur zwei Träger bieten überhaupt Täterarbeit bei häuslicher Gewalt an – die Volkssolidarität mit ihrer Beratung für Männer gegen Gewalt und das Berliner Zentrum für Gewaltprävention mit seinem Beratungszentrum. Außerdem berät ein Träger bei Stalkingfällen. Die Nachfrage sei massiv gestiegen und gewaltausübende Personen müssten derzeit oft drei bis sechs Monate auf einen Platz warten.

„Täterarbeit ist ein zentraler Bestandteil des Gewaltschutzes“, heißt es weiter. „Sie setzt direkt bei denjenigen an, die Gewalt ausüben, und trägt dazu bei, weitere Gewalt zu verhindern.“ Die Einrichtungen fordern den Senat daher auf, „Täterarbeit als unverzichtbaren Baustein des Gewaltschutzes anzuerkennen und dauerhaft ausreichend zu finanzieren“.

Die Anforderungen würden durch neue gesetzliche Vorgaben noch steigen, denn mit dem neuen Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (Asog) soll die Polizei die Daten von Tätern zukünftig proaktiv an Beratungsstellen weitergeben dürfen und sie sogar anweisen können, an einem Programm teilzunehmen. „Ohne zusätzliche Ressourcen droht das Berliner Unterstützungssystem zu kollabieren“, heißt es von Volkssolidarität und BIG e. V. dazu. Unklar sei auch, was passiert, wenn Täter sich im Clearing als uneinsichtig erweisen.

Die Servicestelle Wegweiser, die aktuell in der Pilotphase das Clearing übernimmt, fordert eine verpflichtende Gewaltpräventionsberatung, wenn die Polizei einen Täter aus der Wohnung verweist – und auch verlässliche Finanzierung sowie konsequente Umsetzung der Asog-Vorgaben. Der proaktive Ansatz in der Täterarbeit werde derzeit im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt, bestätigt die Innenverwaltung.

Thomas Lindlmair (3. v.l.) ist als Diskutant spontan eingesprungen
Foto: Sebastian Wells/Ostkreuz



Frust-Dating mit Sozialpolitiker*innen

Kann Austausch mit Politiker*innen auf Augenhöhe gelingen? Im Nachbarschaftshaus Urbanstraße versucht man es im Speed-Dating-Format

Von **Laura Mies**

Lars Düsterhöft, Sprecher für Soziales der SPD, zieht erstaunt seine Augenbrauen nach oben, als er von der Schlafsituation einer obdachlosen Frau hört. „Einer Freundin von mir wurde im Schlaf der Schlafsack weggezogen“, erzählt Uwe Mertens von der Union für Obdachlosenrechte (UFO).

Am Tisch sitzt Düsterhöft mit noch etwa einem Dutzend anderer Personen. Sie wollen hier im Nachbarschaftshaus Urbanstraße ins direkte Gespräch mit Politiker*innen kommen, um konkrete sozialpolitische Forderungen zu äußern. Die Stimmung an den insgesamt vier Tischen ist interessiert und doch auch angespannt.

Seit 2011 wird das Format „Wir kommen wählen!“ von der Landesarmutskonferenz Berlin vor allen Wahlen durchgeführt, so

auch jetzt zur Berlin-Wahl. In das Nachbarschaftshaus eingeladen haben dazu der Arbeitskreis für Wohnungsnot und die UFO. Für jeweils 20 Minuten gehen vier Politiker*innen mit Menschen, die entweder selbst Erfahrung mit Wohnungslosigkeit haben oder Fachpersonen der Wohnungsnotfallhilfe sind, im Speed-Dating-Format in Austausch.

Uwe Mertens engagiert sich seit ein paar Jahren in der Hitze- und Kältehilfe in Berlin. Vom SPD-Politiker Düsterhöft fordert er eine ganzjährige Finanzierung des Projekts, das immer mehr Zulauf bekomme. „Uns ist bewusst, dass die derzeitige Förderung nicht ausreicht“, sagt Düsterhöft. Obdachlosigkeit sei in der Politik außerdem schon lange kein Randthema mehr. Eine Vertreterin des Vereins Unterschlupf, ein Tagestreff für Frauen in Obdachlosigkeit,

unterbricht ihn: „Wieso bekommen wir dann nicht genug Unterstützung?“

Mit Düsterhöft sind Taylan Kurt von den Grünen und Katina Schubert von den Linken am Montagmorgen von Tisch zu Tisch unterwegs. Weil Max Kindler, Bezirksstadtrat der CDU, nicht pünktlich erscheint, springt spontan ein Besucher für ihn ein: Thomas Lindlmair, selbst mal von Obdachlosigkeit betroffen gewesen, kandidiert jetzt in Neukölln als Einzelbewerber.

Damit ist er einer der wenigen Anwesenden, die tatsächlich selbst von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen sind oder waren. Die meisten Personen, die sich auf den kritischen Austausch mit den Politiker*innen einlassen, sind Sozialarbeiter*innen. „Vermutlich ist es nicht ganz die richtige Uhrzeit für die Betroffe-

nen“, sagt eine Sozialarbeiterin von Housing First für Frauen in Berlin. Sie ist mit Kolleg*innen hier, um ihre sozialpolitischen Forderungen an die zu richten, die sie nach den Wahlen umsetzen sollen.

Zwangsräumungen, Mietschulden oder Vergesellschaftung des Wohnungsraums: All das sind Themen, die an den Tischen diskutiert werden. Es geht auch um Versprechen, die schon zu oft gebrochen worden sind. An den Tischen hängt spürbarer Frust in der Luft, doch die Politiker*innen sind sichtlich vertraut mit der angespannten Stimmung der Wähler*innen.

Taylan Kurt lehnt sich entspannt im Stuhl zurück, während er den teils frustrierten Besucher*innen zuhört. Seine Antworten wirken, als hätte er sie schon oft erzählt. Einer seiner Kernpunkte: Die Menschen, die es wollen, müssen von der Straße geholt werden. Ebenso entspannt verteidigt Katina Schubert ihre „demokratisch sozialistischen“ Argumente.

Doch der Dialog ist nicht immer einfach, gerade in der Kürze der Zeit. Zwischendurch sind immer wieder laute Rufe mit bayrischem Einschlag zu hören, wenn Thomas Lindlmair energisch seine Forderungen kundtut: „Die billigste Lösung für den Staat ist es, wenn ein Mensch seine Wohnung gar nicht erst verliert“, sagt er. Doch bevor es zur konstruktiven inhaltlichen Debatte geht, ist die Zeit meist schon wieder vorbei.

Am Tisch, an dem Düsterhöft gerade sitzt, entfacht eine hitzige Diskussion über Wohnrecht. Die Sozialarbeiter*innen, mit denen er spricht, bleiben irritiert zurück. Ob dem Politiker die Diversität von Wohnungslosigkeit bewusst sei, dass sich nicht jede*r einfach eine neue Bleibe suchen könne, bleibt für sie unbeantwortet. Am Ende der Veranstaltung geht er nochmal auf die Frauen zu, überreicht ihnen versöhnlich einen Blumenstrauß, den er zuvor selbst als Dank geschenkt bekommen hat. Sie tauschen sich noch einige Minuten lang aus, auf einen gemeinsamen Punkt werden sie trotzdem nicht mehr kommen.

Klicken, bis die Wahl kommt

Der Wahl-O-Mat zur Berlin-Wahl ist am Montag online gegangen – nur leider ohne Übersetzung. Besser macht es der „Party Check“ der Uni Potsdam

Von **Jonas Wahmkow**

Welche Partei würde Steffen Krach wählen? Die Antwort des Wahl-O-Maten ist eindeutig. „98,9 Prozent SPD“, verkündet der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten freudig und schiebt erklärend hinterher: „Man muss ja nicht immer hundert Prozent mit seiner Partei einer Meinung sein.“

Zum offiziellen Start des Wahl-O-Maten am Montag hatte die Landeszentrale für politische Bildung sämtliche Spitzenkandidaten eingeladen, um das Tool zu testen. Bis auf Stefan Evers, der sich durch Berlins CDU-Generalsekretär Lukas Krieger vertreten ließ, sind alle der Einladung gefolgt.

Der Wahl-O-Mat ist als niedrigschwellige Entscheidungshilfe für Landtags- und Bundestagswahlen fest etabliert. Die anstehende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 20. September ist da keine Ausnahme. Nutzer:innen können ihre Zustimmung zu 38 Thesen aus verschiedenen Themenbereichen angeben. Am Ende errechnet die Anwendung, mit welcher

Partei sie am meisten übereinstimmen.

„Es ist ein sehr massentaugliches Tool“, sagt Projektleiterin Melike Cina. Bei der Berlin-Wahl 2021 habe es über eine Million Nutzungsanfragen gegeben. Das Erfolgsrezept des Wahl-O-Maten sei, die Wahlprogramme der Parteien auf ihre Unterschiede zu reduzieren und die Positionen spielerisch zu vermitteln. „Ganz einfach gesagt: Er macht Spaß“, sagt Cina. Das wisse man aus Evaluationen des Tools.

Entstanden sind die Thesen in einem dreitägigen Workshop mit 20 Berliner Jugendlichen aus allen Stadtteilen. Unterstützt wurden sie von Expert:innen und der Uni Düsseldorf. Ausschlaggebend für das Ergebnis sind die Stellungnahmen der einzelnen Parteien. Neben den Antwortoptionen „Stimme zu / Neutral / Stimme nicht zu“ konnten die Parteien zu jeder Frage einen kleinen Erklärungstext mitschicken.

Die Erfahrung, dass bei aller Niedrigschwelligkeit auch etwas Komplexität verloren geht, musste auch der Grünen-Spitzenkandidat Werner Graf machen. „Die Frage nach der

Grundwasserversorgung Berlins ist gar nicht vorgekommen, das finde ich ein bisschen schade.“ Wegen des Endes des Braunkohletagebaus in der Lausitz müsse sich Berlin in den kommenden fünf Jahren dringend Gedanken machen, wie ausreichend Grundwasser gewonnen werden kann. Ein Problem, das im Wahlkampf bislang kaum Thema sei.

Auch eine weitere Schwachstelle des Wahl-O-Maten wurde dieses Jahr nicht behoben: Eine englische oder türkische Übersetzung fehlt, ebenso eine Version in leichter Sprache. „Wenn die Thesen übersetzt werden, verändert sich auch ihre Konnotation“, erklärt Cina. Dadurch würde sich auch das Antwortverhalten der Nutzer:innen verändern. Auch könnten die Erklärtexte der Parteien nicht einfach ohne Genehmigung der Parteien übersetzt werden. Zeit für eine weitere Rückkopplungsrunde gebe es nicht.

Allerdings gibt es mittlerweile eine ganze Reihe ergänzender Angebote, die unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte setzen oder andere methodi-

sche Herangehensweisen verfolgen. Der schon vor einigen Wochen online gegangene „Sozial-O-Mat“ der Diakonie fokussiert sich auf soziale Fragestellungen. Und der „Real-O-Mat“ des Vereins Frag den Staat nutzt statt der Selbsteinschätzung das Abstimmungsverhalten der Parteien als Grundlage für die Antworten.

Den „Party-Check“, ein Projekt der Uni Potsdam, gibt es auch auf Englisch und Türkisch. Hier basieren die Antworten ebenfalls nicht auf den Selbstangaben der Parteien, sondern auf der Einschätzung von Politikwissenschaftler:innen.

Der „Kandidierendencheck“ des Portals Abgeordnetenwatch wiederum will ein Wahl-O-Mat für die Erststimme sein. Nach Angabe der Postleitzahl lassen sich hier die Positionen der Direktkandidaten unter die Lupe nehmen. Doch der Verein klagt unter mangelnder Mitwirkung: Nur 70 Prozent der Kandidierenden hätten bisher Stellung bezogen, teilt Abgeordnetenwatch am Montag mit. Besonders faul sei die CDU: Nur 45 Prozent der Direktkandidaten hätten sich bislang positioniert.

Anzeige

Pop-Kultur Festival

Silent Green
Festsaal Kreuzberg
Kulturbrauerei
Pierre Boulez Saal
→ pop-kultur.berlin

24.8.—30.8.2026

Von Lilly Schröder

Recorded Music ist kaputt“. Dieses vernichtende Urteil fällt Christof Ellinghaus, Gründer des Musiklabels City Slang, vergangenes Jahr auf dem Pop-Kultur Festival. In der Musikindustrie ging die Diagnose viral. „Damit hat er den Nerv der Zeit getroffen“, sagt Festival-dramaturg Christian Morin ein Jahr später. Er trägt ein weißes Hemd, an seinem Handgelenk glitzert ein Brillanten-Armband. Hinter ihm öffnet ein Rundbogenfenster den Blick in den grünen Innenhof des Kulturquartiers Silent Green, in dem das diesjährige Pop-Kultur Festival stattfindet.

Warum Recorded Music kaputt ist, wie sie zu retten ist und welche Zukunft die Popkultur hat, darüber wird vom 24. bis 30. August in der elften Ausgabe des Festivals diskutiert. Tagsüber geben Künstler*innen, Produzent*innen und Manager*innen Popkulturwork-

„Viele unterschätzen, wie wichtig Kulturpolitik ist. Außer leider die AfD. Die hat ganz genau verstanden, was sie mit Kulturpolitik beeinflussen kann“

Rike van Kleef

shops, die sich vor allem an junge Talente richten. Abends gibt es Diskussionsformate, Live-Konzerte und DJ-Sets in der ganzen Stadt, unter anderem in der Kulturbrauerei, dem Festsaal Kreuzberg, dem Sinema Transtopia oder der Panke Culture.

„Das Programm ist eine Mischung aus Unterhaltung, Musik-Nerdtalks und politisch sozial-relevanten Themen“, sagt Morin. Die Berliner Hyperpop-Künstlerin Maryibu widmet sich etwa der Debatte um explizite Popkultur, Volksbühnen-Intendant Matthias Lilienthal geht der Frage nach, wie eine verlässliche Kulturpolitik aussehen kann, die den Dialog mit der freien Szene und den Kulturinstitutionen wieder stärkt. „Die Frage, die sich wie ein roter Faden durch alle Talks zieht, ist: Kann ich als Künstler*in irgendwie von dem leben, was ich mache?“, sagt Morin.

Der Anspruch: zeigen, wie Popkultur Gesellschaft prägt. „Popkultu-

relle Trends reflektieren die Gesellschaft und bieten ein hohes Identifikationspotenzial für Menschen“, so der Festival-dramaturg. „Oft zeigen diese Trends und wer dort repräsentiert wird, auch, wohin sich die Gesellschaft entwickelt.“ Daher sei auch entscheidend, ob sich Taylor Swift für oder gegen Donald Trump positioniert oder welche Botschaften Bad Bunny in der Halftime Show des Super Bowl vermittelt.

Rike van Kleef teilt diese Einschätzung: „Es gibt eine starke Wechselwirkung zwischen Kultur und Gesellschaft“, sagt die Journalistin und Autorin. Dass etwa Misogynie wieder salonfähiger werde, beeinflusse auch die Kultur. Am Dienstagabend diskutiert van Kleef auf dem Panel „Candy Girls & Billige Plätze“ mit Sonja Eismann darüber, wer in der Popkultur Sichtbarkeit bekommt. Eismann ist Autorin von „Candy Girls“, van Kleef hat 2025 das Buch „Billige Plätze – Gender, Macht und Diskriminierung in der Musikbranche“ veröffentlicht. Darin untersucht sie strukturelle Benachteiligung, Sexismus und Machtmissbrauch in der Live- und Festivalindustrie.

„Während ich das Buch geschrieben hatte, dachte ich kurz, das Thema überholt mich“, sagt sie. „Ein Jahr nach Erscheinen habe ich den Eindruck, dass wir uns wieder stark rückläufig bewegen.“ Die Zahlen geben ihr recht: 2026 sind die Festival-Line-ups überwiegend männlich besetzt, bei Rock am Ring lag der Anteil der Flinta*-Acts nicht einmal bei fünf Prozent. Laut einer aktuellen Studie der Gewerkschaft Verdi steigt der Gender Pay Gap bei freiberuflichen Musiker*innen: 2023 betrug er noch 22 Prozent, 2026 waren es bereits 27. Bei Unternehmen wie Universal Music beträgt der Gender Pay Gap sogar 48 Prozent. Ein weiteres Problem: „Es gibt immer weniger Zahlen, die das sichtbar machen“, sagt van Kleef. Das Netzwerk female pressure müsse etwa ihre regelmäßigen Datenerhebungen zur Geschlechterverteilung von Künstler*innen auf Musikfestivals wegen fehlender Finanzierung einstellen.

Auch andere Strukturen geraten unter Druck: „Viele Clubs und Festivals, die bislang queeren Menschen, Flinta* und People of Color eine Bühne geboten haben, müssen aus finanziellen Gründen schließen“, sagt van Kleef. Gleichzeitig würden große Unternehmen vor allem das fördern, was auf Tiktok gut funktioniert. „Und der Algorithmus ist nicht darauf ausgelegt, differenzierte, diverse und demokratiefördernde Perspektiven zu pushen.“

Es habe ein kurzes Zeitfenster gegeben, in dem öffentlicher Druck tatsäch-



Pop-Kultur Festival 2025 mit female power: The Underground Youth Foto: Marie Lehmann/mariellemilia

Pop hat Power

Popkultur spiegelt die Gesellschaft. Beim Pop-Kultur Festival geht es um rechte Kulturpolitik, Gender Pay Gap und die politische Macht von Fangruppen

lich etwas verändert habe, so die Kulturarbeiterin: Veranstalter hätten ihre Line-ups angepasst und Flinta* bessere Hygiene- und Sicherheitsinfrastruktur bekommen. „Es gab mehr Unterstützung und Verantwortungsübernahme, Machtstrukturen haben sich verschoben“, so van Kleef. Dann habe sich dieses Fenster wieder geschlossen. Viele würden denken: Es gibt ja Charli XCX, Taylor Swift, Nina Chuba und Ikimel. „Dabei verkennen sie aber, dass Männer anders gefördert werden, auf der Bühne überrepräsentiert sind und mehr verdienen.“

Stattdessen kursiere die Vorstellung, dass Frauen alles hinterhergeschmissen werde. Finch, der erfolgreichste deutsche Rapper im Livegeschäft, sagte zuletzt in einem Interview, dass es aktuell für weibliche Künstlerinnen „definitiv“ leichter sei, auf Festivals gebucht zu werden, da diese eine Quote erfüllen müssten. In den Kommentarspalten unter dem Video hagelt es Zuspruch: „Den Tittenbonus besaßen sie schon immer“ oder „Frauen haben es allgemein leichter“. Van Kleef hält dagegen: „Das ist absoluter Quatsch. Es ist eine Ausrede von cis-Männern, die Frauen paternalisieren, weil ihre Machtposition angegriffen wird.“

Dass Diskriminierung in der Musikbranche an Aufmerksamkeit verliert, führt die Autorin auf mehrere Entwicklungen zurück: Linke und progressive Gruppen seien – verständlicherweise – mit dem Erstarken der Rechten beschäftigt, für Safer Spaces fehle das Geld, gleichzeitig gebe es einen gesellschaftlichen Rechtsruck und Meinungsmache von rechts. „Viele unterschätzen, wie wichtig Kulturpolitik ist“, sagt van Kleef. „Außer leider die AfD. Die hat ganz genau verstanden, was sie mit Kulturpolitik beeinflussen kann.“ In Sachsen-Anhalt fordert die rechtsextreme Partei, Kulturförderung daran zu knüpfen, ob Einrichtungen die „deutsche Kultur und Identität“ unterstützen. Für van Kleef steht fest: „Künstler*innen wie Ikimel würde die AfD sicher nicht als Speerspitze deutscher Identität fördern.“

Im Panel „Female Fandom“ geht es am Freitag um das Potenzial von Flinta*-Fankulturen. „Female Fandom wurde immer belächelt, aber darin steckt eine enorme ökonomische und gesellschaftspolitische Kraft“, sagt van Kleef. Weibliche Fans gäben zunehmend mehr Geld für Konzerte und Fan-Artikel aus als ihre männlichen Pendants. „Außerdem sind sie organisierte

Trendsetterinnen, die einen starken Einfluss auf die Gesellschaft haben.“ Taylor-Swift-Fans, sogenannte Swifties, machten gegen Donald Trump mobil, Fans von Olivia Rodrigo protestierten gegen das sogenannte Dynamic Pricing von Live Nation: Der Mutterkonzern des Ticketanbieters Ticketmaster hatte die Preise abhängig von der Nachfrage angepasst, wodurch sie unermesslich in die Höhe schossen.

Für van Kleef liegt darin eine bislang unterschätzte politische Kraft: Netzwerke, die durch Liebe zur Musik entstanden sind, müssten genutzt werden, um gesellschaftlichen Wandel anzustoßen. Das Popkulturfestival möchte einen Anfang machen. „Wir haben große Anstrengungen unternommen, möglichst viele spannende Kooperationen auf die Beine zu stellen“, sagt Festival-dramaturg Christian Morin. Erstmals kooperiert das Festival mit der re:publica, dem Pierre Boulez Saal, dem Berliner Ensemble und dem Kino Arsenal. „Das hat neben einem praktischen auch einen hohen symbolischen Wert, weil die Kultur von unterschiedlichen Seiten angegriffen wird“, sagt Morin. Seine Konsequenz: „Wir müssen mehr zusammenhalten und aufeinander achten.“

Anzeige

NACH-SPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer

taz **FUTURZWEI**

Magazin für Zukunft und Politik

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



JETZT ABONNIEREN!
Vier Ausgaben für 38 €
tazfuturzwei.de/abo

LUISA NEUBAUER
WAS WÄRE, WENN WIR MUTIG SIND?

mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer



„Habeck hilf uns“: Demo für die Energie-wende in Hamburg
Foto: Georg Wendt/dpa

Habecks Geist weht durch Hamburg

In Deutschland können weiter Gas- und Ölheizungen verbaut werden. In ganz Deutschland? Nein. Das alte Heizungsgesetz der Ampel-Koalition könnte zumindest in der Hansestadt fortleben

Von **André Zuschlag**

Das „Habecksche Heizungsgesetz“ ist abgeschafft, frohlockte noch im Frühjahr der inzwischen zurückgetretene Chef der CDU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn. Doch in Hamburg dürfte das zentrale politische Erbe des früheren grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck weiterleben: Die regierende Koalition aus SPD und Grünen kann ein zentrales Element des früheren sogenannten Heizungsgesetzes ins Landesgesetz aufnehmen, um die städtischen Klimaziele zu erreichen.

Ende Juli ist das sogenannte Gebäudemodernisierungsgesetz in Kraft getreten. Das von der schwarz-roten Bundestagskoalition verabschiedete Gesetz löst das frühere sogenannte Gebäudeenergiegesetz ab. Letzteres – in einer Kampagne der *Bild* als „Heizungshammer“ betitelt – regelte ab 2024 die schrittweise Abkehr von Gas und Öl beim Heizen.

Das nun geltende Gesetz gibt Hauseigentümer:innen wieder die aus klimapolitischer Perspektive kritisch zu sehende Freiheit, „technologieoffen“ heizen zu dürfen – also weiter mit klimaschädlichem Öl und Gas. Dass Deutschland damit bei der Wärmeversorgung von Wohn- und Geschäftshäusern wie anvisiert bis 2045 klimaneutral wird, ist damit nicht möglich.

Seit dem Erfolg des „Zukunftsent-scheids“ im vergangenen Jahr ist Hamburg gesetzlich verpflichtet, sogar schon

bis 2040 die Klimaneutralität zu erreichen. Noch immer stößt Hamburg aber knapp zwölf Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr aus. Allein Privathaushalte erzeugen rund ein Viertel davon, überwiegend durchs Heizen und Warmwasser. Können Hamburger Eigentümer:innen also weiter neue Gas- und Ölheizungen verbauen, wird das Hamburger Klimaziel ebenso unmöglich zu erreichen sein.

Hamburgs Klima- und Umweltsenatorin Katharina Fegebank (Grüne) erklärte jüngst im Interview mit dem *Hamburger Abendblatt*, dass „so wie die Weichen im Bund gerade gestellt werden“, die Hamburger Ziele „Stand jetzt“ nicht erreichbar seien. Auf den ersten Blick torpediert ja auch das bundesweit gültige Gebäudemodernisierungsgesetz die für Hamburgs Klimaziele nötige Wärmewende.

Indes: Nicht zuletzt die rot-grüne Hamburger Koalition hatte bei der Entstehung des Bundesgesetzes mit Nachdruck dafür gesorgt, dass eine Hintertür für mehr Klimaschutz offenbleibt – die sogenannte Länderöffnungsklausel.

Diese Klausel im Bundesgesetz besagt, dass die Bundesländer „durch Landesrecht weitergehende Anforderungen an die Erzeugung und Nutzung von Strom oder Wärme sowie Kälte aus erneuerbaren Energien in räumlichem Zusammenhang mit Gebäuden“ stellen können. Hamburg hat nun also die Möglichkeit, durch die eigene Gesetzgebung die Anforderungen beim Heizen wieder hoch zu schrauben –

„

Nun werden Grüne und SPD beraten, wie die Öffnungsklausel für die Länder in Hamburg genutzt werden kann

das „Habecksche Heizungsgesetz“ also auf Landesebene fortleben zu lassen.

Kern dessen ist die sogenannte 65-Prozent-Regel: Wer als Haus- oder Wohnungseigentümer eine neue Heizung anschaffen will, muss nachweisen, dass sie zu mindestens 65 Prozent aus erneuerbaren Energien betrieben wird – reine Gas- oder Ölheizungen hätten dann faktisch keine Zukunft mehr; neben vereinzelten Hybridlösungen würden die allermeisten Eigentümer:innen dann wohl auf die strombetriebene Wärmepumpe umschwenken oder ihre Heizung, wenn möglich, ans städtische Fernwärmenetz anschließen.

Eben das hatte, schon als noch unklar war, ob es die Länderöffnungsklausel ins neue Gesetz schaffen würde, etwa die klimapolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion, Rosa Domm, vorgeschlagen: „In dem Fall können wir uns vorstellen, dass der Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien künftig im Rahmen des Hamburger Klimaschutzgesetzes geregelt wird und damit erhalten bleibt“, sagte sie im Frühjahr der taz.

Wird dieser Reformschritt also bereits in die Wege geleitet? Bei der Grünen-Fraktion heißt es auf Nachfrage, dass nun mit der SPD beraten werde, wie die sogenannte Länderöffnungsklausel in Hamburg genutzt werden kann. Auf Seiten der SPD wird das bestätigt – und bekräftigt, dass zu diesem Vorhaben „grundsätzlich Bereitschaft besteht“, sagt ein Sprecher. Auch in Fegebanks Klima- und Umweltbehörde wird derzeit geprüft, was durch die Länderöffnungsklausel konkret in Hamburg möglich ist, heißt es auf Nachfrage.

Sollte die 65-Prozent-Regel zügig kommen, stünde Hamburg beim Erreichen der Wärmewende perspektivisch ganz ordentlich dar: Nachdem die Stadt im Juni ihre kommunale Wärmeplanung abgeschlossen hatte, mit der alle Eigentümer:innen nun wissen, ob sie ihre Heizung ans kommunale – und mittelfristig klimaneutrale – Fernwärmenetz anschließen können, wäre mit einem flankierenden Hamburger Heizungsgesetz der Korridor hin zum klimaneutralen Heizen abgesteckt.



Hamburgs Klimaziele

Seit dem erfolgreichen „Zukunftsent-scheid“ im vergangenen Jahr muss Hamburg schon bis 2040 klimaneutral sein. Der rot-grüne Senat äußert sich skeptisch – vor allem, weil die Bundespolitik bremst. Ist da was dran? Und was wäre dennoch möglich? Diesen Fragen gehen wir in einer Serie nach, die in loser Folge bis zum einjährigen Jubiläum des Zukunftsent-scheids am 12. Oktober erscheint.

Die Schulden der Anderen

Bremen verfehlt im Haushalt 2026 seine Pflichten, sagt der Stabilitätsrat. Stimmt nicht, findet der Finanzsenator: Andere Bundesländer machten doch auch Schulden

Von **Lotta Drügemöller**

Die Meldung von Mitte August klang nicht gut für das stark überschuldete Bremen: Der Stabilitätsrat hatte dem kleinen Bundesland bescheinigt, dass dessen Doppelhaushalt nicht einhält, was Bremen vorab dem Bund versprochen hatte. Vorher hatte Bremen das Gremium gebeten, den sogenannten Sanierungsplan neu zu berechnen; schließlich erlaubte das Grundgesetz nun ja wieder eine Länderverschuldung.

Doch der Stabilitätsrat lehnte ab: Mit dem Bremer Vorschlag werde das Land wohl nie sein übergeordnetes Ziel erreichen, sich bei den Finanzen wieder unauffällig zwischen den anderen Ländern einzureihen.

Das stark überschuldete Bremen ist angewiesen auf Finanzhilfen des Bundes. Doch um die zu bekommen, muss es einen Sanierungspfad einhalten: Der sah bisher unter anderem vor, dass Bremen jedes Jahr 80 Millionen Euro an Schulden zurückzahlen muss. Der Stabilitätsrat kontrolliert, ob das eingehalten wird – andernfalls kann im Folgejahr die Sanierungshilfe über 400 Millionen Euro einbehalten werden.

Der Sanierungsplan soll dazu beitragen, dass das überschuldete Bremen langsam-langsam seine überbordenden Schulden loswird.

Nicht nur die Schulden sollen sinken. Vor allem vier Kennziffern schaut sich der Stabilitätsrat an. Bisher sehen die schlimm aus für Bremen, schwindelig kann einem werden. Berüchtigt ist der Schuldenstand pro Einwohner*in: 34.596 Euro waren das pro Kopf etwa im Dezember 2024 – im Schnitt aller Bundesländer betrugen die Länderschulden dagegen nur 7.493 Euro für jede Bürgerin und jeden Bürger.

Weil es unrealistisch erscheint, dass Bremen bei dieser Summe absehbar auf Normalkurs kommt, sind zwei andere Kennziffern wichtiger: Zum einen die Kreditfinanzierungsquote (wie viel Prozent des Haushalts werden über Kredite finanziert), zum anderen der Finanzierungssaldo je Einwohner*in. 2024 wurden im Länderdurchschnitt für jede*n Bürger*in 83 Euro mehr ausgegeben, als eingenommen; in Bremen waren es 892 Euro.

Wie das überhaupt möglich ist, könnte man sich fragen – hat die Schuldenbremse neue Schulden nicht bis vor Kurzem unmöglich gemacht? Doch insbesondere Bremen in den letzten Jahren Möglichkeiten gefunden, um mit verschiedenen Krisen Ausnahmen von der Schuldenbremse zu begründen.

Und zudem, was manchmal untergeht: Auch in der regulären Schuldenbremse gab es schon immer die sogenannte Konjunkturkomponente. In Krisen dürfen Defizite beim Staat entstehen, nur müssen die in der Aufschwungphase wieder ausgeglichen werden. In den vergangenen Krisenjahren wurden Schulden aufgenommen.

Der Zwei-Städte-Staat soll sich dem Durchschnitt der anderen Länder bei den wichtigen Finanzkennziffern erst über die Jahre anpassen: Das dramatisch klingende Finanzierungssaldo pro Bürger*in von 892 Euro war deshalb 2024 sogar noch ok.

Für 2026 sieht das anders aus: Bremen macht demnach noch 664 Euro Miese pro Bürger*in, dürfte laut Plan aber nur noch 366 Euro im Minus liegen. Bis 2027 soll das Land bei dieser Kennziffer auf null Euro kommen, Ausgaben und Einnahmen pro Einwohner*in wären also gleich.

Bremen findet, dass das so nicht mehr stimmen kann. Das

Land hat dem Stabilitätsrat in diesem Frühjahr eine Rechnung vorgelegt, derzufolge es alle Kennwerte in der richtigen Zeit erreicht; nötig sei es dafür nur, die Berechnungsgrundlage für Bremens Pflichten auf neue Füße zu stellen. Schließlich gibt es jetzt im Grundgesetz mit der Strukturkomponente wieder ein Recht der Länder, sich zu verschulden.

Der Evaluationsausschuss, der für den Stabilitätsrat die Zahlen aus Bremen bewerten sollte, sieht ein, dass die Neuregelung der Schuldenbremse Folgen für den Sanierungsplan haben muss: Er rechnet vor, dass Bremen anders als bisher in diesem Jahr Kredite über 211 Millionen Euro aufnehmen darf.

Mit der Strukturkomponente gibt es jetzt im Grundgesetz wieder ein Recht der Länder, sich zu verschulden

Doch der Stabilitätsrat arbeitet dafür weiter mit absoluten Zahlen. Bisher hatte Bremen kein Problem damit, sich an der Schwarzen Null zu orientieren – schließlich galt die grundsätzlich als Vorgabe für alle. Nun aber verschulden sich die Bundesländer wieder stärker – Bremen will deshalb bei der möglichen Kreditsumme am Vergleich der anderen Länder gemessen werden.

Diese Rechnung wäre für den Zwei-Städte-Staat viel vorteilhafter. Wenn alle anderen ordentlich Miese machten, stünde auch Bremen im Vergleich ok da: Nach der Rechnung aus dem Bremer Finanzressort könnten dann alle Kennwerte erreicht werden, sogar ganz im Zeitrahmen bis 2027.

Das Ganze ist so kompliziert, weil unterschiedliche gesetzliche Regelungen aufeinanderstoßen, die sich in Teilen widersprechen. Nach der Sitzung des Haushaltsausschusses am vergangenen Freitag ist jedenfalls auch die Opposition nicht unbedingt auf Krawall gebürstet.

Die CDU hatte vorher Erklärungen des Finanzsenators gefordert – die liegen jetzt vor. Jens Eckhoff, der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, übt zwar weiter Kritik am Haushalt, besonders an den hohen Personalkosten im Öffentlichen Dienst. Im Streit mit dem Stabilitätsrat spricht aber auch er von einer „komplizierten Lage“.

Ganz ohne Einsehen ist auch der Stabilitätsrat nicht: Der bleibt zwar bei der Berechnungsgrundlage hart, stellt aber in Aussicht, dass Bremen für seine aktuellen Pflichten mehr Zeit bekommen könnte: bis 2029. Außerdem will man sich im Herbst noch mal von Bremen überzeugen lassen, dass die aktuellen Zahlen so schlecht gar nicht sind: Ab Oktober liegen nämlich aktuellere Steuerschätzungen vor.

Im vergangenen Jahr waren die Herbstzahlen besser als die aus dem Frühjahr. Bremen gibt sich optimistisch, dass das auch dieses Jahr so ist. Allerdings kann sich das allenfalls auf die Steuereinnahmen beziehen. Bei den Ausgaben hat der Zwei-Städte-Staat dieses Jahr nämlich auf jeden Fall ein Haushaltsproblem.

Durch eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Beamtenbesoldung müssen die Länder ihren Beamten rückwirkend Gehalt nachzahlen: in Bremen 120 Millionen Euro. Für 76 Millionen Euro davon gibt es noch keine Lösung. Irgendwo müssen alle Ressorts bis Jahresende noch einmal Geld einsparen – auch ganz ohne Stress vom Stabilitätsrat.



Jungsfoto dpa

Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie Steuerpolitik die Wählenden triggern kann

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

Steuerungsgerechtigkeit kann politische Systeme destabilisieren. Warnendes Beispiel hierfür ist die Weimarer Republik, zu deren Scheitern die Steuerpolitik beitrug. Die gleiche Gefahr sehen Fritz Reuswig, Beate Küpper und Marco Eden in ihrer Mitte-Studie aus dem Jahr 2025 zu rechtsextremen Einstellungen für die Berliner Republik.

Sie warnen, dass eine ungerechte Lastenverteilung in der gesellschaftlichen Mitte zu einem schleichenden „Demokratiemissstrauen“ führen könnte. Umso problematischer ist, was zwei Kleine Anfragen der Fraktion der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft offenbart haben.

In seinen Antworten räumte der rot-grüne Hamburger Senat ein, dass in der Hansestadt 1,23 Milliarden an Steuern ausstehen. Im ersten Halbjahr 2026 seien nur 9,1 Prozent der Großbetriebe geprüft worden. Schon im Gesamtjahr 2025 war die Prüfquote auf 20 Prozent gesunken. Noch viel geringer fiel die Quote bei den sogenannten „bE-Fällen“ aus, wobei bE für „bedeutende Einkünfte“ steht. Im ersten Halbjahr 2026 lag sie bei 0,92 Prozent. Schon Jahr davor war sie mit 2,9 Prozent äußerst niedrig.

Zu den bedeutenden Einkünften gehören private Einkünfte von mehr als 500.000 Euro im Jahr, verdeckte Gewinnausschüttungen sowie ungewöhnliche Privateinlagen und -entnahmen. Im Fokus stehen also Einkommensmilliarden:innen oder Besitzende großer Devisen- und Immobilienbestände. Es ist die Sphäre, wo Geld Geld und Besitz Besitz bringt.

Dabei gehen dem Staat durch Steuerhinterziehung im großen Stil Einnahmen verloren. Der Bundesrechnungshof berichtete im vergangenen Jahr, dass Steuererfordernisse stellen aller Länder 2023 2,5 Milliarden Euro sicherstellten. Im selben Jahr legte die Bundesagentur für Arbeit dar, dass rund 260 Millionen Euro durch Bürgergeldmissbrauch verloren gingen. Das Zahlenverhältnis offenbart, wie verzerrt die Debatte um Sozialmissbrauch ist.

Aus Sicht des Linken-Abgeordneten Stoop verschärft Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressler (SPD) das Problem, indem er sich um „angebliche ausufernde Personalkosten“ sorgt. Denn die Personalnot in der Finanzverwaltung trage zu den Steuerrückständen bei. Zum Stichtag der Anfrage waren mehr 249 Stellen nicht besetzt. „Ein ordnungsgemäßer Steuervollzug ist unter solchen Bedingungen kaum noch möglich“, sagt Stoop. Und ein gerechter?

Die Steuerpolitik war in der Weimarer Republik mit entscheidend für die Destabilisierung der ersten Demokratie. In ihrer Studie „Im Zwischenreich. Eine Geschichte der Weimarer Republik 1918 bis 1933“ führt Ute Daniel aus, dass schon zu Beginn der Republik die besserverdienenden und besitzenden Kreise keine Neigung zeigten, die leeren Staatskassen mitzufüllen. Eine stärkere Besteuerung wurde abgelehnt – auch um keine Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg leisten zu müssen.

Es habe einen „notorischer Unwillen“ gegeben, Steuern zu zahlen, schreibt Daniel. 1930 platzte die große Koalition des Sozialdemokraten Hermann Müller über einen Streit, ob der Staat von oben nach unten umverteilen sollte oder ob eine Deckelung der Staatsausgaben geboten sei – „die damalige Version der Schuldenbremse“, schreibt Daniel. Die Historikerin an der Technischen Universität Braunschweig zeigt, dass Steuererhöhungen damals politischer Selbstmord gewesen wären.

Der neue Reichskanzler Heinrich Brüning von der Zentrumspartei sparte die Republik dann „sturmreif“. Staatliche Leistungen wurden gekürzt, Löhne gesenkt. Der Staat sei für Brüning nicht die Lösung, sondern das Problem gewesen, schreibt Daniel. Vom schlanken Staat schwärmte heute nicht bloß die AfD.

Viele Stärken, aber keine Kohle: Das Bundesland Bremen präsentiert zum Vorsitz im Bundesrat
Foto: Sina Schuld/dpa



das wird

„Wir denken ja immer noch, wir sind hier vorbildlich“

Andreas Ogschies erforscht, wie Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu holen wäre. Er hält das Pariser Klimaziel für erreichbar

Von Wilfried Hippen

taz: Herr Oschlies, warum können Sie einen Vorschlag machen, wie das 1,5-Grad-Klimaziel noch zu erreichen wäre?

Andreas Oschlies: Wir beschäftigen uns schon seit 15 Jahren in einer Initiative von besorgten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mit „climate engenieering“. Ich selber forsche seit 30 Jahren über das Klima und versuche, Optimismus zu bewahren.

taz: Und was ist Ihr Lösungsvorschlag?

Oschlies: Es geht um großsteilige Eingriffe in das Klimasystem mit dem Ziel, das Klima in einem Rahmen zu halten, innerhalb dessen man gut leben könnte.

taz: Und das ist möglich?

Oschlies: Nicht nur möglich, sondern inzwischen auch notwendig, denn selbst wenn wir eine sehr ambitionierte Emissionsreduktion hätten, wäre der Bremsweg inzwischen zu kurz. Und es gibt schwer vermeidbare Emissionen. Das sind zum einen die Müllverbrennungsanlagen, die viel CO₂ produzieren. Und das Gleiche gilt für die Zementproduktion. Wir können also die Emissionen nicht komplett auf null herunterfahren. Und null wäre erforderlich, um die Erwärmung zu stoppen.

taz: Das sind für Sie die beiden kritischen Faktoren, aber gibt es da nicht noch viel mehr?

Oschlies: Nein, alles andere können wir vermeiden. Und wir wissen auch genau, wie das geht. Bei der Energieproduktion müsste der Kohleausstieg sofort kommen. Wir müssten dann allerdings sehr viel in erneuerbare Energie investieren. Wir müssten bessere Stromnetze haben, um die Energie besser verteilen zu können. Und wir müssten intelligente Lösungen für die Speicherung von Energie finden. Aber ich denke, wir kommen alleine mit Wind, Solar, Geothermie sowie der Wasserkraft hin und brauchen zum Beispiel keine neuen Atomkraftwerke.

taz: Aber haben wir dafür noch genug Zeit?

Oschlies: Das ist vor allem ein gesellschaftliches Problem – zum Beispiel mit den vielen dafür nötigen Genehmigungsverfahren. Die demokratische Debatte, die wir ja alle wollen, ist mühsam und oft schmerzhaft, aber sie muss so schnell wie möglich geführt werden.

taz: Ist das nicht ein spezielles Problem in Deutschland? Gibt es positive Gegenbeispiele?

Oschlies: Ja, in Norwegen liegen die Zulassungen von Elektroautos inzwischen bei 99 Prozent. Und in Dänemark haben sehr viele Häuser Wärmepumpen. Wir denken ja immer noch, wir sind hier vorbildlich. Aber außer Polen haben zurzeit alle europäischen Länder einen geringeren CO₂ Ausstoß als Deutschland.

taz: Gibt es auch lokale Lösungen?

Oschlies: Ja, ein gutes Beispiel dafür ist Paris, wo unter der Bürgermeisterin Anne Hidalgo die Stadt in wenigen Jahren umgekrempelt wurde. Da gibt es hohe Parkgebühren, viele verkehrsberuhigte Zonen und Parkplatzverbote für Autos mit Verbrennungsmotoren. Das war ein schmerzhafter Prozess mit vielen Demonstrationen und blockierten Autobahnen. Aber in Paris gibt es jetzt viel weniger Autos und dafür mehr Fahrradstraßen.

taz: Und woran forschen Sie selber gerade?

Oschlies: Unser Hauptforschungsgebiet ist es, zu untersuchen, wie man CO₂ wieder aus der Atmosphäre herausholen kann. Wir könnten etwa Bäume wachsen lassen, die über die Photosynthese aus CO₂ Holz machen. Aber das Potenzial davon ist sehr klein. Darum brauchen wir noch weitere technische Methoden.

taz: Und wie soll das gehen?

Oschlies: Es gibt industrielle CO₂-Absorber, die das über chemische Katalysatoren machen und jetzt schon in U-Booten oder Raumfähren zum Einsatz kommen, weil da die Atemluft gereinigt werden muss. Die könnte man auch in die Atmosphäre stellen, aber dafür wäre heute noch der Energiebedarf viel zu hoch.

Der Begriff Clan ist ziemlich unscharf: Wer einen Schottenrock trägt, gehört nicht gleich dazu
Foto: Wolfgang Kumm/dpa



Niedersachsen lässt nicht locker

Das Lagebild Clankriminalität in Niedersachsen verzeichnet im dritten Jahr in Folge einen Rückgang der Straftaten. Trotzdem will die Landesregierung keinesfalls Entwarnung geben

Von Nadine Conti

Im dritten Jahr in Folge ist die sogenannte Clankriminalität in Niedersachsen zurückgegangen. Insgesamt 2.691 Straftaten ordneten Polizei und Justiz im Jahr 2025 diesem Bereich zu – der Anteil an der Gesamtkriminalität liegt damit bei 0,53 Prozent. Gleichzeitig wurde so viel Vermögen eingezogen wie noch nie: Die Polizei sicherte Vermögenswerte im Wert von 5,35 Millionen Euro vorläufig. Auch das ist ein neuer Rekord.

Trotzdem wollen Innenministerin Daniela Behrens (SPD) und Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) natürlich auf keinen Fall Entwarnung geben. Dafür sorgen schon so spektakuläre öffentliche Tumultlagen wie in Göttingen oder Stade.

In Stade hat die immer wieder eskalierende Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppierungen in den Jahren 2023 und 2024 zu zwei Toten geführt, die in beiden Fällen selbst dem Milieu angehörten. Weil der letzte dieser Fälle 2025 vor Gericht verhandelt wurde, taucht er auch in dem Lagebild für 2025 noch einmal auf.

Streng genommen nicht Teil des Lagebildes ist der Vorfall mit dem jungen Polizisten in Göttingen, der im Juni 2026 angeschossen und lebensgefährlich verletzt wurde. Aber für die öffentliche und politische Wahrnehmung des Themas spielt er natürlich eine große Rolle.

Die Statistik zu Verfahren mit dem umstrittenen Label „Clankriminalität“ umfasst allerdings auch viele andere Dinge: So plagt sich die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Braunschweig mit der Aufarbeitung der Betrugsfälle mit Coronatestzentren, in Hildesheim stehen Metall- und Ladendiebe im Vordergrund, in Osnabrück frisierte Glücks-

spielautomaten und Einbrüche, wie Thomas Hackner aus dem Justizministerium referiert. Es gebe da kein klares Deliktbild, aber wohl eine Verschiebung in Richtung eher ökonomischer Delikte.

Kritiker monieren seit langem, dass diese Unklarheiten ein im Wesentlichen selbst geschaffenes Problem sind: Weil Niedersachsen Clankriminalität in erster Linie über die ethnische Herkunft und familiäre Zusammenhänge definiert, fallen darunter ganz unterschiedliche Kriminalitätsphänomene.

Ein eigenes Lagebild erstellen bisher nur Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bremen

56 Prozent der Tatverdächtigen haben einen deutschen Pass, bei den ausländischen Tatverdächtigen führen rumänische, türkische und serbische Abstammungen die Statistik an.

Nur vier Verfahren zählen zur Organisierten Kriminalität. In denen ging es um Drogenschmuggel und Handel, illegales Glücksspiel und Betrug. Wie hoch der politische Druck in diesem Bereich ist, zeigt sich auch an den Anklagebeziehungsweise Einstellungsquoten: 33 Prozent der erfassten Verfahren wurden bis zur Anklage geführt – bundesweit sind es bei allen Kriminalitätsbereichen nur 21 Prozent. Verfahren aus dem Bereich der Clankriminalität werden auch deutlich seltener aus Opportunitätsgründen eingestellt.

Innenministerin Daniela Behrens (SPD) beklagt bei der

Vorstellung des aktuellen Lagebildes auch, dass sich andere Bundesländer der Erfassung und Auswertung der Clankriminalität nicht recht anschließen mögen. Ein eigenes Lagebild erstellen bisher nur Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bremen.

Auch die schon lange angestrebte Beweislastumkehr bei der Vermögensabschöpfung kommt auf Bundesebene nicht recht vom Fleck: Zwar gibt es entsprechende Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag und mittlerweile

sogar einen Gesetzesentwurf, aber auch erhebliche juristische Bedenken.

Wenn künftig ein Verdächtiger nachweisen müsste, dass er Vermögenswerte auf legalem Wege und nicht über Verbrechen erwirtschaftet habe, würde dies den grundgesetzlichen Schutz des Eigentums und das rechtsstaatliche Prinzip, wonach sich niemand in einem Strafverfahren selbst belasten muss, aushebeln, gibt etwa die Bundesrechtsanwaltskammer zu bedenken.

Anzeige





SCHAUSPIEL
ALL DAS SCHÖNE

von Duncan Macmillan
Regie: Klaus Schumacher
Wieder da ab
28. August, 19:30 Uhr
im Kleinen Haus

THEATERBREMEN

Vortrag

Wie wir das 1,5 Grad-Ziel noch erreichen könnten, Mi, 26.8., 19:30 Uhr, Bürgerhaus Kronshagen, Kopperpahler Allee 69



Foto: privat

Andreas Oschlies

geb.1966, ist Professor für Marine Biogeochemische Modellierung an der Uni Kiel. Mit seiner Arbeitsgruppe entwickelt er Computermodelle, mit denen er die Auswirkungen von Klimaänderungen untersucht.